



Landtag von Baden-Württemberg

60. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 28. Januar 1999 • Haus des Landtags

Beginn: 9:36 Uhr

Schluß: 17:02 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4735	Abg. Dr. Glück FDP/DVP	4755
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4735	Abg. Eigenthaler REP	4756
Begrüßung einer Delegation des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Bayerischen Landtags . . .	4748	Minister Ulrich Müller	4757
1. Aktuelle Debatte – Positive Impulse zur Schaffung neuer Ausbildungsmöglichkeiten und zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg durch das Sofortprogramm der Bundesregierung – beantragt von der Fraktion der SPD	4735	Beschluss	4761
Abg. Nagel SPD	4735	3. Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks	4761, 4768
Abg. Haas CDU	4736	4. Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater	4761
Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen	4738, 4748	5. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Politische Forderungen zur regionalen Steuerung großflächigen Einzelhandels – Drucksache 12/3228	4761
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	4739	Abg. List CDU	4761
Abg. Deuschle REP	4740, 4750	Abg. Schmiedel SPD	4763
Minister Dr. Repnik	4741	Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen . . .	4764
Abg. Wintruff SPD	4744	Abg. Hofer FDP/DVP	4764
Abg. Wacker CDU	4746	Abg. Schonath REP	4766
Abg. Hofer FDP/DVP	4749	Abg. Rosely Schweizer CDU	4766
2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Luftreinhalteplan für den Großraum Stuttgart – Drucksache 12/3180	4751	Staatssekretär Dr. Mehrländer	4767
Anträge Drucksachen 12/3689 und 12/3692		Beschluss	4768
Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen	4751	6. Fragestunde – Drucksache 12/3667	
Abg. Scheuermann CDU	4753	6.1. Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Jahr-2000-Problem und die Energieversorgung	4768
Abg. Dr. Caroli SPD	4754	Abg. Krisch REP	4769, 4770
		Staatssekretär Mappus	4769, 4770
		Abg. Deuschle REP	4769
		Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen . . .	4770
		Abg. Rosely Schweizer CDU	4770

6.2. Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Unterschriftenaktion der CDU im Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes 4770	Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/ Die Grünen 4786
Abg. Krisch REP 4770	Abg. Kleinmann FDP/DVP 4787
Staatssekretär Rückert 4770, 4771	Abg. Rapp REP 4789
Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen 4771	Staatssekretär Rückert 4790
	Beschluss 4791
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten – Drucksache 12/3522 4771	11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 21. September 1998 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1996 durch den Landtag – Drucksachen 12/3308, 12/3603 4791
Beschluss 4771	Beschluss 4791
8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes – Drucksache 12/3309	12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu den Mitteilungen der Landesregierung vom 30. November 1998 und 18. Januar 1999 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 12/3510, 12/3644, 12/3659 4792
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/3591 4771	Anträge Drucksachen 12/3686, 12/3690 und 12/3694
Abg. Redling SPD 4771	Abg. Oettinger CDU 4792
Abg. Veronika Netzhammer CDU 4772	Abg. Junginger SPD 4793
Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen 4773	Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen 4796
Abg. Veigel FDP/DVP 4774	Abg. Kiesswetter FDP/DVP 4797
Abg. König REP 4776	Abg. Dr. Schlierer REP 4798
Minister Dr. Schäuble 4777	Minister Dr. Palmer 4799
Beschluss 4777	Beschluss 4801
9. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes – Drucksache 12/3325	13. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/3647, 12/3663, 12/3664, 12/3665, 12/3666 4801
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/3592 4777	Beschluss 4801
Abg. Fischer SPD 4777, 4782	14. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/3573, 12/3600 . . 4802
Abg. Heinz CDU 4778	Beschluss 4802
Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen 4778	15. Kleine Anfrage – Drucksache 12/3307 4802
Abg. Kluck FDP/DVP 4779	Nächste Sitzung 4802
Abg. Käs REP 4780	Anlage 1
Minister Dr. Schäuble 4781	Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 4803
Beschluss 4782	Anlage 2
10. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 22. Juli 1998 – Denkschrift 1998 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 1996 – Drucksachen 12/3213, 12/3620	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks 4804
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 10. Februar 1998 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1996 – Drucksachen 12/2510, 12/3602 4782	
Abg. Ursula Lazarus CDU 4782	
Abg. Moser SPD 4783	

Protokoll

über die 60. Sitzung vom 28. Januar 1999

Beginn: 9.36 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 60. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Christine Rudolf, Frau Abg. Renate Thon, Frau Abg. Christa Vosschulte sowie die Herren Abg. Göbel und Kretschmann.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Plätzen finden Sie eine Vorschlagsliste der CDU-Fraktion für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen. (Anlage 1) – Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, dass Sie diesen vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Positive Impulse zur Schaffung neuer Ausbildungsmöglichkeiten und zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg durch das Sofortprogramm der Bundesregierung – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtdauer, auf die die Redezeit der Regierung nicht angerechnet wird, fünf Minuten je Redner für die einleitenden Erklärungen und für die zweite Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf die Bestimmung des § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung hinweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte Redebeiträge in freier Rede vorzutragen sind.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nagel.

Abg. Nagel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die neue Bundesregierung hat Wort gehalten: Innerhalb des Bündnisses für Arbeit hat erste Priorität die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Bundesregierung hat ein Programm aufgelegt. 2 Milliarden DM werden bundesweit eingesetzt. Für das Land Baden-Württemberg bedeutet dies 131 Millionen DM als Sofortprogramm.

(Abg. Hauk CDU: Da sieht man die Relation!)

Damit können wir feststellen: Endlich werden Qualifizierung, Ausbildung und Arbeit gefördert und wird nicht Arbeitslosigkeit bezahlt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Wir sind aber nicht beim Gewerkschaftstag!)

Endlich gibt es auch für junge Menschen eine Perspektive.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Minister Dr. Döring: Ja, sag einmal! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie waren doch eben im Gottesdienst; mäßigen Sie sich doch ein bisschen.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

In Baden-Württemberg – Stand letzten Jahres – waren 38 000 Jugendliche arbeitslos, 20 000 in der so genannten Warteschleife – Berufsvorbereitungsjahre, Maßnahmen der Arbeitsverwaltung – und 2 100 so genannte unversorgte Jugendliche. Mit diesen 2 100 Jugendlichen, Herr Döring und die Landesregierung, operieren Sie und sagen, die Landesregierung und das Land Baden-Württemberg seien Spitze bei den Ausbildungsplätzen.

(Minister Dr. Döring: Das stimmt auch! – Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

Wir sollten uns darauf verständigen, dass wir bei der Berechnung der Arbeitslosigkeit nach Adam Riese und nicht nach Walter Döring vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns nämlich nicht nur um diese 2 100 Jugendliche zu kümmern, sondern auch um die anderen 58 000 jungen Menschen, die ohne Arbeit oder ohne Ausbildungsplatz sind. Auch die haben eine Chance verdient, einen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Dafür sind diese Mittel, diese 131 Millionen DM, da. Damit kann man den Hauptschulabschluss nachholen, es gibt Trainingsprogramme für noch nicht reife Bewerberinnen und Bewerber, es gibt Förderung verstärkter betrieblicher Ausbildung, für Ausbildungsverbünde, für außerbetriebliche Ausbildung, für Lohnkostenzuschüsse, für arbeitslose Jugendliche, für AB-Maßnahmen und für die soziale Betreuung von gefährdeten Jugendlichen. Wir müssen nämlich auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass besonders in Großstädten, in sozialen Brennpunkten – –

(Abg. Haas CDU: In Mannheim!)

– In Mannheim. Jawohl, in Mannheim. Und?

(Abg. Haas CDU: Da müssen Sie mal hingehen, bevor Sie große Töne spucken!)

– Herr Kollege Haas!

(Nagel)

(Abg. Maurer SPD: Kollege Haas ist selber ein sozialer Brennpunkt!)

Ihnen gegenüber erkläre ich mich für nicht beleidigungsfähig.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut!)

Wenn wir davon ausgehen – und das sind Zahlen des Landesarbeitsamts und nicht von einer Vorfeldorganisation der SPD –, dass uns allein von den rund 10 000 jungen Menschen in den Berufsvorbereitungsjahren nach diesem Jahr 50 bis 60 % verloren gehen, dann brauchen wir zum Beispiel Streetworker, die diese jungen Leute wieder einsammeln und für diese Gesellschaft gewinnen. Das ist notwendig, und da darf man nicht so reden, als wäre das eine Mannheimer Spezialität.

Und selbst dann, wenn es so wäre: Jeder einzelne Jugendliche ist es wert, dass man ihn für diese Gesellschaft wieder zurückholt. Herr Haas, nehmen Sie das zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich darf in diesem Zusammenhang auch kurz aus einer dpa-Meldung mit der Überschrift „Soziologe sieht mit Arbeitslosigkeit untere Unterschicht wachsen“ zitieren.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Erstmals nach vier Jahrzehnten bildet sich in Deutschland nach Ansicht des Trierer Soziologen Professor Roland Eckert wieder eine untere Unterschicht in der Gesellschaft.

(Abg. Pfisterer CDU: Eine untere Unterschicht!)

– „Eine untere Unterschicht“, so der Ausdruck.

Man sagt, die einsetzende Verslumung

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

ist auf die hohe Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen zurückzuführen. Seit acht Jahren ist sie höher als die von Erwachsenen. Das hat es noch nie gegeben und ist ein deutliches Alarmsignal.

Er führt dann weiter auf, dass dies bei vielen Jugendlichen, die nicht über ein geordnetes Elternhaus verfügen und dann auf die schiefe Ebene kommen, der Beginn einer kriminellen Karriere ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Qualifizierung, Ausbildung und Arbeit sind die sinnvollste Prävention für junge Menschen, damit sie nicht abgleiten und unserer Gesellschaft verloren gehen.

(Beifall bei der SPD)

All diese Jugendlichen sind dieser Anstrengung wert, um sie wieder für unsere Gesellschaft zu gewinnen, und unter diesem Aspekt begrüße ich auch ausdrücklich, dass jetzt Rudolf Scharping, der Bundesverteidigungsminister, aus seinem

Wehretat 100 Millionen DM zur Verfügung stellt, damit 5 000 zivilberufliche Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Das geschieht außerhalb des Bündnisses für Arbeit, aber das sind Signale, die die Menschen brauchen und die die Jugendlichen auch verstehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Deshalb darf sich die Landesregierung jetzt nicht zurücklehnen, sondern sie muss verstärkt mitmachen. Wir brauchen auch in Baden-Württemberg ein Bündnis für Arbeit, für Ausbildung und für Wettbewerb. Der Ministerpräsident soll endlich seinen Winterschlaf beenden und aktiv in die Arbeitsmarktpolitik in diesem Land eingreifen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU meldet sich zu Wort. – Glocke des Präsidenten)

Zum Schluss, Herr Präsident: Herr Ministerpräsident Teufel sollte sich einmal an Herrn Stoiber orientieren. Zwar kommt oft viel Ungereimtes und Unappetitliches aus diesem Ländle, aber was den Pakt für Arbeit in Bayern betrifft, da könnte diese Landesregierung unbedingt abkupfern, und es wäre sinnvoller, wenn dieser Ministerpräsident,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

statt dümmliche Unterschriften auf der Straße zu sammeln, Jugendliche von der Straße holen würde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haas.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Abg. Haas CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Lautstärke sind die Jugendlichen nicht von der Straße zu holen. Das ist ganz sicher.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiler SPD: 16 Jahre habt ihr Zeit gehabt! – Zuruf von der SPD: Erblast!)

Ich bin auch gar nicht sicher, ob am Ende von dieser Aktion so viel Glanz abstrahlen wird, wie Sie darzustellen versucht haben. Denn es wäre geradezu ein Wunder, wenn aus dem Chaos theater in Bonn einmal etwas Positives herauskäme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birze SPD: Da kann nicht einmal der Seimetz lachen, bei dem Spruch!)

Ich will vorweg sagen, dass es grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden gibt, wenn ein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit auf den Weg gebracht wird.

(Abg. Heiler SPD: Ach, da gibt es nichts einzuwenden? Toll!)

Aber hier gibt es etwas einzuwenden; ich komme gleich darauf. Die Änderung des SGB III sieht als Ausnahmetatbestand vor, dass die Kosten für ein solches Programm nicht vom Bund, sondern von der Bundesanstalt für Arbeit zu übernehmen sind. Das ist der Ausgangspunkt der gesamten Maßnahme.

(Haas)

Wir in Baden-Württemberg hätten uns gewünscht – Herr Nagel, da sind Sie sicher mit mir einig –, dass das Programm etwas zielgerichteter ausgeprägt gewesen wäre als Hilfestellung für benachteiligte Jugendliche, die von den bisherigen Programmen eben nicht erfasst wurden. Sie haben völlig übersehen, dass wir in Baden-Württemberg die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit schon sehr erfolgreich angegangen sind.

(Abg. Zeller SPD: Ja, das hat man gesehen!)

Sie haben ganz bewusst nur von Baden-Württemberg und Bayern gesprochen, von anderen Bundesländern nicht, weil Sie genau wissen, dass in anderen Ländern Nachholbedarf besteht

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch ein Schwachsinn!)

– das ist überhaupt kein Schwachsinn –

(Abg. Zeller SPD: Natürlich!)

und der Bund aus dieser Sicht ein breit angelegtes Programm gemacht hat und nicht zielgerichtet abgestimmt auf die Bundesländer vorgeht.

Wir haben Bedarf an Hilfestellung für benachteiligte Jugendliche im Bereich der sozialen Betreuung, in der qualifizierten Weiterbildung, bei Leistungsdefiziten, bei Sprachproblemen – das haben Sie nicht angesprochen –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das tut auch weh! – Abg. Zeller SPD: Er hat doch die Streetworker angesprochen! Haben Sie nicht zugehört?)

und insbesondere auch bei Behinderten.

Es ist darauf hinzuweisen – und deswegen haben Sie wahrscheinlich von diesen beiden Ländern gesprochen –, dass Bayern und Baden-Württemberg seit Jahren an der Spitze liegen, was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen unter 25 Jahren angeht. Wenn Sie den Blick in die SPD-„Vorzeigeländer“ Niedersachsen – von dort kommt Herr Schröder – und Saarland – von dort kommt Herr Lafontaine – richten, stellen Sie fest, dass beide bei der Jugendarbeitslosigkeit über dem Durchschnitt in der Bundesrepublik liegen. Dieser Wert beträgt nämlich 11,8 %, und die beiden liegen bei 12,7 %, während Baden-Württemberg – und jetzt hören Sie zu! – bei 7,1 % liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Döpper CDU: Jetzt aber, Nagel! Aufwachen! – Abg. Maurer SPD: Dann brauchen wir ja nichts mehr zu machen! Alles ist gut!)

Das macht deutlich, dass wir eine völlig andere Ausgangslage haben und dass die meisten Neuerungen, die in diesem Programm angekündigt sind, bei uns bereits im Ansatz sind und praktiziert werden.

Es ist positiv zu werten, dass in dieses Programm nicht nur die Leistungsbezieher einbezogen sind, sondern beispielsweise auch Sozialhilfeempfänger. Es ist positiv zu werten, dass ein Programm für Jugendliche mit fehlendem Hauptschulabschluss kommt, und es ist auch positiv zu werten, Herr Nagel, dass darin keine Drohung mit einer Ausbildungsplatzabgabe enthalten ist.

Negativ ist die fehlende Nachhaltigkeit.

(Abg. Wacker CDU: So ist es! Strohfeuer!)

Dieses Programm ist nur auf ein Jahr angelegt. Ich habe große Zweifel, dass wir genügend Träger finden, die sich für ein Jahr engagieren.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist auf zwei Jahre angelegt, die Anmeldung ist ein Jahr!)

In diesem Programm fehlt die Nachbeschäftigungszeit. Das hatte die alte Bundesregierung in ihrem AFG-Programm drin. Die Strohfeuerwirkung des neuen Programms ist nicht zu verkennen.

Ich habe den Eindruck, dass mit allen Mitteln versucht wird, die Zahl 100 000 zu erreichen. Ich habe auch schon erste Hinweise darauf. Nehmen Sie zum Beispiel die Maßnahme der Qualifikations-ABM. Dort heißt es, dass die Qualifikation etwa 30 bis 50 % betragen soll. Jetzt schreibt man schon in Klammern, dass das wenigstens auf dem Papier stehen soll. Das ist der erste Hinweis darauf, dass die Mitnahmeeffekte in vollem Umfang greifen.

Ich habe auch schon erste Notizen, in denen steht, damit hätte man für ein Jahr kostengünstige Arbeitskräfte und es bestehe keine Verpflichtung, diese Arbeitskräfte danach zu übernehmen. Herr Nagel, Sie als Gewerkschafter sollten einmal selbstkritisch an die Geschichte herangehen und sie bewerten. Das heißt, durch die fehlende Nachhaltigkeit ist das Land gefordert, das, was wir zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bisher an Erfolgreichem unternommen haben, in Kontinuität weiterzuführen, die Aufgaben zu bündeln und dafür zu sorgen, dass wir weiter erfolgreich bleiben.

Ich will noch etwas zur Finanzierung sagen. Das ist eine Trickserie, wie sie nicht besser vorgenommen werden könnte. Sie wissen, dass der Bund überhaupt kein Geld dazugibt, obwohl es eine Bundesaufgabe ist. Das Geld kommt zum Teil aus Rückflussmitteln der Bundesanstalt für Arbeit –

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

1,4 Milliarden DM –, und 600 Millionen DM kommen von der Europäischen Union. Kein Pfennig aus dem Bundeshaushalt! Das Geld wird von den Beitragszahlern erbracht. Man hätte es durchaus auch dafür verwenden können, Herr Nagel, die Lohnnebenkosten, die Kosten für die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken.

(Abg. Wintruff SPD: Warum haben Sie es vor ein oder zwei Jahren nicht gemacht?)

– Das Geld steht überhaupt erst zur Verfügung, weil wir eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik betrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Die Rückflussmittel wären nicht vorhanden, wenn wir 1998 nicht 100 000 Arbeitslose weniger gehabt hätten. Das ist Tatsache, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

(Haas)

Die Bundesanstalt für Arbeit hat für Arbeitslose 5 Milliarden DM weniger ausgegeben.

(Abg. Wintruff SPD: Die Jugend ist Ihnen anscheinend egal!)

Herr Wintruff, Sie redeten immer von versicherungsfremden Leistungen. Hier haben Sie den ersten Einstieg vollzogen. Das sind versicherungsfremde Leistungen, die Sie den Beitragszahlern aufzwingen, obwohl der Bund für diese Leistungen verantwortlich wäre.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wahrscheinlich die höchste Form des Lobes aus den Reihen der CDU für die neue Bundesregierung, wenn ein Abgeordneter hier sagt, gegen das Programm der neuen Bundesregierung sei im Grundsatz nichts einzuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Das wäre ja noch schöner!)

Es ist richtig, dass die neue Bundesregierung das Thema Jugendarbeitslosigkeit ganz oben auf die politische Tagesordnung setzt. Denn es gibt keinen Grund und keine Ausrede dafür, sich mit der Jugendarbeitslosigkeit, deren Quote sich in der Bundesrepublik in den Neunzigerjahren verdoppelt hat, abzufinden. Die Gesellschaft hat nun einmal die Pflicht, der jungen Generation das Rüstzeug für ihr Erwerbsleben mit auf den Weg zu geben. Dazu gehören vor allem ein gelungener Einstieg und eine geglückte Erstausbildung.

Das Sofortprogramm der Bundesregierung ist ein erster Schritt. Niemand sagt, dies sei schon der Schwerthieb durch den gordischen Knoten, mit dem alle Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit beseitigt seien. Es ist ein erster Schritt, aber es ist ein überfälliger Schritt. Denn mit diesem Sofortprogramm können sich die Arbeitsämter jetzt zielgerichtet an die Jugendlichen wenden, die sich auf dem Arbeitsmarkt bisher schwer getan haben. Das sind auch in Baden-Württemberg eine große Zahl junger Menschen. Wir stehen im Ländervergleich zwar relativ gut da, aber dieser Ländervergleich nützt den 28 000 jungen Menschen, die dringend auf einen Arbeitsplatz warten, nichts.

(Abg. Deuschle REP: 38 000 in Baden-Württemberg!)

Und in Baden-Württemberg befinden sich 20 000 junge Menschen in Warteschleifen, das heißt in Trainingsmaßnahmen des Arbeitsamtes oder im Berufsvorbereitungsjahr. Sie haben also schon die erste Hürde, eine Lehrstelle zu finden, nicht genommen.

Wenn die Lehrstellensituation gerade für die Guten und für die Besten ausreicht, besteht die Gefahr, dass die Schlechteren, diejenigen, die sich in der Warteschleife befinden, resignieren und früher oder später aus der Statistik und damit auch aus unser aller Beachtung herausfallen.

Ich halte es für den entscheidenden Punkt des neuen Programms, dass die Arbeitsämter jetzt ganz zielgerichtet auf diese jungen Menschen, die sich schwer tun, zugehen können und dass in jedem Arbeitsamtsbezirk zusammen mit den bisherigen Maßnahmen auch andere Maßnahmen erarbeitet werden können, die das Problem dort, wo es besteht, auch angehen können.

(Abg. Haas CDU: Ist das Problem in einem Jahr gelöst, Frau Kollegin?)

– Das Problem ist in einem Jahr nicht gelöst.

(Abg. Haas CDU: Wie soll es dann weitergehen?)

Nur kann die Antwort auf die drängenden Probleme nicht darin bestehen, nichts zu tun, nur weil das Problem mit dem, was man tut, nicht vollständig gelöst wird, Herr Haas.

(Beifall der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen und Weimer SPD)

Aber die Debatte heute stellt ja nicht die Frage: Ist das, was die Regierung in Bonn tut, gut oder schlecht?

(Abg. Deuschle REP: Doch, natürlich! Auch!)

Die Debatte heute stellt vielmehr die Frage: Was können wir in Baden-Württemberg Ergänzendes tun?

(Abg. Haas CDU: „Was tut der Bund Ergänzendes?“, muss man fragen!)

– Herr Haas, Sie bringen mich dauernd draus.

(Abg. Weimer SPD: Lass dich nicht drausbringen!
– Abg. Pfister FDP/DVP: Lassen Sie sich nicht vom Herrn Haas drausbringen! Nur Mut! – Weitere Zurufe)

Ich will deswegen jetzt auf die Frage kommen, was das Land Baden-Württemberg tun kann und tun muss. Da ist als Allererstes an die Adresse des Wirtschaftsministeriums die Aufforderung zu richten: Geben Sie keine Pressemitteilungen hinaus, die da heißen: „Der Lehrstellenmarkt ist ausgeglichen; wir haben eine hervorragende Bilanz auf dem Lehrstellenmarkt.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn es aber so ist? – Weitere Zurufe)

Dies schwächt all diejenigen, die Anstrengungen unternehmen, auch die 20 000 Jugendlichen, die jetzt in Warteschleifen sind, noch mit Lehrstellen zu versorgen.

(Abg. Hauk CDU: Das stimmt nicht!)

Wir in Baden-Württemberg sind auf der Leiter eine Stufe weitergekommen. Wir haben etwa 3 000 zusätzlich abgeschlossene Lehrverträge, aber wir haben in den Jahren davor 10 000 abgeschlossene Lehrverträge verloren. Es sind weniger. Wir sind auf einem ganz niedrigen Niveau. Gegenüber 1990 sind es im Jahr 1997 12 000 Lehrverträge weniger gewesen, und von da an schaffen wir uns jetzt langsam nach oben. Wir freuen uns auch über die Erfolge, aber wenn schon der Eindruck vermittelt wird, wir hätten das Ziel erreicht,

(Abg. Haas CDU: Das hat niemand gesagt!)

(Sabine Schlager)

dann schwächen wir die Anstrengungen in der Wirtschaft und in den Regionen, noch zusätzliche Lehrstellen zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Ein zweiter Punkt, den ich anmerken möchte: Wir müssen die Klagen aus den Betrieben ernst nehmen, dass die Jugendlichen, wenn sie die weiterbildenden Schulen verlassen haben, noch nicht in jedem Fall ausbildungsreif und ausbildungsgerecht sind, sondern dass sie die Schule oft noch mit erheblichen Lerndefiziten verlassen. Das muss eine Herausforderung an unsere Bildungspolitik sein, die Schule dort, wo sie ihre primäre Aufgabe nicht erfüllt, zu stärken und gegebenenfalls zu reformieren, damit sie diese Basisaufgabe leisten kann. Das ist der zweite Punkt, den wir uns hier in Baden-Württemberg als Beitrag auf die Fahnen schreiben müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Schlager, ist Ihnen bekannt, dass durch das Vorschaltgesetz im Gesundheitswesen massiv Ausbildungsplätze für junge Menschen hier im Land gefährdet werden und dass das möglicherweise durch andere Programme gar nicht ausgeglichen werden kann?

(Abg. Haas CDU: Das weiß sie wahrscheinlich nicht! – Unruhe)

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Mir ist der Zusammenhang zwischen dem Vorschaltgesetz und den Arbeitsplätzen nicht in allen Einzelheiten bekannt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Macht nichts, wir erklären es! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Das entbindet uns aber doch nicht von den Punkten, die ich aufgeführt habe, nämlich Anstrengungen um jeden Jugendlichen und um jeden Arbeitsplatz zu unternehmen, und es hilft einfach nicht, wenn wir uns hier hinstellen und sagen, diese oder jene seien schuld. Wir sollten uns hier hinstellen und sagen, was wir tun können und wo wir unsere Anstrengungen verstärken können. Das sind die Debatten, die für die Jugendlichen auch Signale sind, dass das Land Baden-Württemberg sie in ihrer Situation ernst nimmt.

Ich möchte deswegen etwas Drittes sagen.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Die Lampe leuchtet hier schon auf.

Ich möchte dazu auffordern: Baden-Württemberg muss auch selber Geld in die Hand nehmen, und zwar über das bisherige Maß hinaus. Wir müssen das, was in der Jugend-Enquetekommission erarbeitet wurde, auch ernst nehmen und umsetzen. Das darf nicht in den Schubladen landen. Das darf auch nicht nur in Appelle münden, sondern das, was die Ju-

gend-Enquetekommission uns in Baden-Württemberg an Empfehlungen gibt, muss auch die künftigen Haushaltsberatungen überstehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, es ist immer positiv und wichtig, dass jeder arbeitslose Jugendliche, dass jeder Jugendliche, der eine Ausbildungsstelle sucht, auch eine solche erhält. Wir brauchen für die jungen Menschen eine Perspektive. Wir brauchen eine Integration in den Arbeitsmarkt. Wer zu lange arbeitslos ist, findet sich am Ende sehr schwer zu recht. Wir haben beispielsweise in Calw jetzt ein neues Programm dank der Zuschüsse, die wir erhalten haben. Junge Leute bekommen eine weitere Orientierungsmaßnahme, und jeder jugendliche Arbeitslose bekommt ein Berufspraktikum vermittelt, und damit er dies auch annimmt, bekommt er zum Arbeitslosengeld oder zu sonstigen Einkünften künftig noch 900 bzw. 1 100 DM ausbezahlt. Ich finde das außerordentlich großzügig. Ich kann nur hoffen, dass die jungen Leute diese einmalige Chance auch wahrnehmen.

Es ist aber keineswegs so, wie Herr Nagel hier vollmundig sagt, dass wir im Lande nichts tun. Während andere Leute noch über Bündnisse für Arbeit reden, haben wir bereits die Bündnisse für Arbeit vor Ort.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie nur ein Jota verfolgen würden, welche Aktivitäten hier von den Abgeordneten, aber auch vonseiten des Wirtschaftsministeriums unternommen werden, müssten Sie eigentlich auch sagen, Herr Nagel: Hier wird etwas getan. Nur mit Negativsprüchen zu kommen, das klingt arg nach einer Gewerkschafterausbildung, trägt aber zur Sache wenig bei.

Wir haben in Baden-Württemberg – Sie haben das mit Sicherheit mit Freude gelesen; es waren ja auch Ihre Kollegen dabei – beim Spitzengespräch zur Ausbildungssituation am 20. Oktober unter anderem vereinbart, weiterhin überbetriebliche Ausbildungslehrgänge zu fördern, die Verbundausbildung zu fördern, die Lehrstellenbewerber oder die jungen Leute, die Schwierigkeiten haben, mit Förderungsmaßnahmen weiter zu begleiten. Es gibt die Initiative Start 2000 des VMI. Wir wollen auch die Internatsausbildung in Zukunft noch weiter fördern.

Viele Bereiche, die Sie in Ihrem Programm aus Bonn vorschlagen, haben wir also bereits vorweggenommen. Nur so, meine Damen und Herren, kommen unsere Zahlen zustande: Baden-Württemberg mit 7,1 % Jugendarbeitslosigkeit – Herr Haas hat es schon gesagt –, dagegen Niedersachsen mit 12,4 % Jugendarbeitslosigkeit. Das spricht meines Erachtens wirklich für sich.

Wir brauchen weiterhin – da bräuchten wir dann tatsächlich auch die Unterstützung der Gewerkschaften – mehr Zertifizierungen, mehr Stufenausbildungen. Wir sollten die Fachwerkerlösung auch in anderen Bereichen noch mehr ins Auge fassen. Wir sollten nicht nur reden, sondern wir sollten auch etwas tun.

(Beate Fauser)

Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Unternehmen bedanken, die mehr Lehrstellen zur Verfügung stellen. Wir haben im letzten Jahr allein bei der IHK 9,2 % mehr Stellen zu verzeichnen. Die Handwerker bildeten im letzten Jahr 8 % mehr Leute aus. Das ist doch immerhin ein Wort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Ingrid Blank CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Also! Das ist doch was!)

Wir haben 5,2 % mehr Ausbildungsverträge, und wir haben rein rechnerisch 1,7 Lehrstellen für einen Ausbildungsplatzsuchenden. Der VDMA sagt heute, dass man 1 300 Lehrstellen überhaupt nicht besetzen konnte. Also sind die Qualifizierungsmaßnahmen für die Jugendlichen von herausragender Bedeutung.

Im Übrigen möchte ich ganz deutlich sagen, dass all die frommen Wünsche und der Geldsegen aus Bonn nichts nützen, wenn die Regierung dort, allen voran Herr Lafontaine, so weiterwirtschaftet wie bisher.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Stimmt! Wenn er so weitermachen würde wie die Bundesregierung in den letzten 16 Jahren, das wäre nichts!)

Auch schon kleine Ansätze wie der Kündigungsschutz, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Ökosteuern, dieses Theater um 630-Mark-Stellen,

(Abg. Döpfer CDU: Trara! – Abg. Wacker CDU: Bauerntheater! – Abg. Zeller SPD: Bleiben Sie doch beim Thema, Frau Kollegin! – Abg. Bebbler SPD: Am Sonntag ist doch kein Wahltermin!)

die Umverteilung von oben nach unten, das Abmeiern von Herrn Stollmann, auf den die Wirtschaft große Hoffnungen gesetzt hatte, hatten große Auswirkungen, und wenn Sie solch eine Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben, vernichten Sie mehr Arbeitsplätze, als Sie mit 10 Milliarden DM hier im Lande aufbauen könnten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Bebbler SPD: Wir haben doch keinen Wahlkampf! Wir sind hier nicht in Hessen, sondern in Baden-Württemberg!)

Deshalb können wir Sie vor einer wirklich unsensiblen Anti-unternehmerpolitik, die uns nicht weiterbringt, nur warnen. Sie können mit Flickschusterei am Ende das Debakel, das Sie anrichten, auf keinen Fall wieder ausgleichen.

(Abg. Döpfer CDU: Weiter so, Frau Fauser! – Abg. Bebbler SPD: In Hessen wird gewählt, nicht hier!)

Deshalb hoffen wir, dass Sie demnächst umdenken, damit das Vertrauen der Unternehmen in die Zukunft bei uns wieder wächst, damit es nicht so ist, wie zum Beispiel zwischen Weihnachten und Neujahr, als die Notare aus dem Arbeiten überhaupt nicht herauskamen, weil die Firmen noch versucht haben, so schnell wie möglich aus dem Land zu gehen oder zu verkaufen, bevor die unsäglichen Vorstellungen,

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt war Ihre Rede die ganze Zeit so gut, und nun machen Sie am Ende alles kaputt!)

die die SPD mit den Grünen gemeinsam publiziert, Wirklichkeit werden und es tatsächlich für unsere Zukunft schwierig wird.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein objektives Problem. Dieses Problem darf auch nicht verharmlost werden. Wenn wir davon ausgehen, dass in Deutschland über 428 000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos sind und dass seit Anfang der Neunzigerjahre ein drastischer Anstieg dieser Jugendarbeitslosigkeit stattgefunden hat, dann komme ich schon zu dem Ergebnis, dass wir uns darüber ernsthaft Gedanken machen müssen.

Herr Nagel, Sie haben zu Recht auf die Nachricht der dpa mit der Analyse des Soziologen Professor Eckert hingewiesen, der ganz fatale Konsequenzen für unsere Gemeinschaft in Deutschland angedeutet hat: zum Beispiel Verslumung, totales Abdriften in Gettos, auch eine Zunahme der Kriminalität usw. Von daher macht es durchaus Sinn, sich Gedanken darüber zu machen.

Ich stelle nur die Frage, ob die Ursachenanalyse der SPD weit genug geht, Herr Kollege Nagel. In Ihrer Rede habe ich dazu eigentlich wenig gehört. Vielleicht kommen Sie in Ihrem zweiten Redebeitrag noch näher an diese Sache heran.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU – Abg. Haas CDU: Das ist gefährlich! Der schickt sicher jemand anders herein!)

Sie begründen Ihr Programm auch recht pauschal mit einem Mangel an Ausbildungsplätzen, der zu negativem sozialen Verhalten führe. Aber Sie gehen eigentlich nicht auf wirkliche Ursachen für diese Ausbildungsmisere ein. Wenn eine saubere Ursachenanalyse fehlt, dann kann auch das Programm unter Umständen in die falsche Richtung gehen.

Ich möchte einmal eine oder zwei Ursachen ansprechen. Wir haben in Deutschland – weniger in Baden-Württemberg, das muss ich zugeben, aber in Deutschland – ein drastisches Sinken des Niveaus an den allgemeinen Schulen zu konstatieren. Die „Stuttgarter Nachrichten“ haben vor kurzem eine Umfrage durchgeführt. Ich zitiere daraus einen Unternehmer: „Obwohl die Bewerberflut steigt, klagen viele Unternehmer über eine zunehmende Zahl von Lehrstellen, die nicht besetzt werden können.“

Ein Mitarbeiter der IHK Region Stuttgart sagt: „Jungen Leuten fehlt es vor allem an den grundlegenden Tugenden wie Fleiß und Leistungsbereitschaft.“ In diese Richtung, Herr Nagel, geht auch Ihr Parteifreund, der Ministerpräsident von

(Deuschle)

Nordrhein-Westfalen. Clement – kein Dummer – hat gegenüber dem „Spiegel“ vor kurzem festgestellt – ich zitiere –:

Jugendliche zur Berufsreife zu führen, ist eine Bringschuld der Schule. Dazu gehört zuallererst, Demotivation und Destruktion entgegenzuwirken. Geradezu flächendeckend werden in den Unternehmen aber auch Defizite in der allgemeinen Bildung der Auszubildenden vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik kritisiert. Hier ist

– so Clement –

eine pädagogische Kurskorrektur unverzichtbar.

Dem ist eigentlich nur zuzustimmen. Aber, Herr Kollege Nagel: Die SPD und Rotgrün waren und sind doch für diese Bildungsnivellierung und für diese Bildungsmisere in Deutschland maßgeblich verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Nagel SPD: Sie sollten nicht über Bildung reden! – Abg. Wintruff SPD: Was verstehen Sie von Bildung?)

Das Desinteresse mancher Jugendlicher am Beruf – auch da muss man ansetzen – muss auch angesprochen werden. Manche Personalberater stellen ja fest, dass die Bewerber beim Personalgespräch eher nach der Dauer der Ausbildung und vor allem nach dem Verdienst fragen, oft aber keine Kenntnis von oder auch kein Interesse an dem Beruf haben, den sie anstreben.

Deswegen sagen wir Republikaner: Auch der Hauptschulabschluss muss wieder für Ausbildung qualifizieren. An den Schulen müssen auch wieder verstärkt Tugenden wie Leistungsbereitschaft, Engagement, dazu aber auch soziale Kompetenz eingeführt werden. Soziale Kompetenz ist in einer immer egoistischer werdenden Gesellschaft notwendig, wie zum Beispiel Umstellungsbereitschaft, Mitdenken, Teamarbeit und mehr Kreativität. Nur wenn wir auch Ansprüche an Jugendliche stellen, können wir erwarten, dass die Jugendlichen am Ende in die richtige Richtung gehen.

Ich werde im zweiten Teil noch einige Punkte ansprechen, die uns Republikanern wichtig sind.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wintruff SPD: Es kann doch nicht sein, dass der noch einen zweiten Teil hat!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Sozialminister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hat bei der Landesregierung von Baden-Württemberg – übrigens schon seit Jahren – einen sehr, sehr hohen Stellenwert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen kann ich überhaupt nicht verstehen, dass hier in der Manier eines Gewerkschaftssekretärs, so sage ich einmal, über etwas gewettert wird, was schlichtweg nicht stimmt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Nagel, man sollte gerade bei der hohen Brisanz der Jugendarbeitslosigkeit – –

(Abg. Nagel SPD: Ist das jetzt Apothekerniveau? – Abg. Bebbler SPD: Das ist jetzt VPM!)

– Ich komme darauf noch. – Wir wollen, dass unsere Jugendlichen eine gute Ausbildung haben und Arbeit bekommen, weil sie nur dann, wenn sie eine gute Ausbildung und Arbeit haben, integriert werden können und nicht auf der Straße herumhängen. Wir tun so viel, damit es dazu eben nicht kommt. Wir wollen die Jugendlichen durch Ausbildung und Arbeit integrieren.

(Abg. Wintruff SPD: Aber Sie machen es doch nicht!)

Allerdings müssen die Jugendlichen auch bereit sein, da mitzuarbeiten.

Eigentlich besteht in diesem Landtag, in diesem hohen Haus – das sieht man auch in der Jugend-Enquetekommission – zu diesem Thema ein ganz großer Konsens, und es ist schade, dass Sie, Herr Nagel, das von vornherein zerreden.

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Sie argumentieren auch unwahr. Ich nenne das Bündnis für Ausbildung. Am 20. Oktober 1998 gab es unter Leitung von Wirtschaftsminister Döring ein Spitzengespräch zu diesem Bündnis für Ausbildung, bei dem selbstverständlich auch der DGB und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft anwesend waren.

(Abg. Haas CDU: Zum Glück der Nagel nicht!)

Dieses Spitzengespräch hat zu einem gemeinsamen Aufruf geführt. Auch in DGB-Kreisen muss man wissen, Herr Nagel, dass so etwas stattgefunden hat. Es gibt ein Bündnis für Ausbildung in Baden-Württemberg.

Es stimmt auch nicht, dass Ministerpräsident Teufel, wie Sie behaupten, ein Bündnis für Arbeit abgelehnt oder die Tür zugeschlagen habe. Er hat nur geantwortet, man müsse erst einmal schauen, was da in Bonn gemacht wird, und dann könne man so etwas auf Baden-Württemberg übertragen. Wenn jemand ein Bündnis für Arbeit jemals abgelehnt hat, dann waren es die Gewerkschaften Baden-Württembergs vor der letzten Bundestagswahl. Sie haben die Tür zugeschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Sofortprogramm der Bundesregierung kann man natürlich nicht ablehnen.

(Abg. Nagel SPD: Ist das ein Gefasel!)

Ich begrüße es, dass so etwas gemacht wird.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Das kann man nicht ablehnen!)

Nur hat das Programm Licht- und Schattenseiten, weil sich die Bundesregierung mit fremden Federn schmückt. Es ist kein Programm der Bundesregierung, und auch die 2 Mil-

(Minister Dr. Repnik)

liarden DM kommen nicht von der Regierung, sondern die Gelder stammen aus der Arbeitslosenversicherung. Es sind Gelder aus dem Arbeitsprogramm der Bundesanstalt für Arbeit. Insofern wird das Programm auch durch Beitragszahlungen aus Baden-Württemberg finanziert.

(Abg. Wintruff SPD: Entscheidend ist doch, dass das Geld da ist! Das ist entscheidend!)

Das Geld wird zum großen Teil in Baden-Württemberg erarbeitet. Nun aber zeigt sich Folgendes: Wir erarbeiten den Löwenanteil und bekommen nur 6,6 %, nämlich 130 Millionen DM.

(Abg. Hauk CDU: Das ist ja logisch!)

Das ist besser als nichts; man hätte das Geld natürlich auch anders verteilen können. Wir begrüßen das Programm, aber man sollte auch sagen, dass es sich um Gelder der Bundesanstalt für Arbeit und nicht aus einem Sonderprogramm des Bundes handelt. Hier schmückt man sich mit fremden Federn.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem, was ausgegeben wird, hätte man, wenn man Schwerpunkte gebildet hätte, die Förderung auch in den Arbeitsämtern voranbringen können, ohne das als eigenes Programm zu bezeichnen. Es ist nichts Neues.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Leider nichts Neues! –
Abg. Wieser CDU: Wir freuen uns schon, wenn etwas getan wird!)

Vieles wird und wurde in Baden-Württemberg schon getan.

Das Programm hat auch einen Pferdefuß. Es läuft gerade einmal ein Jahr.

(Abg. Wintruff SPD: Ein Jahr ist Antragsfrist! –
Widerspruch bei der CDU – Abg. Wacker CDU:
Lesen! – Abg. Wintruff SPD: Bis 31. Dezember!
Sie haben es doch gar nicht gelesen!)

– Moment! Er hat Recht. Aber Ende des Jahres ist Schluss mit Neuem.

(Abg. Haas CDU: Ein Jahr!)

Dann ist Schluss mit Lustig.

(Abg. Wintruff SPD: Das läuft aber dann weiter!)

Was aber machen die Träger, die sich jetzt darauf einstellen, die jetzt etwas auf den Weg bringen, die viele neue Wege beschreiten, im nächsten Jahr? Kein Mensch weiß, ob das dann weiter finanziert oder ein neues Programm aufgelegt wird, und kein Mensch kann sagen, wer es dann zu bezahlen hat. Ich meine also, man sollte sehr, sehr vorsichtig sein mit Aussagen nach dem Motto „Endlich wird etwas getan, endlich kommen wir aus dem Winterschlaf heraus“.

(Abg. Haas CDU: Ein typisches Strohfeuer!)

– Ja, natürlich, ein reines Strohfeuer.

Warum, Herr Nagel, bekommen wir in Baden-Württemberg von den 2 Milliarden DM so wenig, nur 6,6 %? Einfach des-

wegen, weil wir in Baden-Württemberg eine Jugendarbeitslosigkeit haben, die ich zwar immer noch für zu hoch halte, die aber im Bundesvergleich in der Tat neben der in Bayern ganz, ganz unten steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir sollten einmal über Zahlen sprechen. Wir haben in Baden-Württemberg noch 36 400 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren. Das sind 6 000 weniger als vor einem Jahr und 10 000 weniger als vor zwei Jahren. Wir haben den größten Rückgang bei der Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich aller Länder in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir einmal über Zahlen sprechen, da Zahlen, Herr Nagel, manchmal so wichtig sind, zeigt sich Folgendes: Schleswig-Holstein: Jugendarbeitslosigkeit 12,6 %, Rückgang in den letzten zwei Jahren 1,1 %. Hamburg: Jugendarbeitslosigkeit 14,2 %, Rückgang in den letzten zwei Jahren 4,7 %. Niedersachsen: Jugendarbeitslosigkeit 12,4 %, Rückgang 6,6 %. Bremen: Jugendarbeitslosigkeit 16,3 %, Rückgang 11,8 %. Nordrhein-Westfalen: Jugendarbeitslosigkeit 11,7 %, Rückgang 11,8 %.

(Abg. Wacker CDU: Die Zahlen müsst ihr bald auswendig können!)

Hessen: 9,9 %, Rückgang 9,9 %.

(Abg. Bebber SPD: Ein bisschen flach!)

Rheinland-Pfalz: Jugendarbeitslosigkeit 10,1 %, Rückgang 9,7 %.

(Abg. Zeller SPD: Werden Sie doch einmal konstruktiv!)

– Moment! Sie operieren doch immer mit den Zahlen. Ich komme jetzt noch darauf. Ich bin gleich so weit.

Saarland: Jugendarbeitslosigkeit 11,6 %, Veränderung minus 18,2 %.

(Abg. Zeller SPD: Was wollen Sie tun? Sagen Sie es! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

– Die Wahrheit tut weh, gell, Bebber? Jetzt hör mal zu.

Baden-Württemberg: Jugendarbeitslosigkeit 7,1 %, Rückgang 21,2 %.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Jetzt, was wollen Sie tun?)

Absolute Spitze! Dann stellt sich der Gewerkschaftssekretär hier hin und sagt, wir seien im Winterschlaf.

(Abg. Wieser CDU: Wer hat das gesagt? – Gegenruf des Abg. Haas CDU: Der Nagel! – Abg. Wieser CDU: Böse Worte!)

Das Land Baden-Württemberg hat mit Konzepten wie Jugend – Arbeit – Zukunft in den letzten sieben Jahren mit über 103 Millionen DM und ESF-Programmen von über 50 Millionen DM durch Qualifizierungsmaßnahmen gerade für benachteiligte Jugendliche ungeheuer viel getan.

(Minister Dr. Repnik)

(Abg. Wieser CDU: Herr Minister, können Sie nicht dem Herrn Nagel in einem Brief schreiben, was wir in Mannheim getan haben? – Gegenruf des Abg. Nagel SPD: Fragen Sie einmal Ihren Herrn Bloemecke! – Unruhe)

– Das weiß er sehr wohl. – Darüber hinaus haben wir gerade durch das BVJ in der differenzierten Form Wege gefunden, speziell benachteiligte Jugendliche anzusprechen und auf den richtigen Weg zu bringen.

(Unruhe)

Und, Herr Nagel, wir werden Neues tun.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, wir werden, um noch weitere Hilfen zu bringen, den Jugendberufshelfer – –

(Unruhe – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

– Weißt du, Bebber: Immer reinmeckern und nie zuhören! Ja, ja, immer nur rumbellen, aber nie zuhören!

(Beifall bei der CDU)

Wir werden mit dem Jugendberufshelfer neue Wege beschreiten.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Wir wollen, dass jeder Jugendliche – auch und gerade benachteiligte Jugendliche – vom Ende der Schule bis in den Beruf hinein begleitet wird, wenn er es selbst nicht schafft. Allerdings können wir manche auch nicht zu ihrem Glück zwingen. Auch dies wird wahrscheinlich nicht anders zu machen sein.

Wir werden in Brennpunkten die Schulsozialarbeit ausbauen, um gerade benachteiligten Jugendlichen eine Perspektive zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass Sie von der Opposition mitmachen, wenn es darum geht, dafür Gelder zur Verfügung zu stellen.

Der Präsident des Landesarbeitsamts, Herr Schade, hat mir in einem Gespräch schon gesagt, er sei bereit, hierbei mitzumachen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Sozialminister Dr. Repnik: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Minister, Sie haben gerade ausgeführt, dass Sie bereit sind, die Schulsozialarbeit auszubauen. Ich frage Sie: In welchem Umfang wollen Sie die Schulsozialarbeit ausbauen, und mit welchen Kosten für das Land ist das verbunden?

Sozialminister Dr. Repnik: Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist ungeheuer schwierig, schon jetzt zu sagen, mit welchen

Kosten dies verbunden sein wird und wie das geschehen wird. Wir brauchen Schulsozialarbeit mit Sicherheit nicht in jeder Schule. Es gibt Brennpunktschulen, in denen man dies braucht.

(Unruhe)

An manchen Schulen geht das auch schon mit anderen Methoden. Wir werden deswegen sehr genau erheben, wo wir so etwas brauchen. Wir rechnen damit, dass wir mit 5, 6 oder 7 Millionen DM einen guten Start hinbekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Präsident Straub: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? – Bitte schön, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass die Jugend-Enquetekommission in ihrer Bewertung festgestellt hat, dass es nicht nur darum geht, die Schulsozialarbeit an den so genannten Brennpunktschulen auszubauen, sondern dass es notwendig wäre, die Schulsozialarbeit an den Schulen insgesamt auszubauen, und dass sich das Land stärker daran beteiligen müsste?

(Abg. Wacker CDU: Ist das Redezeit? – Zuruf von der CDU: Das ist, wo es notwendig ist!)

– „Ist Ihnen bekannt“, habe ich gesagt. Ist das keine Frage, Herr Wacker?

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Minister.

(Unruhe)

Sozialminister Dr. Repnik: Ja, es ist mir bekannt, dass die Enquetekommission festgestellt hat, dass die Jugendsozialarbeit, wo es notwendig ist, ausgebaut werden soll. Und die CDU-Fraktion hat in einer Klausurtagung zumindest die Absicht erklärt, Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Von der SPD habe ich so etwas bisher nicht gehört.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Dafür brauchen wir euch nicht! – So ernst nehmen wir die Enquete!)

Ich komme zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren: Uns allen ist doch klar: Wir brauchen Arbeitsplätze und gut ausgebildete junge Leute, die diese Arbeitsplätze auch ausfüllen.

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Braun?

Sozialminister Dr. Repnik: Ja, bitte, Herr Braun.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Braun.

Abg. Braun SPD: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass das Geld, von dem Sie sprechen, zur Hälfte aus dem Sofortprogramm kommen soll?

(Zurufe von der CDU, u. a.: Nein! – Ihr Wichtigtu-er da drüben!)

Sozialminister Dr. Repnik: Es ist mir nur insofern bekannt, als sich die CDU und auch der Sozialminister bemüht haben, dieses Geld durch das Sofortprogramm zu verdoppeln.

(Lachen bei der SPD)

(Minister Dr. Repnik)

– Ja, Moment. Wir wollen natürlich, wenn schon Geld da ist, dass dieses Geld gemeinsam mit den Mitteln der Arbeitsverwaltung auch sinnvoll eingesetzt wird. Nur ist das gar nicht so einfach. Für manche Programme passt es schlichtweg nicht.

Tatsache ist: Wir brauchen im Land dauerhafte Arbeitsplätze. Wenn wir dauerhaft genügend Arbeitsplätze haben, haben wir auch keine so großen Probleme mit der Jugendarbeitslosigkeit. Das sehen Sie auch in Baden-Württemberg. Deswegen muss die Bundesregierung in den nächsten Jahren durch Gesetzesvorlagen alles tun, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Sie darf nicht gegen die Industrie arbeiten, sondern sie muss mit der Industrie gemeinsam daran arbeiten, dass es sich auch wieder lohnt, in Deutschland zu investieren. Das heißt, notwendig sind eine Steuerreform, die den Namen verdient, eine Energiepolitik, die den Namen verdient, eine Gesundheitsreform und ein Sozialumbau, die den Namen verdienen.

Ich habe die Angst, ausgelöst durch das, was ich aus Bonn von Rotgrün höre, dass Sie in Bonn alles blockieren, dass Sie gerade das Gegenteil von dem tun, was wir in Baden-Württemberg erreichen wollen, nämlich die Sicherung der Arbeitsplätze, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit den Abbau von Jugendarbeitslosigkeit. Reden Sie in Bonn mit Ihren Freunden von Rotgrün. Machen Sie Ihre Bonner Hausaufgaben. Dann bin ich sicher, dass Sie die Jugendarbeitslosigkeit in der Tat vermindern können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wintruff.

(Zurufe der Abg. Hauk CDU und Drautz FDP/DVP)

Abg. Wintruff SPD: Meine Damen und Herren, ein guter Tag auch für Sie: 130 Millionen DM aus Bonn für dieses Land, um die Missstände aufzuarbeiten, die sich hier jahrelang angehäuft haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe, u. a. des Abg. Haas CDU: Aus diesem Lande!)

Sie haben sich vor diesen Jugendlichen für die Missstände zu verantworten, die ich Ihnen noch einmal aufzählen werde.

(Zurufe, u. a. Abg. Seimetz CDU: Herr Präsident, der Mann braucht ein Beruhigungsmittel!)

Die Chancen der Jugendlichen, einen Ausbildungsplatz zu finden, werden immer schlechter. Die Differenz zwischen der Zahl der Bewerber und der Zahl der Ausbildungsplätze, die gemeldet werden – und wenn wir sie alle besetzen würden –, ist unter dieser Landesregierung von 5 000 im Jahre 1996 auf 20 000 heute angewachsen. 20 000 Jugendliche mehr bewerben sich, als Plätze zur Verfügung stehen. Wo soll das hinführen? Das frage ich Sie.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

1988 wurden noch 93 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Heute sind es 73 000. Das sind 20 000 weniger, bei

mehr Bewerbern als 1988. Sind das keine Missstände? Und Sie haben nichts getan!

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff, gestatten Sie eine – –

Abg. Wintruff SPD: Die Landesregierung ist weder erfolgreich, . . .

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zurufe der Abg. Seimetz und Hauk CDU)

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff! Herr Abg. Wintruff!

Abg. Wintruff SPD: . . . noch kann sie Taten vorweisen.

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Wintruff SPD: Anschließend.

(Sehr gut! bei der SPD – Anhaltende Unruhe)

Das Bündnis für Ausbildung, meine Damen und Herren, und das Aktionsprogramm der Landesregierung für berufliche Bildung haben weder Ausbildungsplätze geschaffen noch die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Lande wesentlich reduziert.

(Lebhafte Zurufe, u. a. der Abg. Wieser, Haas und Ingrid Blank CDU)

Wirtschaftsminister Döring, dem auch diese Debatte egal ist,

(Anhaltende Unruhe – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

kündigt an, macht Appelle und betreibt Schönfärberei. Aber Taten – wie in Bayern und in anderen Bundesländern – können wir hier in diesem Lande nicht feststellen.

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

Der Wirtschaftsminister hat angekündigt, er würde sich einem Sonderprogramm nicht verschließen. Er hat gesagt: „Ich bin offen, Überlegungen anzustellen.“ In diesen Überlegungen ist er immer noch verhaftet, obwohl das schon eineinhalb Jahre her ist.

Meine Damen und Herren, statt Worte kommen jetzt Taten.

(Beifall bei der SPD)

130 Millionen DM statt Kaffeekränzchen im Haus der Wirtschaft. Und Sie sprechen von Strohfeuer! Ich will Ihnen einmal zum Stichwort Strohfeuer eines sagen: In Ihrem Landesprogramm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ ist viel Strohfeuer. Ihre Programme sind nur auf ein Jahr angelegt.

(Anhaltende große Unruhe – Abg. Weimer SPD: Jedes Jahr bangen die Träger um die Fortgewährung der Mittel!)

Weil Sie das alles nicht gelesen haben, werde ich Ihnen das zitieren. Für das Programm sind 2 Milliarden DM für das Jahr 1999 ausgelegt sowie 1,15 Milliarden DM Verpflicht-

(Wintruff)

tungsermächtigungen für die Folgejahre. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Junginger SPD)

Deswegen ist die Landesregierung aufgefordert, jetzt mit einem raschen Handeln dieses Programm mit Leben zu erfüllen

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

und auch die bereitgestellten Mittel zu absorbieren.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir müssen diese 130 Millionen DM sinnvoll einsetzen,

(Anhaltende Unruhe – Zurufe der Abg. Seimetz und Hauk CDU)

wir müssen jetzt ganz dringlich diesen Handlungsbedarf erfüllen. Dabei muss die Regierung entsprechend mitwirken. Hier müssen regionale Maßnahmen greifen. Diejenigen, die diese Förderung beantragen, müssen schnell und unbürokratisch Bewilligungen bekommen. Alle, meine Damen und Herren, müssen jetzt diese große Chance nutzen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Wintruff SPD: Anschließend.

Deswegen will ich Ihnen noch sagen, was wir mit diesem Programm tun sollten.

(Anhaltende große Unruhe und Zurufe von der CDU)

Jawohl, das, was Kollege Zeller angesprochen hat, ist richtig: Wir brauchen Schulsozialarbeit. Da brauchen wir – Sie von der Landesregierung beteiligen sich ja nicht an den Kosten der Schulsozialarbeit –

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Wir brauchen Schulsozialarbeit in jedem Berufsvorbereitungsjahr. In dieser Hinsicht wird von den Kreisen Vorbildliches getan.

(Anhaltende Zurufe, u. a. des Abg. Birk CDU)

Dieses Programm muss gerade für benachteiligte Jugendliche aufgestockt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Oder wollen Sie weiter zuschauen, . . .

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff! Herr Abg. Wintruff!

(Anhaltende große Unruhe)

Abg. Wintruff SPD: . . . dass 12 000 Jugendliche, von denen 50 % anschließend arbeitslos sind –

(Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, ich möchte Sie fragen, ob Sie in der Lage sind, auf den Kindergarten der CDU beruhigend einzuwirken, damit man den Redner verstehen kann! Das ist der reine Kindergarten, was hier stattfindet! – Beifall bei der SPD – Abg. Weimer SPD: Und da oben auf der Zuhörertribüne sitzen junge Leute, die hier in den Saal herunterschauen! Sie sollten Vorbilder sein! – Gegenrufe der Abg. Wieser und Haas CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich frage mich eigentlich selber, ob Sie sich angesichts dieser Zahlen, dieser erschreckenden Tatsachen, die die Jugendlichen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heute vorfinden, nicht schämen, hier zu lachen wie im Kindergarten. Das werden wir eines Tages –

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Abg. Weimer SPD zur CDU: Ihr seid Lausbuben!)

– Sie auch, Frau Blank.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Wintruff SPD: Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Präsident Straub: Gestatten Sie jetzt die Zwischenfragen?

Abg. Wintruff SPD: Lassen Sie mich zuvor noch etwas sagen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Birk, Haas und Wacker)

Eine Bitte an Frau Kultusministerin Schavan: In dem Programm wird auch das Nachholen des Hauptschulabschlusses angeboten. Um dieses zu ermöglichen, werden die Träger in den nächsten Tagen aktiv werden. Es kann allerdings nicht angehen, Frau Ministerin, dass die Schulverwaltung jetzt Prügel in den Weg wirft, was die Abschlussprüfung anbelangt. Ich fordere von Ihnen, die Schulverwaltung anzuweisen, dass es auch möglich sein muss, am Ende des Jahres Hauptschulabschlussprüfungen aus diesem Programm abzunehmen, damit dieses Programm gleich begonnen werden kann, damit es in vielfältiger Weise begonnen und quantitativ und qualitativ ausgefüllt werden kann.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Jetzt wird es vernünftig!)

Leider ist es momentan anders. Diese Klage müssen wir weitergeben.

Wir werden Sie, was das ganze Programm anbelangt, meine Damen und Herren, noch oft in die Pflicht nehmen. Es kann nicht angehen, dass Sie das Programm vielleicht so behandeln wie hier in Ihren Redebeiträgen, und am Schluss bleibt Geld übrig und fließt in die anderen Bundesländer, weil die aktiver sind.

(Unruhe – Abg. Wacker CDU: Sie beleidigen die Arbeitsverwaltung!)

(Wintruff)

Wir werden nachfragen, ob Sie dieses Geld auch wirklich abrufen. Das jedenfalls, was Sie heute geboten haben, ist reine Parteipolemik.

(Zuruf des Ministers Dr. Döring)

Für das, was Sie hier abgezogen haben, wird die Jugend Sie eines Tages noch zur Verantwortung ziehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birk CDU: Eine Unverschämtheit! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Wintruff, gestatten Sie jetzt Zwischenfragen?

Abg. Wintruff SPD: Bitte sehr.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Hauk.

(Abg. Hauk CDU: Ich verzichte! – Gegenruf des Abg. Wintruff SPD: Das glaube ich, dass Sie mir nicht gewachsen sind! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Herr Kollege, es hat sich erledigt! – Unruhe)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wacker.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Jetzt wird es ruhig, jetzt freuen wir uns!)

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wundere mich nicht, dass die SPD-Fraktion zwei Redner wie Herrn Wintruff und Herrn Nagel gerade in der fünften Jahreszeit benennt, um hier solche Redebeiträge hören zu dürfen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Herr Wacker!)

Ich möchte, meine Damen und Herren, darauf hinweisen, dass es keine Frage ist, den Jugendlichen Unterstützung anzubieten, den Jugendlichen, die die Unterstützung auch brauchen, nämlich bei der Überwindung der so genannten ersten und so genannten zweiten Schwelle. Da sind wir uns einig, und darüber waren wir uns auch über die ganze Strecke in der Jugend-Enquetekommission einig, als wir dies auch zu einem Schwerpunkt unserer Untersuchungen gemacht haben. Wir werden auch gemeinsam entsprechende Handlungsempfehlungen vorlegen. Somit ist es keine Erfindung der Bundesregierung, ein solches Programm aufzulegen, sondern diese Erkenntnis hat die Landesregierung bereits vor vielen Jahren gewonnen, als sie die Programme – beispielsweise das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ oder auch das Langzeitarbeitslosenprogramm – als Dauerfinanzierungsprogramme aufgelegt hat, während hier ein Nachahmungsprozess seitens der Bundesregierung in Gang gesetzt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen es – und damit möchte ich das Programm nicht kritisieren, aber noch auf einige Problemstellungen eingehen –, dass projektorientierte Ansätze enthalten sind und dass diese auch gefördert werden. Ähnliche Vorstöße werden wir auch in der Jugend-Enquetekommission erarbeiten und vorlegen.

Zum Thema Schulsozialarbeit – und dies auch noch zur Klarstellung, Herr Kollege Braun –: Es ist richtig, dass dem Landtag empfohlen wird – und wir als CDU-Fraktion haben schon Zustimmung signalisiert –, einen Betrag für projektorientierten Einsatz in der Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir legen aber Wert darauf, dass im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden und mit der Arbeitsverwaltung u. c. ein Konzept erarbeitet wird und dann der brennpunkteorientierte Einsatz definiert wird. Ein flächendeckender Einsatz kommt für uns nicht infrage!

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Im Übrigen darf ich sagen, dass die Landesarbeitsverwaltung angeboten hat, darauf hinzuwirken, dass die gleiche Summe seitens des Landesarbeitsamts zur Verfügung gestellt wird, da es tatsächlich Rückflüsse aus dem Förderprogramm des Bundes gibt, die jetzt wieder einsetzbar sind. Das heißt, die Landesarbeitsverwaltung hat tatsächlich Mittel zur Verfügung, um die Schulsozialarbeit zusätzlich zu fördern.

Das heißt, dass hier seitens des Bundes Maßnahmen aufgelegt werden, die bereits vorher den Ländern zur Verfügung standen. Somit sind das keine zusätzlichen 2 Milliarden DM, sondern Mittel, die bereits aus Rückflüssen finanziert werden. Deswegen sagen wir, dass es sich hier bei diesem Programm in Teilen um Effekthascherei handelt und nicht um ein neues Programm mit 2 Milliarden DM.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Abg. Wacker CDU: Gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Abg. Wacker, bedeutet das, dass Sie jetzt Mittel für die Schulsozialarbeit einstellen wollen, einen Paradigmenwechsel bei der Landesregierung und der CDU-Fraktion?

(Abg. Deuschle REP: Den Eindruck habe ich auch!)

Denn im letzten Haushalt, als meine Fraktion ca. 3 Millionen DM für Schulsozialarbeit an sozialen Brennpunkten beantragte, haben Sie das abgelehnt mit der Begründung, dies sei Aufgabe der Kommunen und das Land müsse hier keinerlei Leistungen erbringen.

Ist das also ein Paradigmenwechsel, der sich in der Zwischenzeit ergeben hat?

Abg. Wacker CDU: Frau Kollegin, ich bin für diese Frage dankbar, weil ich jetzt zur Klarstellung noch etwas sagen kann.

Wir betonen, dass wir gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden ein Konzept erarbeiten wollen, um klar zu definieren, wie die Aufgabenverteilung der Finanzierung vorzunehmen ist.

(Abg. Döpfer CDU: Richtig!)

(Wacker)

Was wir fordern, ist eine Sondermaßnahme, um einen brennpunkteorientierten Einsatz der Schulsozialarbeit besonders im Bereich des BVJ, aber auch an Hauptschulen zu ermöglichen, um gerade in sozialen Brennpunkten Unterstützungsformen anzubieten. Das ist ein Signal, aber die Konzeption ist gemeinsam mit den Betroffenen zu erarbeiten. Darauf legen wir Wert. Aber damit sagen wir nicht, dass wir vordergründig einen Einstieg seitens des Landes vornehmen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich darf noch auf eines hinweisen: Man darf nicht so tun, als hätte man mit dem Sonderprogramm des Bundes den Stein des Weisen gefunden. Von den 130 Millionen DM, die den Arbeitsämtern in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt werden, erhält beispielsweise Mannheim 9,5 Millionen DM – Herr Nagel, Sie kennen die Zahlen sicherlich –

(Abg. Nagel SPD: Natürlich!)

und Stuttgart 11,9 Millionen DM.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich darf meine Ausführungen kurz zu Ende führen, dann lasse ich gern noch eine Zwischenfrage zu.

Wenn ich das Schreiben im Auftrag des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes sehe, in dem klar darauf hingewiesen wird, dass die Förderdauer, von Ausnahmen abgesehen, ein Jahr beträgt und Eintritte bis Dezember 1999 möglich sind, dann muss ich mich fragen: Sind denn die Arbeitsämter nicht damit überfordert,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ohne jede Flexibilität!)

Programme in dieser Größenordnung innerhalb eines Jahres aufzulegen, zumal bisher ausreichend Mittel für diese Maßnahmen zur Verfügung standen?

(Abg. Nagel SPD: Ich kann Ihnen die Programme zuschicken! Die Arbeitsverwaltung ist flexibler als die CDU!)

Meine Damen und Herren, das ist das Problem. Die Mittel fließen zurück, und damit hat der Bund dann die Möglichkeit, eine ähnliche Packung aufzulegen, bestehend aus Mitteln, die bereits finanziert wurden.

Präsident Straub: Herr Abg. Wacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weimer?

Abg. Wacker CDU: Gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Kollege Wacker, ich darf kurz auf das Thema Schulsozialarbeit zurückkommen, weil es ein wichtiges Element in unserer Diskussion ist.

Ist Ihnen nicht bekannt, dass Frau Ministerin Schavan in einem Gespräch mit dem Städtetag Baden-Württemberg bereits zugesagt hat, dass sie Deputate für Schulsozialarbeit an Brennpunktschulen zur Verfügung stellen will?

Abg. Wacker CDU: Ich denke, Herr Kollege, dass man über dieses Thema hier noch sehr ausführlich diskutieren wird.

(Lachen des Abg. Bebbler SPD)

Ich sage noch einmal: Uns liegt am Herzen, eine vernünftige Lösung im Einvernehmen mit den Betroffenen vor Ort zu erarbeiten. Es kann nicht so sein, dass der Streit um die rechtliche Zuständigkeit weitergeführt wird, dass die eine Seite sagt, die Kommunen seien dafür verantwortlich, und die Kommunen sagen, es sei Aufgabe des Landes.

(Beifall der Abg. Wieser CDU und Weimer SPD)

Wir brauchen eine vernünftige Konzeption und dürfen bei diesem Thema nicht polemisieren. Deswegen sage ich, mit dieser Sondermaßnahme setzen wir ein Signal,

(Abg. Weimer SPD: Genügt!)

und dann müssen wir die Gespräche führen. Dabei muss jede empfohlene Maßnahme auf eine solide Finanzierbarkeit überprüft werden.

(Abg. Weimer SPD: Danke, festgelegt!)

Meine Damen und Herren, ich darf noch eines ansprechen. Die Maßnahmen des Landes sind thematisiert worden. Das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ hat der Sozialminister zu Recht hervorgehoben, aber auch das Langzeitarbeitslosenprogramm. Es ist Tatsache, dass für das bestehende Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ kein höherer Bedarf angemeldet wurde. Das heißt, dass das Land den Aufgaben, die es freiwillig übernommen hat, voll nachkommt und dem Anliegen, Hilfestellung anzubieten, wo sie den Jugendlichen zukommen muss, in vollem Umfang gerecht wird.

(Abg. Weimer SPD: Jedes Jahr bangen die Träger, ob das Geld nächstes Jahr noch kommt! – Abg. Wintruff SPD: Das sind die Strohfeuer!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Welche Empfehlungen kann man der Bundesregierung geben? Ich sage noch einmal, dieses 2-Milliarden-DM-Programm ist in weiten Teilen ein Strohfeuer. Es hat viele sinnvolle Ansätze, aber es wäre besser, sich auf projektorientierte Ansätze zu konzentrieren, diese 2 Milliarden DM zu reduzieren und das Geld dort einzusetzen, wo wir wirklich Massenjugendarbeitslosigkeit haben

(Abg. Wintruff SPD: Hier in Baden-Württemberg haben wir sie!)

– nicht in Baden-Württemberg –, und dies als Regelfinanzierung der Projektförderung zu betreiben. Das wäre sinnvoller, als dieses Programm als Stein des Weisen darzustellen, um damit eine große Propagandapolitik zu betreiben.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Wacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Wacker CDU: Gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Zeller.

Abg. Zeller SPD: Danke schön. – Herr Kollege Wacker, Sie haben gerade ausgeführt, dieses Sofortprogramm sei in weiten Teilen ein Strohfeuer. Können Sie konkretisieren, welche Teile Sie als Strohfeuer bezeichnen würden?

(Abg. Birk CDU: Ist das ein Untersuchungsausschuss hier, oder was? – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Abg. Wacker CDU: Es gibt beispielsweise die Trainingskurse, diese Lernhilfen, die angeboten werden und über das SGB III bisher förderungswürdig waren. Das sind die Mittel, die bereits zur Verfügung gestellt wurden.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD – Gegenruf des Abg. Wieser CDU)

Ich darf Ihnen aber sagen: Im Jahr 1998

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Herr Zeller, ich bin gern bereit, die Frage konkret zu beantworten –

(Abg. Wieser CDU: Er will das doch nicht!)

standen den Arbeitsämtern in Baden-Württemberg 126 Millionen DM zur Verfügung. Nur 90 Millionen DM wurden ausgeschöpft. Das heißt, 30 Millionen DM flossen in den Bundeshaushalt zurück. Diese 30 Millionen DM verwendet man jetzt dazu, auch dieses Sonderprogramm zu finanzieren.

(Zurufe von der SPD)

Das ist die Mogelpackung, auf die ich hinweisen wollte.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne befindet sich eine Delegation des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Ausschuss hält sich zu einem zweitägigen Informationsbesuch in Baden-Württemberg auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags, ich darf Sie hier bei uns recht herzlich willkommen heißen. Ich wünsche Ihnen gute Gespräche, interessante Anregungen auch aus unserer Landespolitik und einen angenehmen Aufenthalt in Baden-Württemberg.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wacker, ich hatte bei

Ihren Ausführungen den Eindruck, dass nicht gut sein kann, was aus Bonn kommt,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wacker: Das ist doch gar nicht wahr! – Zuruf des Abg. König REP)

und dass Sie das Programm deswegen in unzulässiger Weise madig gemacht haben. Man kann den Kopf so lange über einer Suppe schütteln, bis ein Haar drin ist und dies dann zelebrieren.

(Abg. Birk CDU: Das ist typisch für die grüne Politik hier!)

Sie haben gesagt, dieses Programm sei ein Strohfeuer, weil es zeitlich begrenzt sei. Natürlich müssen die Maßnahmen zunächst einmal anlaufen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Sie wissen auch, dass Verpflichtungsermächtigungen von 1,5 Milliarden DM vorgesehen sind.

(Abg. Haas CDU: 1,15 Milliarden DM, nicht 1,5!)

Dies ermöglicht es, wesentliche Programmteile weiterzuführen und die Kontinuität zu sichern. Polemisieren Sie, Herr Wacker, also nicht gegen das Programm, sondern unterbreiten Sie Vorschläge, wie es in Baden-Württemberg optimal umgesetzt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Abg. Birk CDU: Wo waren Sie eigentlich, Frau Schlager? Legen Sie einmal Ihren Zettel weg!)

– Das ist unverschämt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: In jeder Apotheke gibt es Zäpfchen, Herr Kollege! – Abg. Haas CDU: Haben Sie auch schon ausgeschlafen, Herr Kuhn? – Abg. Birk CDU: Guten Morgen, Herr Kuhn!)

Ich möchte noch eine Vorbemerkung zu Ihren Ausführungen, Frau Fauser, machen. Sie haben am Schluss Ihrer Rede mit dem Untergang des Abendlandes und mit dem Exodus der Wirtschaft angesichts von Rotgrün in Bonn gedroht. Schauen Sie sich doch einmal um, wer noch hinter einer solchen Polemik steht. Die Wirtschaft sitzt mit der Bundesregierung zusammen im Bündnis für Arbeit

(Abg. Birk CDU: Und im Bündnis für Atomstrom!)

und engagiert sich bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen und nach neuen Ausbildungsplätzen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Schlager, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Fauser?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wie können Sie sich erklären, dass die Einstellungsquote rapide sinkt? Wie können Sie sich erklären, dass in Umfragen bei der Wirtschaft und der Industrie ein außerordentlich depressives Stimmungsbild zu verzeichnen ist?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ihr Bild, Frau Fauser, kann ich mir nur so erklären, dass Sie nur einschlägige Umfragen lesen. Ich kenne auch die anderen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Birk: Sie kennen vermutlich keine!)

Nun noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Repnik. Ich verstehe Ihre Freude darüber, dass Baden-Württemberg besser dasteht als das Saarland. Aber wenn Sie in eine Hauptschulklasse oder in eine Klasse des Berufsvorbereitungsjahrs gehen und dort sagen: „Ich bin glücklich, wir sind besser als das Saarland“, dann werden Sie dort auf blankes Unverständnis stoßen. Denn die Jugendlichen wollen konkrete Antworten darauf, was sie im Anschluss an das Berufsvorbereitungsjahr tun können, wie sie doch noch eine Chance bekommen können. Einen Teil dieser Antworten werden die Jugendlichen finden, wenn sie zu den Arbeitsverwaltungen gehen und dort die Beratungsgespräche, die jetzt angeboten werden, aufnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Minister Dr. Repnik: Sie haben vorhin gar nicht zugehört, was ich gesagt habe!)

Ich möchte eine dritte und abschließende Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Haas machen, der gesagt hat, es sei ja gar nichts Neues, es seien ja Rückflüsse aus den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit. Die Mittel sind zurückgeflossen, weil die Möglichkeiten der Arbeitsämter durch das Sozialgesetzbuch III bisher sehr eng auf Individualförderung beschränkt waren.

(Abg. Haas CDU: Nein!)

Jetzt haben die Arbeitsämter neue Möglichkeiten. Sie können auch Strukturförderung machen, also zum Beispiel Betriebe bei Betriebsverbänden unterstützen oder Aktivitäten zum Suchen neuer Lehrstellen unterstützen oder zum Beispiel ausländische Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber, die sich bisher nicht trauen, auszubilden, obwohl sie die Qualifikation haben, beim ersten Schritt in die Ausbildung unterstützen und beraten und ihnen beim Papierkrieg helfen. Solche Maßnahmen sind jetzt neu für das Arbeitsamt möglich. Deswegen glaube ich auch, dass das Programm auf eine gute Resonanz stoßen und seine Wirkung nicht verfehlen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir dürfen doch einmal übereinstimmend feststellen, dass in diesem Land gemeinsam, wirklich gemeinsam eine ganze Menge Positives geleistet worden ist, was das heutige Thema und insbesondere die Schaffung von Ausbildungsplätzen anbelangt. Wir haben ein Bündnis, das immer wieder ein Bulletin herausgibt. Da sitzen die Unternehmensverbände drin, die Gewerkschaften und die Arbeitsverwaltung beim Wirtschaftsministerium. Und dann sagt man mit einigem Stolz: Das haben wir erreicht; da wollen wir weitermachen, weil es noch nicht genügt.

Nun bin ich gewohnt, dass man, wenn man motivieren will, damit es weitergeht, wenn man ein bisschen etwas von Menschenführung weiß,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

auch einmal anerkennen muss, was geleistet worden ist,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und nicht immer herumstreiten und darauf hinweisen darf, was noch zusätzlich zu machen ist. Es ist eine ganze Menge gemacht worden. Darauf können wir stolz sein.

Zu unseren Gästen aus Bayern kann ich nur sagen: Wir sind stolz darauf, dass wir bei der Arbeitslosenquote etwas vor Bayern liegen. Nach außen hört man das nicht. Dazu hat mir einmal ein Bayer gesagt: „Dann sogen S’ 's doch!“ Ja, dann sagen wir das doch einmal hier, machen wir in einem Parlament doch nicht immer gerade das Gegenteil. In Bayern liefe das ganz anders ab. Die würden erst einmal sagen: „Das haben wir geleistet, und jetzt machen wir es noch besser.“ Da können wir etwas von Bayern lernen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der nächste Punkt: Wenn wir einmal etwas Gemeinsames machen wollen, würde ich doch bitte an die Gewerkschaften appellieren, sich nicht da, wo wir etwas für Lernschwache machen wollen, für mehr praktisch Veranlagte, zu sträuben, wenn wir eine Stufenausbildung und etwas für Fachwerker machen, sondern mitzuziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das sind Arbeitsplätze. Da darf man nicht sagen: Da geht vielleicht irgendwo unsere Tarifhoheit verloren.

Was die Lehrer anbelangt, so bedanke ich mich bei ihnen. Es ist gar nicht immer so leicht, mit Kindern anderer Eltern umzugehen. Ich kann nur sagen: Ich bedanke mich bei den Lehrern dafür, dass sie die Grundkenntnisse, die notwendig sind, vermitteln. Umgekehrt können auch die Lehrer ein bisschen etwas von der Arbeitswelt lernen. Deswegen sagen wir: Unternehmer und Arbeitswelt an die Schulen und die Lehrer ein bisschen hinaus in die Arbeitswelt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ingrid Blank CDU: Ja!)

Auch das gehört zur Gemeinsamkeit.

(Hofer)

Was die Schulsozialarbeit anbelangt, sage ich Ihnen als Vorstandsmitglied des Städtetags: Wir haben bei der letzten Sitzung – vorgestern war das – gesagt, wir wollten das Wort „Schulsozialarbeit“ in gar keinem Papier, solange die Finanzierung nicht geklärt sei.

(Abg. Wacker CDU: Gemeinsam!)

– Völlig richtig. – Sonst sind wir wieder in sozialen Bereichen und jammern, dass wir kein Geld dafür haben. Alles, was nicht richtig finanziert ist, wird auch nichts Gescheites. Deshalb sollte man das auch so machen.

Letzter Punkt – jetzt führe ich noch ein praktisches Beispiel zu diesem Programm an –:

(Zurufe und große Unruhe)

Zunächst einmal: An allen Geldern, die aus Bonn in Sachen Jugendarbeitslosigkeit kommen, werde ich doch nicht herummachen. Da sage ich „Danke schön“ und nehme das Geld ganz selbstverständlich. Das tun auch alle. Ich sage Ihnen nur: Mein Erster Bürgermeister kommt von einer Arbeitsamtsbesprechung und sagt: „Wir haben furchtbar gehirnt, was wir denn mit dem Geld überhaupt tun sollen.“ Das ist gar nicht so einfach.

(Abg. Wieser CDU: „Gehirnt“, was ist das?)

– Wir haben ein Brainstorming gemacht,

(Abg. Wieser CDU: Aha!)

weil sie gefragt haben: Wie setzen wir das Geld ein?

Ich kann Ihnen sagen: Mir wäre viel lieber, wenn man das Geld dort einsetzen würde, wo es wirklich gebraucht wird. Man sollte sich das kritisch überlegen. Wir haben bei uns zum Teil Vollbeschäftigung. Es wäre dann besser, die Gelder, die bei uns mit Ach und Krach irgendwo untergebracht werden – ich erspare mir, die Beispiele aufzuzählen, die wir bei uns gefunden haben; ich bin nicht so überzeugt, ob es dort sehr sinnvoll verwandt ist –, zum Beispiel in Mannheim einzusetzen. Dort braucht man es viel dringender. Das wäre der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Nagel SPD: Ich nehme es mit!)

Aber welcher Bürgermeister gibt denn schon Geld, das er bekommen hat, wieder zurück?

(Abg. Wieser CDU: Nie!)

Er finanziert lieber noch einen Elefanten, als dass er das zurückgibt. Wenn ich dann in meinem Jugendhaus das Geld verbrate

(Abg. Brechtken SPD: In „meinem“ Jugendhaus!)

und zwei Jugendliche quasi zu Sozialarbeitern mache und die Geld dafür bekommen, weiß ich nicht, ob wir nicht in Mannheim das Geld besser einsetzen könnten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen es sinnvoll verwenden.

Ich schließe jetzt mit dem, was Frau Fauser völlig richtig gesagt hat: Wir wollen dieses Programm nutzen, so gut wir können. Wir wollen alle in diesem Lande motivieren, die diese schöne Aufgabe wahrnehmen. Es macht Spaß, etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen. Das ist doch keine Last. Das ist eine schöne, gute Aufgabe, die man gerne erfüllt. Dazu wollen wir motivieren. Aber bitte tun Sie gleichzeitig eines: Machen Sie eine ordentliche Wirtschaftspolitik, die auch die Arbeitsplätze schafft, die man nachher braucht, und nicht das Gegenteil davon.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wintruff SPD: Die haben 4 Millionen Arbeitslose hinterlassen und wagen es, sich hier so zu verhalten!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der SPD geht es laut Programm vorrangig um die berufliche Eingliederung benachteiligter Jugendlicher, auch ausländischer Jugendlicher. Diese berufliche Eingliederung ausländischer Jugendlicher ist wohl in erster Linie deshalb erschwert, meine Damen und Herren von der SPD, weil deren Integration misslungen ist. Die Jugendarbeitslosigkeit ist natürlich schon ein Teil dieses Problems. Das zeigt sich insbesondere an der zweiten und dritten Ausländergeneration, von denen sich immer noch zu wenig bereit erklären und auch fähig sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Wer, wie Rotgrün, vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit ausländischer Jugendlicher, noch eine weitere Zuwanderung fordert, handelt schlicht verantwortungslos.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drexler SPD: Hand aus der Tasche!)

Schon 1990 hat der Volkswirtschaftler Jahnke in einer Studie festgestellt:

Bei wachsender Bevölkerung durch Zuwanderung wird eine steigende Zahl von Arbeitslosen von einem Rückgang der Kapitalintensität, der Produktivität und der Löhne begleitet.

Vor allem, meine Damen und Herren, Herr Sozialminister, weil die Integration in vielen Mittel- und Großstädten gescheitert ist, wird heute selbst von der CDU für Schulsozialarbeit plädiert. Die Forderung nach Schulsozialarbeit ist im Grunde ein Eingeständnis des Scheiterns dieses Experiments einer multikulturellen Gesellschaft.

(Abg. Drexler SPD: Oje!)

Überlegen Sie dies einmal. Das ist der entscheidende Punkt.

Die Leute von Rotgrün, die dieses Experiment hier in Deutschland durchsetzen wollen und damit schon weit vorangekommen sind,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Kommen Sie mal zum Thema!)

(Deuschle)

kommen jetzt mit der Schulsozialarbeit, mit einer Bankrotterklärung ihrer Integrationspolitik.

(Abg. Drexler SPD: Warum reiben Sie sich die Hände?)

Ich komme nun zur Schlussbetrachtung: Richtig war, dass die SPD diese heutige Debatte beantragt hat. Das möchte ich Ihnen zusagen. Falsch an diesem Programm und an der Begründung ist, dass es nicht die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, sondern nur die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit sozialverträglicher gestalten will.

Wenn Sie die Grundlage für ein eigenverantwortliches Leben hier legen wollen, wie in Ihrer Begründung steht, müssen Sie an der Schule ansetzen. Sie dürfen dann nicht nur ein Strohfeuer-Programm vorlegen, wie Ihr Programm hier, sondern Sie müssen grundlegende Bildungsreformen durchsetzen mit dem Ziel, auch im Schulbereich wieder zu mehr Leistung und zu mehr Verantwortung zu kommen. Das ist die Basis dafür, dass Sie auch eigenverantwortliche Jugendliche bekommen, meine Damen und Herren. Vor dieser Verantwortung drücken Sie von Rotgrün sich.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Luftreinhalteplan für den Großraum Stuttgart – Drucksache 12/3180

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/3689, und den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3692.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion über den Luftreinhalteplan für den Großraum Stuttgart ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Politik Realitäten und Probleme verdrängt.

(Beifall des Abg. Drexler SPD – Abg. Scheuermann CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie verdrängt sie insbesondere in der Umweltpolitik.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Herr Scheuermann, seit den Achtzigerjahren wird über dieses Phänomen – man muss schon fast von einem Phantom reden – diskutiert.

(Abg. Scheuermann CDU hält eine Broschüre in die Höhe. – Abg. Scheuermann CDU: Und hier ist das Ergebnis!)

Geschehen, Herr Scheuermann, ist so gut wie nichts. Sie müssen sich einmal vor Augen halten: Da werden die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen von Behörden schlichtweg ignoriert, und es wird so getan, als sei nichts geschehen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Peinlich!)

Da muss man sich doch nicht wundern, meine Damen und Herren, wenn die Politik zunehmend an Glaubwürdigkeit verliert.

(Abg. Scheuermann CDU: Hier! – Abg. Drexler SPD: Peinlich!)

Statt entschlossenes Handeln, Herr Scheuermann, erleben wir langatmige Gespräche. Wir erlebten einen fruchtlosen Streit auf Ministerebene damals in der großen Koalition.

(Abg. Drexler SPD: Verheerend!)

Das Motto war doch: „Luft anhalten und durch!“ Übrigens, Herr Scheuermann: Wenn es um die Zerstörung von Umwelt geht, dann ist Ihre Regierung immer mit großem Elan dabei.

(Abg. Scheuermann CDU: Das täte ich jetzt einmal ein bisschen begründen!)

Wer über ein Jahrzehnt redet und nichts tut, der muss sich einmal die Frage gefallen lassen: Wie sieht es eigentlich mit der Vorsorgepflicht für die Bevölkerung in diesem Großraum Stuttgart aus? Jetzt werden wir natürlich – Herr Scheuermann hat ja schon die entsprechenden Zwischenrufe gemacht – von den Koalitionsfraktionen und von der Regierung hören: „Die Emissionen sind ja trotzdem gesunken.“ Das stimmt für einige Parameter.

(Abg. Scheuermann CDU: Für alle! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein! Stimmt nicht!)

Aber, Herr Scheuermann, die Werte, die wir letzte Woche im Umweltausschuss gehört haben – speziell für Benzol und Ruß –, sprechen eine ganz andere Sprache. Sie zeigen nämlich, Herr Scheuermann: Auch Nichtstun hilft auf Dauer nicht. Wenn man sieht, dass in der Region Stuttgart gerade bei zwei von 18 Messstellen die Werte für Benzol und Ruß unter den Grenzwerten gelegen haben, dann sagen uns die Ergebnisse doch zweierlei:

Erstens reicht Technik allein nicht aus. Die Landesregierung hebt ja immer auf die Technikverbesserung ab. 50 % der Fahrten, meine Damen und Herren, sind Fahrten über weniger als drei Kilometer. Es ist ja bekannt, dass der Katalysator da noch nicht warm ist und deshalb noch nicht arbeitet. Das heißt, die Hälfte aller Fahrten in diesem Großraum Stuttgart werden weiterhin ohne Reinigung der Abgase durch einen Katalysator durchgeführt.

Zweitens zeigen diese Ergebnisse: Der politische Wille fehlt, tatsächlich etwas zu verändern. Er fehlt deshalb, weil Veränderung bedeutete: Ran an den Individualverkehr und hier endlich einmal Maßnahmen ergreifen. Herr Scheuermann, Sie müssen zur Kenntnis nehmen: 80 % der Emissionen – das haben alle neuen Untersuchungen ergeben – werden vom Verkehr verursacht. Da muss man trotz aller ideologischer

(Walter)

Verbohrtheit endlich einmal zugeben, dass beim Verkehr auch etwas geschehen muss.

(Abg. Hauk CDU: Das ist richtig!)

Da nützt es auch nichts, wenn Sie uns vierteljährlich diese Pressemitteilung des Umweltministeriums mit dem Inhalt, dass man jetzt schadstoffärmere Kraftstoffe brauche, zusenden. Dagegen haben wir nichts. Das ist sicher ein Mittel, die Schadstoffe zu reduzieren.

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

Aber das dauert ebenfalls noch viel zu lange und kann nicht kurzfristig erfolgreich sein. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber sagen, dass sich die Bundestagsfraktion des Bündnisses 90/Die Grünen in der Diskussion über die zweite Stufe einer Ökosteuer dafür einsetzen wird, das Splitting der steuerlichen Belastung mit in diese zweite Stufe hineinzunehmen. Das heißt, im nächsten Jahr könnten wir sie schon bekommen.

Aber, Herr Minister, diese vierteljährlich vorgelegte Forderung erweckt bei uns allmählich den Eindruck, dass man solche Forderungen stellt und sich ansonsten gemütlich zurücklehnt und dann eben nichts tut. So sieht vorsorgende Umweltpolitik nun wahrlich nicht aus.

Ich habe Ihnen in der letzten Woche im Umweltausschuss gesagt, dass ich das Ordnungsrecht immer nur für die zweitbeste oder drittbeste Lösung halte. Aber solange noch keine grundlegenden Änderungen in der Politik stattgefunden haben oder greifen können, brauchen wir kurzfristige Maßnahmen.

Deshalb begrüße ich es, Herr Minister, dass Sie in der letzten Woche gesagt haben: Aufgrund der neuen Werte ist es notwendig, dass hier etwas geschieht. Das heißt zum Beispiel, dass Stuttgart freie Hand bekommt, Fahrzeuge auszusperren, die keinen Katalysator haben. Allerdings darf das nicht, wie jetzt Umweltbürgermeister Beck verkündet, so lange dauern, dass es erst im Jahr 2001 erfolgt.

Da muss man fast schon dem Regierungspräsidenten dankbar sein, der sagt, diese Forderung sei sogar mit dem Status der Autostadt Stuttgart vereinbar. Ich frage mich wirklich: Welches Denken herrscht in diesen Köpfen, wenn in einer Stadt wie Stuttgart selbst bei klaren Problemen noch der Maßstab „Autostadt Stuttgart“ herhalten muss? Da kann ich nur sagen: Auch im Regierungspräsidium heißt es wohl öfter: Herr, schmeiß Hirn ra.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Kollege Drautz, wir brauchen eine kurzfristige Senkung der Emissionen von Ruß und Benzol. Dazu aber ist der Antrag von CDU und FDP/DVP wirklich nicht hilfreich. Was Sie fordern, ist doch eine Banalität.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die wollen doch gar nichts!)

Herr Scheuermann, Sie wissen doch genau: Ihre Forderung entspricht einer Vorschrift der EU, die wir bis 2005 bzw. bis 2010 umsetzen müssen. Das heißt, was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist nur etwas, was bereits Pflicht ist. Ja, darauf haben wir nun wirklich nicht gewartet. Wir brauchen jetzt ei-

nen Maßnahmenkatalog, und deswegen haben wir dazu unseren Änderungsantrag gestellt.

Herr Minister, Sie sollen nicht unter dem Motto „Messen – Auswerten – Aussitzen“ in die Geschichte eingehen; das wäre wirklich ein falsches Signal, das von Ihrer Regierungszeit ausginge.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Er soll überhaupt nicht in die Geschichte eingehen!)

Was brauchen wir über das Ordnungsrecht hinaus? Wir sind uns darüber einig, dass ein solcher Schritt immer nur kurzfristig wirken kann und mittel- und langfristig durch eine andere Politik ersetzt werden soll. Die Verkehrspolitik, die wir betreiben, muss deshalb grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden.

Die Investitionen in den ÖPNV, für die Sie sich immer rühmen, Herr Minister, verpuffen infolge Ihrer eigenen Maßnahmen, beispielsweise dadurch, dass Sie sich durch weiteren Straßenbau entlang der S-Bahn-Linien selbst Konkurrenz machen. Herr Mötsch, der Geschäftsführer des VVS, weist praktisch jährlich darauf hin, dass die parallel gebauten Straßenbaumaßnahmen den größten Anteil am Rückgang der Fahrgastzahlen beim VVS haben. Diese Politik muss endlich gestoppt werden.

Ich nenne ein ganz aktuelles Beispiel. Wir haben jetzt sehr hohe, über der Erwartung liegende Fahrgastzahlen bei der Schönbuch-Bahn. Es heißt aber schon: Wenn jetzt die B 464 parallel ausgebaut wird, gehen die Zahlen wieder zurück. Es ist doch absurd, eine solche Politik zu betreiben; damit muss es endlich ein Ende haben. Sonst machen wir unsere eigenen Anstrengungen kaputt.

Ein letzter Punkt, Herr Minister. Nach der Landtagswahl 1996 wurden das Umwelt- und das Verkehrsministerium zusammengelegt, eine Maßnahme, die wir im Prinzip begrüßen, sofern es nicht nur darum geht, der FDP/DVP den Gefallen zu tun, ein Ministerium weniger zu haben. Mittlerweile ist das ja wieder aufgehoben worden; aber immerhin war das damals die Begründung.

Im Prinzip wurden die beiden Ministerien doch zusammengelegt, um eines der dringendsten ökologischen Probleme zu lösen, nämlich die Belastung, die durch den Verkehr entsteht, zu reduzieren. Wir erwarten daher von Ihnen, weil da von Ihrem Vorgänger keinerlei Impulse ausgegangen sind, dass Sie nun versuchen, die Mobilität in diesem Lande zu ökologisieren, soweit das in der Landespolitik möglich ist, sodass wir hier einen wirklichen Beitrag zu einer nachhaltigen Politik bekommen. Da ist es aber kontraproduktiv, wenn Sie weiterhin nur lamentieren, dass Ihnen die Mittel für den Straßenbau gestrichen werden. So werden wir nicht zu einer ökologischeren Politik kommen.

(Abg. Birk CDU: Wir sind ein Automobilstandort!)

– Herr Birk, dass Sie davon nichts verstehen, weiß ich.

(Abg. Birk CDU: Das ist die Politik der Grünen!)

Im Generalverkehrsplan – ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen, Herr Birk – stehen sehr gute Vorschläge, Herr Minister,

(Abg. Birk CDU: Den kennen wir schon!)

(Walter)

wie wir zu einer umweltfreundlichen Mobilität kommen können. Meine Aufforderung an Sie: Setzen Sie die Forderungen, die von Ihnen oder zumindest von Ihrem Vorgänger erhoben wurden, endlich in die Tat um! Ich glaube, dann müssen wir nicht mehr darüber streiten, ob wir ein Verbot für Autos ohne Katalysator brauchen oder nicht, sondern dann werden wir hier eine wesentlich bessere Luft bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu meinem Vordränger, Ihnen, Herr Kollege Walter, möchte ich zunächst einmal sagen, dass unsere Luftreinhaltepolitik der letzten zehn Jahre erfolgreich gewesen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ihnen steht dieses Heft

(Der Redner hält ein Heft in die Höhe.)

genauso wie mir zur Verfügung. Darin gibt es am Schluss eine Tabelle, in der die Schadstoffbelastung der Luft im Großraum Stuttgart in den Jahren 1987 und 1988 – das sind übrigens die Messergebnisse, auf denen der Entwurf des Luftreinhalteplans aufbaut, den Sie jetzt umsetzen wollen – mit der des Jahres 1996 verglichen wird, und zwar mit den gleichen Parametern. Ergebnis: Insgesamt sind in diesem Raum im Jahr 1988 221 981 Tonnen Schadstoffe festgestellt worden.

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

Diese Zahl hat sich innerhalb von zehn Jahren um mehr als 100 % auf 110 367 Tonnen verringert.

(Abg. Birk CDU: Aha! – Abg. Drexler SPD: Mehr als 100 % kann nicht sein! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Mehr als 100 %?)

Herr Walter, es stimmt, dass der Verkehr an der Luftschadstoffbelastung den größten Anteil hat. Aber jetzt sage ich Ihnen – –

(Anhaltende Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Mehr als 100 % kann nicht stimmen!)

– Entschuldigung, dann sind es 50 %. – Aber jetzt nenne ich Ihnen auch die Zahlen für den Verkehr: Im Jahr 1988 156 000 Tonnen, im Jahr 1996 88 000 Tonnen. Angesichts dieser Zahlen können Sie sich nicht hier hinstellen und den Eindruck erwecken, als ob wir in Baden-Württemberg, was die Luftreinhaltung betrifft, Hinterwäldler seien.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Walter, rennen wir nicht nur immer Verkehrsregelungen und verkehrsbeschränkenden Maßnahmen nach, sondern sagen wir: Das, was wir in erster Linie durch eine moderne Technologie erreichen können, er-

reichen wir auch durch moderne Technologie und nicht durch Verbote, die niemand kontrollieren und überwachen kann.

(Beifall bei der CDU)

Weil wir auf die Technologie gesetzt haben, waren wir so erfolgreich.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Nach vielen Jahren! Das hätte man gleich kriegen können!)

Ich will Ihnen noch einmal sagen: Wir setzen auch in Zukunft auf die Technologie. Damit meine ich, dass praktisch schon jetzt eine Automatik eingeleitet ist.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das nützt doch nichts, wenn die niemand kauft!)

– Bitte? Die wird doch gekauft. Wir haben doch mittlerweile schon 60 bis 70 % der Flotte mit geregelten Katalysatoren.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Kollegin, wenn wir noch zwei, drei Jahre warten, haben wir praktisch die 100 %, ohne dass wir jeden überprüfen und zum Teil Fahrverbote aussprechen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: 20 % der Autos verursachen 50 % der Schadstoffe!)

Zweitens: Wir müssen unsere Politik der Verbesserung des Kraftstoffs fortsetzen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie einmal, in den Ländern, in denen Sie an der Regierung sind, mitzuhelfen,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe doch gerade gesagt, dass es unsere Bundestagsfraktion macht! – Unruhe)

dass unsere Bundesratsinitiative endlich erfolgreich ist.

Wir müssen weiter – darüber haben Sie gar nichts gesagt, Herr Walter – unsere Politik der Verkehrsverlagerung fortsetzen. Jeder, der heute eine Fahrt mit dem ÖPNV durchführt, erspart dadurch eine Fahrt im eigenen Fahrzeug.

(Unruhe)

Wenn Sie sich einmal sehr ehrlich selbst Rechenschaft ablegen, was in den letzten fünf Jahren beim ÖPNV in Baden-Württemberg und speziell im Großraum Stuttgart passiert ist, können Sie das doch nur als erfolgreich bezeichnen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die Fahrgastzahlen gehen doch zurück!)

Diese Politik müssen wir fortsetzen.

Als Letztes, was in den Zusammenhang der Technologie gehört: Wir müssen auch die Politik der Verbrauchsverminderung der Motoren fortsetzen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ja! Was heißt „fortsetzen“? S-Klasse!)

(Scheuermann)

Das Setzen auf die Technologie war in den letzten zehn Jahren erfolgreich, und das wird uns auch in den nächsten Jahren Erfolg bringen.

Herr Walter, ich konzedere Ihnen, dass wir bei den neuesten Messungen von Ruß, Benzol und Stickoxiden

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aha! – Abg. Drexler SPD: Richtig! – Unruhe)

an 64 Brennpunkten des Verkehrs Überschreitungen der Schwellenwerte festzustellen haben.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Zum Teil sehr hohe!)

Nun gibt uns § 43 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die Möglichkeit, durch verkehrslenkende und verkehrsbeschränkende Maßnahmen etwas zu unternehmen. Zuständig dafür sind die Regierungspräsidien. Wenn Sie heute aufmerksam die Zeitung gelesen haben, stellen Sie fest, dass das Regierungspräsidium Stuttgart im Verfolg des § 43 überlegt, was zu tun ist. Aber ich sage Ihnen nur: Der Teufel steckt im Detail.

(Zurufe von der SPD – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Da haben Sie Recht! Das ist ein altes Problem!)

Rechtlich werden Sie es nicht verhindern können, dass auch jemand mit dem vorsintflutlichsten Fahrzeug zu seiner Wohnung kommen muss, hinfahren darf, egal, welche Beschränkungen Sie anordnen. Sie müssen zweitens nachweisen, dass die Beschränkungen, die Sie anordnen, wirksam sind. Sie müssen drittens Beschränkungen anordnen, die verhältnismäßig sind.

Es ist also sehr leicht, von diesem Podium aus zu fordern, den § 43 anzuwenden. Derjenige, der es dann machen muss, steht vor viel größeren Schwierigkeiten, als wir Politiker dies tatsächlich meinen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Eigenlob!)

– Eigenlob? Ich habe hier Zahlen vorgelesen. Ich nehme einmal an, dass Sie, Herr Walter, nicht so weit gehen, diese Zahlen zu bestreiten. Aufgrund dieser Zahlen sage ich: Unsere Politik der letzten zehn Jahre war erfolgreich, und weil sie erfolgreich war, setzen wir in erster Linie auf die Fortsetzung dieser Politik. Verkehrsbeschränkende und verkehrslenkende Maßnahmen sind für uns nur Ultima Ratio.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Fahrverbot in Stuttgart rückt näher. Spätestens im Jahr 2001 sollen Fahrverbote für Fahrzeuge ohne Kat erlassen werden.

(Zuruf von den Republikanern: Bis dann gibt es keine mehr!)

Aber die CDU-Fraktion sagt heute in der Begründung ihres Antrags, die Erhebung der Emissionen und die Untersu-

chung der Immissionsbelastung für den Großraum Stuttgart hätten gezeigt, dass sich die Luftverhältnisse entscheidend verbessert hätten. Daher sei es nicht mehr gerechtfertigt, den erarbeiteten Maßnahmenteil Verkehr des Luftreinhalteplans für den Großraum Stuttgart umzusetzen.

(Zurufe, u. a. des Abg. Drexler SPD: Eben! Das ist ja kontraproduktiv!)

Das haut einen ja regelrecht aus dem Saal. Auf der einen Seite haben sich die Luftverhältnisse entscheidend verschlechtert, sodass man sogar Fahrverbote erlassen muss. Auf der anderen Seite sagt die CDU-Fraktion: Den Maßnahmenplan, der schon seit sieben Jahren überfällig ist, brauchen wir nicht.

(Abg. Drexler SPD: Unglaublich!)

Da sage ich Ihnen: Das ist eine umweltpolitische Kapitulation.

(Abg. Drexler SPD: Unglaublich! Wirklich unglaublich! – Gegenruf des Abg. Birk CDU: Ich glaube, der Herr Drexler weiß nicht, worum es geht!)

Meine Damen und Herren, es ist schon traurig genug, dass das Parlament die Landesregierung heute überhaupt auffordern muss, ihre Hausaufgaben zu machen, die sie seit Jahren nicht macht. Ich darf daran erinnern, wie das gelaufen ist: 1993 Vorentwurf des Maßnahmenteils, 1995 Maßnahmenplan beschlossen für den Bereich Industrie, Gewerbe und Hausbrand, dann werden Emissionsmessungen gemacht, Emissionskataster, Ursachenanalysen und gutachterliche Stellungnahmen. 10,7 Millionen DM hat das gekostet.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja verheerend!)

Da kann man ja einmal fragen: Ist das vielleicht für die Katz? Wenn nichts umgesetzt wird, wozu ist denn dann gemessen worden?

(Abg. Drexler SPD: Wo leben wir denn?)

Meine Damen und Herren, normalerweise geht man so vor: Zuerst kommt die Analyse, dann kommen die Maßnahmen, dann kommt die Umsetzung.

(Abg. Schmiedel SPD: Richtig! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Aber bei der Landesregierung läuft das so: Wir messen einmal tüchtig, dann lassen wir das ansammeln, rein in die Schublade, und dann tun wir so und verkünden überall, wir hätten eine ganze Menge getan.

(Abg. Drexler SPD: Dann wird noch eine Broschüre gedruckt!)

Bis zum heutigen Tag ist kein Maßnahmenbündel beschlossen worden.

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

– Herr Birk, das bezeichne ich als Geldverschwendung.

(Dr. Caroli)

Wenn ich jetzt höre, dass es eine integrative Verkehrspolitik des Herrn Ministers gibt – Übrigens, Sie neigen ja dazu, Zensuren zu geben. In dieser Frage können Sie sich selbst eine Zensur herausuchen. Was Sie von uns zu erwarten hätten, können Sie sich ausrechnen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Was nun die integrative Verkehrspolitik anbelangt: elf Fachkonzepte, Veränderung der Siedlungsstruktur, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, integrierte Verkehrsmanagementsysteme, technische Abgasminderungs-systeme – alles Wort-hülsen. Sie haben überhaupt noch nichts umgesetzt.

Meine Damen und Herren, wie gehen Sie eigentlich mit den Kommunen in der Region Stuttgart um? Die sind nämlich ein ganz schönes Stück weiter. Ich darf nur einmal an das Klimakonzept der Stadt Stuttgart erinnern, das ein Handlungskonzept mit klaren Maßnahmen enthält. Die warten doch darauf, dass die Landesregierung jetzt endlich mit dem angekündigten Luftreinhalteplan Ernst macht.

Nun zu Ihnen, Herr Scheuermann. Ihr Beitrag war ja wohl in rosarotes Licht getaucht. Schauen Sie sich doch einmal die Prognosen an. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg geht für das Jahr 2010 von einer weiteren Erhöhung des Pkw-Bestands um 21 % auf 6,5 Millionen Fahrzeuge aus. Die Jahresfahrleistung stieg in Baden-Württemberg zwischen 1985 und 1995 um 23,3 %. Bis zum Jahr 2010 wird ein weiterer Anstieg um 14,2 % auf dann 91,1 Milliarden Kilometer prognostiziert. Der Lkw-Verkehr wird zunehmen: um 27 % zwischen 1995 und 2010. Er wird in diesem Zeitraum doppelt so stark wie der Personenkraftverkehr zunehmen. Die Minderung der Schadstoffemissionen durch den Katalysator wird durch diesen Anstieg praktisch aufgehoben.

Meine Damen und Herren, der Straßenverkehr hat sich seit Mitte der Achtzigerjahre zur Hauptquelle der Luftbelastung in Baden-Württemberg entwickelt. Da geht die CDU hin und sagt: Ist alles wunderbar, einen Maßnahmenplan brauchen wir nicht.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dazu möchte ich Ihnen sagen: Das ist ein Skandal.

Wir fordern: Rasche Erstellung und Umsetzung des Maßnahmenteils Verkehr zum Luftreinhalteplan, und wir werden darauf pochen, dass dies jetzt auch geschieht.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. List CDU: Die Rede soll er einmal bei einer Betriebsversammlung beim Daimler halten! Dann kommt er nicht mehr lebend raus!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Scheuermann hat auf die rechtlichen Anforderungen von Luftreinhalteplänen hingewiesen. Ich möchte feststellen: Der Maßnahmenteil Verkehr des Luftreinhalteplans für den Großraum Stuttgart

ist deshalb nicht umgesetzt worden, weil sich die große Koalition darüber nicht einigen konnte und nur darüber gestritten hat.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die FDP/DVP hat auch nichts dafür getan!)

Ich möchte hier keine Ursachenforschung betreiben, aber ich halte einfach fest, dass in Baden-Württemberg gestritten wurde, während wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in Bonn gehandelt und doch einiges umgesetzt haben.

(Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

– Darüber dürfen Sie gerne lachen. Ich will das begründen und Ihnen einige Zahlen nennen.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Die Emissionen durch Industrie und Gewerbe haben in den letzten zehn Jahren um 72 % abgenommen,

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

die Kleinf Feuerungsanlagen verursachen um 59 % weniger Emissionen,

(Zurufe der Abg. Schmiedel SPD und Birk CDU)

und die verkehrsbedingten Emissionen sind trotz der hohen Zunahme des Verkehrs, auf die eben schon hingewiesen wurde, um über 40 % oder um eigentlich fast 50 % zurückgegangen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Vom Einbau von Entschwefelungsanlagen, vom Einsatz umweltfreundlicher Brennstoffe und von der Sanierung von Altanlagen hat auch der Großraum Stuttgart erheblich profitiert. Auch die Absenkung des Schwefelgehalts im Dieselmotorkraftstoff hat zu einer wesentlichen Reduktion der verkehrsbedingten Emissionen beigetragen.

Meine Damen und Herren, wir werden diesen Weg in Baden-Württemberg konsequent fortsetzen. Die Bundesratsinitiative „Besserer Kraftstoff“, das Niedrigenergiehausprogramm und das Altbausanierungsprogramm möchte ich als Beispiele nennen. Eine pauschale Verteufelung des Verkehrs lehnen wir strikt ab.

Die Grünen fordern eine Umsetzung des damaligen, längst überholten Maßnahmenkatalogs.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Lesen Sie doch unseren Änderungsantrag! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Die meisten Zahlen sind doch sehr alt. Sie wollen Geschwindigkeitsbegrenzungen und letztlich ein Fahrverbot.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist überhaupt keine Frage, dass es ein Fahrverbot – heute wurden schon die „Stuttgarter Nachrichten“ und, wie ich meine, auch die „Stuttgarter Zeitung“ zitiert –

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

(Dr. Glück)

Dass es einmal Ausnahmen für Fahrzeuge ohne Kat geben kann, ist für mich überhaupt keine Frage. Aber ich denke, dass diese alten Dreckschleudern irgendwann einmal aussterben werden und dass sich dieses Problem auf einem quasi natürlichen Weg lösen wird.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Und so lange dürfen sie 50 % der Schadstoffe produzieren? – Gegenruf des Abg. Birk CDU: Fragen Sie einmal bei den Grünen, wie viele solche Autos fahren! Ich kenne schon einen, der eines hat!)

Wir betrachten es als viel entscheidender, heute bereits auf das Jahr 2005 zu schauen, wenn die EU-Richtlinien umgesetzt werden. Für uns ist es wichtig, wie wir Emissionen beseitigen und vermeiden. Wir wollen nicht nur auf vorhandene Werte reagieren. Wir wollen weg von der End-of-Pipe-Technik, und wir setzen auf technischen Fortschritt. Wir wollen keine Verbote – Verbote bestenfalls in wirklich begründeten Ausnahmefällen –, sondern wir setzen auf technische Verbesserungen.

Wie wollen wir das machen, meine Damen und Herren? Absenkung des Kraftstoffverbrauchs durch Entwicklung besserer und sparsamerer Motoren. Wir wollen eine Verbesserung der Katalysatortechnik, auch Katalysatoren, die schon vor diesen berühmten drei Kilometern ansprechen. Wir setzen auch auf stärkere Inanspruchnahme des Schienenpersonennahverkehrs.

Aber eines ist klar: Der Staat und auch das Land sind keine Kfz-Hersteller. Sie können nur Rahmenbedingungen vorgeben, und ich denke, dass wir mit Euro 3 und Euro 4 auf dem richtigen Weg sind.

Bei allen Regelungen sollten wir die Eigenverpflichtung der Industrie nicht unberücksichtigt lassen. Das gilt ganz besonders – hierzu haben wir eine Anhörung durchgeführt – für die Verbesserung der Kraftstoffqualität.

Meine Damen und Herren, wir wollen die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene, aber gerade in Stuttgart ist dies ganz besonders schwierig, weil hier die Kapazitäten nicht ausreichen. Deshalb ist Stuttgart 21 eine richtige Maßnahme, hier mehr Schienenkapazität zu bekommen, und deshalb ist es unverständlich, dass MdB Hermann von den Grünen jetzt eine nochmalige Überprüfung von Stuttgart 21 fordert. Das ist kontraproduktiv. Im Gegenteil: Wir müssen es in die Hand nehmen und durchziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rech CDU – Abg. Eigenthaler REP: Das bringt aber regional nicht viel!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen. Es gibt auch intelligente Systeme im Lkw-Bereich zur Verbesserung der Luftqualität, denen man nachgeht. Hier wird im Augenblick ein System City-Logistik überprüft. Das ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Speditionen, um durch Synergieeffekte die Zahl der Fahrten im Stadtbereich insgesamt zu reduzieren, was zu weniger Emissionen führt.

Wir lehnen den Antrag der Grünen ab.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Einzelmaßnahmen mögen nötig sein, aber wirklich nur als Ultima Ratio. Insgesamt, meine Damen und Herren, setzen wir nicht auf die End-of-Pipe-Technik, sondern wir schauen in die Zukunft zu technischem Fortschritt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. List und Rech CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Eigenthaler.

Abg. Eigenthaler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit einem Bauplan hat man noch kein Gebäude, und mit einem Luftreinhalteplan hat man noch lange keine reine Luft. Vielmehr beschleicht mich bei der Stellungnahme der Landesregierung das Gefühl, dass es sich bei den bisherigen Maßnahmen und den finanziellen Aufwendungen überwiegend um heiße Luft handelt. Bisher also nur Aktivismus pur.

Im Antrag der Bündnisgrünen wird nach den verkehrsbedingten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Stuttgart gefragt. Dabei geht es ihnen wohl in erster Linie darum, weitere Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsbehinderungen zu rechtfertigen. Dabei hat die Vergangenheit gezeigt, dass Geschwindigkeitsbegrenzungen eher zu mehr Verkehrsstauungen und dadurch zu erhöhten Schadstoffbelastungen geführt haben. Die finanziellen Kürzungen von bitter notwendigen Mitteln für die Erhaltung des bestehenden Straßennetzes und den Ausbau von Ortsumgehungen tragen ein Übriges dazu bei.

Aus dem Antrag der Republikaner mit dem Titel „Staubildung im Straßenverkehr und der daraus resultierende volkswirtschaftliche Schaden“ können Sie entnehmen, dass die Schadstoffbelastungen beim fließenden Verkehr deutlich niedriger sind als beim stockenden Verkehr. Von den finanziellen Mehrbelastungen möchte ich hier gar nicht reden.

Hinzu kommt die gebetsmühlenartig vorgetragene Grünenforderung nach einer ständig steigenden Mineralölsteuer, die das Autofahren für heimische Fahrer, Spediteure, Handwerker und Unternehmer verteuern würde, sodass es letztlich nur noch den Besserverdienenden vorbehalten bleiben soll.

Fast alle in der Stellungnahme der Landesregierung aufgezählten Maßnahmen sind zwar wichtige Planungsgrundlagen, aber nicht ausreichend, um die Schadstoffbelastung in der Luft zu reduzieren. Tatsache ist, dass die mehr als 10 Millionen DM, die bisher für die Erstellung des Luftreinhalteplans für den Großraum Stuttgart ausgegeben worden sind, die Luft über der Region noch kein Körnchen sauberer gemacht haben.

Zur Reduzierung der Schadstoffemissionen im Reise- und Güterverkehr genügt es eben nicht, regionale Maßnahmen zu ergreifen. Hier müssen inzwischen schon europaweite oder gar globale Maßnahmen durchgesetzt werden, damit es zu positiven Auswirkungen auf die Luftqualität auch in unserem Lebensraum kommt. Oder wollen Sie mir weismachen, dass die hiesigen Autonummern nicht wegen regionaler Belastungen, Mehrkosten und Schikanen verschwinden und durch Nummern aus Nachbarregionen oder aus anderen Ländern ersetzt werden, die dann doch weitere Wege haben als wir?

(Eigentlicher)

Im Übrigen: Wenn es speziell um die Situation im Großraum Stuttgart geht, dann ist es vorrangig eine Aufgabe der Stadt und des Verbandes Region Stuttgart, ein integriertes Verkehrskonzept zu entwickeln. Das Fahrverbot für Stuttgart für Fahrzeuge ohne geregelten Katalysator, das momentan noch ca. 14 % der Pkw betrifft, erfordert alternative Angebote beim ÖPNV. Sonst fördert man damit die Multi-, Super- und Factory-Outlet-Märkte auf der grünen Wiese.

Eines der langfristigen Ziele des VRS, übrigens angeregt von der Fraktion Die Republikaner, die Großen Kreisstädte rund um Stuttgart mittels tangentialer Schienenverbindungen weiträumig in Form einer Regionalringbahn zu verknüpfen, sollte jetzt vorrangig angegangen und mittelfristig umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang muss auch die S-Bahn südlich der A 8 von Bernhausen in Richtung Nürtingen weitergeführt werden, um so den südlichen Filderraum schienenmäßig zu erschließen, den klimatisch sensiblen Filderraum als Frischluftlieferanten für Stuttgart verkehrlich zu entlasten und den erhöhten Siedlungsdruck auf den Fildern zu kompensieren. Wenigstens alle fünf Wahlkreisabgeordneten – ich sehe wenig davon – müssten sich dafür einsetzen und überfraktionell an einem Strang ziehen.

Meine Damen und Herren, wir müssen einsehen, dass es die autofreie Stadt genauso wenig geben wird wie die autogerechte Stadt. Den Verkehrsproblemen ist auch nicht durch einzelne Maßnahmen beizukommen. Vielmehr bedarf es einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die aufeinander abgestimmt sein müssen. Dazu gehört ein attraktiver öffentlicher Personenverkehr ebenso wie funktionierende Verkehrsleitsysteme, die zu einem flüssigeren Verkehr beitragen. Die Automobilindustrie ist gefordert, verstärkt verbrauchs- und emissionsarme Fahrzeuge zu entwickeln, und die Politik muss dafür sorgen, dass innovative Technik gefördert und umgesetzt wird.

Aus diesem Grund haben wir Republikaner uns dafür eingesetzt, dass das von einer Schweizer Firma entwickelte und im Rahmen einer Anhörung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vorgestellte Konzept eines verbrauchs- und abgasoptimierten Ottomotors von der Landesregierung unterstützt wird.

(Abg. Scheuermann CDU meldet sich zu Wort.)

– Sie haben nicht mitgestimmt.

(Abg. Scheuermann CDU: Nein! Ich habe mich nur zu Wort gemeldet! Aber es ist schon aufschlussreich, wenn jemand, der noch nie Autos produziert hat, plötzlich den Fachmann markiert!)

Es ist völlig unverständlich, warum weder die Landesregierung noch die Automobilindustrie ein ernsthaftes Interesse an diesem neuen Antriebskonzept haben. Die Förderung neuer Konzepte gehört eben auch zum Umweltschutz.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die Region Stuttgart hauptsächlich von der Automobilindustrie lebt. Diese Lebensader sollten wir nicht selber abklemmen; denn wenn die Autoindustrie hüstelt, dann leidet die ganze Region bereits an akuter Schwindsucht. Deshalb gilt für die Emissionsreduzierung beim Straßenverkehr wie bei der Energiewirtschaft nur ein Miteinander aller Beteiligten und kein Ökoregionalismus oder Ökonationalismus.

Noch zwei Worte zu den Änderungsanträgen. Bedauerlicherweise bringt die CDU nichts Neues. Sie will weitere Prüfungen anstellen. Ich glaube, das führt uns nicht weiter. Wir wissen, dass die Luft in Stuttgart teilweise sehr schlecht ist und wir hier etwas tun müssen. Mit weiteren Prüfungen werden wir dort nicht weiterkommen. Deshalb können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Das gilt auch für den Grünen-Antrag, der nur pauschal Maßnahmen fordert, ohne konkrete Aussagen zu machen. Solange nichts Konkretes auf dem Tisch liegt, können wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich möchte das Thema ein ganz kleines bisschen modifizieren. Ich möchte zum Thema „Luftreinhaltungspolitik im Großraum Stuttgart gestern, heute und morgen“ sprechen. Das ist nämlich die eigentliche Betrachtungsweise. Während der Anlass der Debatte für Sie im Grunde ein vergangenheitsbezogener war, möchte ich ganz bewusst auch auf die Zukunft und die Gegenwart eingehen.

(Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen dies mit drei Worten beschreiben. Gestern, das heißt Luftreinhaltungsplan von Anfang der Neunzigerjahre. Heute, das heißt 23. BImSchV. Morgen schließlich, das heißt EU-Rahmenrichtlinie Luftqualität.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben jetzt gesehen, dass es auch diese Dimension gibt. Der Antrag, den Sie ursprünglich vorgelegt haben, war rein vergangenheitsbezogen. Wir müssen aber auch in die Zukunft blicken.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber die Diskussion war zukunftsbezogen! – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Zunächst einmal zum Luftreinhaltungsplan, meine Damen und Herren. Die Daten, die dem Luftreinhaltungsplan für den Großraum Stuttgart zugrunde gelegen haben – übrigens zunächst der Stadt Stuttgart und dann der Region –, sind über zehn Jahre alt. Allein dies ist schon ein Grund dafür, dass man die Dinge nicht einfach vergangenheitsbezogen sehen kann.

Das Maßnahmenbündel, das ergriffen worden ist, bestand Anfang der Neunzigerjahre in Maßnahmen bei Gewerbe- und Kleinf Feuerungsanlagen auf der einen Seite. Dieser Teil ist umgesetzt worden. Der Verkehrsteil auf der anderen Seite ist nicht umgesetzt worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich komme darauf gleich zu sprechen.

(Abg. Schmiedel SPD: Schaufler war schuld!)

(Minister Ulrich Müller)

Im Verkehrsteil waren Geschwindigkeitsbegrenzungen erhalten. Ich will sie Ihnen noch einmal vorlesen. Dann erkennen Sie schon, wo die Probleme liegen.

Ich will jedoch zunächst einmal etwas zu der Frage sagen: Wie hat sich die Luftqualität insgesamt entwickelt? Dazu möchte ich jetzt eine Zwischenbemerkung machen. Herr Präsident, da möchte ich mich ausnahmsweise an Sie persönlich wenden, und zwar deswegen, weil – –

(Abg. Scheuermann CDU: Er hört nicht zu! – Abg. Behringer CDU: Herr Präsident! – Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, er wendet sich an Sie!)

Ich habe etwas Ungewöhnliches vor. Ich möchte mich an Sie persönlich wenden, und zwar deswegen, weil ich jetzt eine Reihe von Zahlen vortrage. Das Problem bei Zahlen besteht darin – wir haben das beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt auch gemerkt –, dass es wahnsinnig schwierig ist, sie sich zu merken. Ich wäre sehr dankbar dafür, wenn wir hier im Laufe der Zeit einen Tageslichtprojektor bekommen könnten, auf den man auch die eine oder andere Folie legen könnte. Dies würde der Verständlichkeit erheblich dienen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der Republikaner)

Ich bitte also um Verständnis, dass ich jetzt ohne dieses Hilfsmittel operieren muss. Das wird etwas unverständlich, aber es ist wichtig.

Zunächst einmal ganz einfach: Der Anteil der Luftschadstoffe ist in den letzten zehn Jahren um 50 % gesunken – ein Tatbestand. Da kann man nicht sagen: Es war nichts. Diese Senkung um 50 % ist auch nicht vom Himmel gefallen. Sie ist nicht durch Nichtstun, sondern durch Tun erfolgt. Sie suggerieren, die Lage wäre schlecht und wir hätten nichts getan. Beides ist falsch. Die Lage ist besser geworden, und wir haben etwas getan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Partiiell besser geworden!)

Ich sage es Ihnen einmal etwas konkreter. Industrie und Gewerbe: Die Luftemissionen sind je nach Schadstoff um 60 bis 80 % gesunken. Kleinf Feuerungsanlagen: Die Schadstoffe sind um 30 bis 80 % gesunken. Verkehr: Die Schadstoffe sind – unterdurchschnittlich – um 40 % gesunken.

Das heißt, die Luftqualität hat sich insgesamt verbessert. Der Anteil des Verkehrs ist relativ gestiegen, weil wir anderswo größere Erfolge haben. Das muss man zunächst einmal nebeneinander darstellen. Das Problem ist, absolut gesehen, geringer geworden. Der Verkehrsanteil hat sich innerhalb des geringer gewordenen Problems erhöht. Das ist der Tatbestand.

Jetzt will ich Ihnen noch einmal nur vor Augen führen, wenn Sie Bezug nehmen auf den Verkehrsteil des ursprünglichen Luftreinhalteplans, was darin vorgesehen war. Es waren massive Geschwindigkeitsbegrenzungen vorgesehen. Ich trage sie nur noch einmal vor, weil Sie sich vonseiten der Grünen in Ihrem ursprünglichen Antrag darauf bezogen haben.

Auf den Autobahnen sollten wir Folgendes bekommen: für Pkws eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 Kilometer

pro Stunde, für Lkws auf 80 Kilometer pro Stunde. Bei den Außerortsstraßen – zweibahnig –: für Pkws eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 Kilometer pro Stunde, für Lkws auf 60 Kilometer pro Stunde. Bei den einbahnigen Straßen: für Pkws eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 Kilometer pro Stunde, für Lkws ebenfalls auf 60 Kilometer pro Stunde. Innerorts war eine massive Einführung von Tempo-30-Zonen vorgesehen.

Das ist schon ein erheblicher Eingriff. Aus diesem Grund haben wir seinerzeit gesagt: Der Eingriff ist uns zu massiv. Das war das erste Argument. Das zweite Argument: Wir werden dieses Eingriffs gar nicht bedürfen, weil wir auf eine bestimmte Entwicklung setzen können. Und siehe da, diese Entwicklung ist eingetreten. Das heißt, wir haben nicht nur, weil der Eingriff so massiv war, davon abgesehen, zu solchen Geschwindigkeitsbegrenzungen zu kommen, sondern auch, weil wir eine bestimmte technische Entwicklung vorausgesehen haben, die tatsächlich eingetreten ist, und auch eine Verhaltensentwicklung.

Die technische Entwicklung war der Katalysator, und die Verhaltensentwicklung war die Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Der öffentliche Verkehr ist auch nicht vom Himmel gefallen, sondern ist das Ergebnis politischer Anstrengungen. Was haben wir gemacht? Wir haben in den letzten zehn Jahren über 2 Milliarden DM – das muss man sich schon auch einmal auf der Zunge zergehen lassen – in den ÖPNV des Großraums Stuttgart gesteckt. Wir haben damit innerhalb der letzten 20 Jahre – die Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit ist nicht mehr so positiv – mit diesem Ausbau des öffentlichen Verkehrs dazu beigetragen, dass die Fahrgastzahlen und die Wegestrecken gegenüber 1975/76 um 50 % gestiegen sind. Das ist schon ein erheblicher Erfolg. Auch das muss man bei den Verkehrsemissionen sehen. Wir können nicht nur begrenzen, sondern müssen auch Alternativen bieten, und wir haben im ÖPNV die Alternative geboten. Im Verhältnis dazu ist übrigens der Individualverkehr leicht gesunken. Das nur nebenbei.

Jetzt fasse ich einmal zusammen, was die Vergangenheit angeht, und sage: Erstens hatten wir Erfolge in der Luftreinhaltepolitik. Zweitens haben, wie gesagt, die Verkehrsemissionen relativ an Bedeutung gewonnen, absolut sind sie aber auch gesunken. Drittens – das ist die Erklärung für den Streit, den es vorhin gab, ob die Entwicklung eigentlich positiv oder negativ ist – sind die Grenzwerte verschärft worden. Das heißt, die Ziele sind anspruchsvoller geworden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist doch auch vernünftig!)

Obwohl wir also eine verbesserte Luftqualität haben, haben wir aktuell neue Probleme, weil wir eine höhere Messlatte angesetzt haben. Einmal haben wir mit der 23. BImSchV einen höheren oder schärferen Grenzwert und zum Zweiten im Hinblick auf die EU-Rahmenrichtlinie. Das heißt, beides ist richtig: Die Werte sind besser geworden, aber die Ziele sind noch ehrgeiziger geworden. Das ist die Realität.

Damit komme ich zum zweiten Schritt, nämlich zur 23. BImSchV, zur aktuellen Diskussion, was wir heute tun müssen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Töpfer!)

(Minister Ulrich Müller)

Wie gesagt, die Grenzwerte sind verschärft worden, gerade konkret zum 1. Juli 1998. Das ist erst ein Dreivierteljahr her. Die Werte, die vorher gegolten haben, haben wir locker eingehalten. Wir haben in der Zwischenzeit die Daten erhoben, und zwar haben wir natürlich, wie das der Kollege Scheuermann gesagt hat, genau an den Problembrennpunkten angesetzt. Die waren nicht repräsentativ, sondern wir haben uns gesagt, wir müssen an die schlimmsten Fälle herangehen. Wir haben die Daten mittlerweile vorgelegt. Jetzt kommt die Prüfung, was zu tun ist. Ich sehe voraus, dass es Handlungsbedarf gibt. Über diese Daten wird man nicht einfach hinweggehen können, sondern es wird in der Tat an der einen oder anderen Stelle tatsächlich zu Verkehrsbegrenzungen kommen müssen – das ist bei der Datenlage klar –, also nicht deswegen, wie gesagt, weil die Luft schlechter geworden wäre, sondern weil wir ehrgeizigere Ziele haben, übrigens von einer CDU/FDP-Regierung formuliert. Das nur nebenbei.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Sie müssen etwas tun, obwohl alles in Ordnung ist!)

Jetzt werden das Regierungspräsidium Stuttgart und die Stadt Stuttgart handeln. Was das Regierungspräsidium gestern dazu in der Presse gesagt hat, ist grundsätzlich richtig. Ich will nur auf eines hinweisen. Es ist dort gesagt worden, dass die Schubladenpläne der Stadt Stuttgart, nämlich eine großräumige Sperrung des Talkessels für Fahrzeuge ohne Katalysator, geeignet seien. Das ist zweifelsohne richtig. Das ist zweifellos geeignet. Ob man diese Maßnahmen trotzdem ergreifen kann, ist nicht von der Frage abhängig, ob sie geeignet sind, sondern vor allem von der Frage, ob sie auch rechtmäßig sind. Da muss man die Dinge schon sehr viel eher mit einem Fragezeichen versehen. Herr Kollege Scheuermann hat auf eines der vielen Probleme hingewiesen, zum Beispiel auf die Erreichbarkeit der Grundstücke von Personen, die ein Fahrzeug ohne Katalysator haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Mit der Straßenbahn!)

Deswegen gehört zur Eignung auch die Rechtmäßigkeit. Das wird im Einzelnen zu prüfen sein. Grundsätzlich ist es schon ein richtiger Ansatz, zu sagen, wir sollten für saubere Fahrzeuge Benutzervorteile im Verhältnis zu weniger sauberen Fahrzeugen haben. Das ist ein umweltpolitisch allgemein richtiger Ansatz. So viel zu der jetzigen aktuellen Situation.

Jetzt kommt der dritte Schritt, der Blick in die Zukunft. Das haben Sie in Ihrem ursprünglichen Antrag nicht gemerkt. Nachdem dann die CDU einen etwas intelligenteren Antrag gestellt hat, haben Sie nachgezogen. Man sollte ja immer lernfähig sein.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Der Antrag ist auch schon ein paar Monate alt!)

Alles in Ordnung. Ich komme nun zu dem, was uns die EU sagt, übrigens auch mit Zustimmung der alten Bundesregierung. Das nur nebenbei gesagt. Sie wissen, von wem die besetzt war.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Da kommt auch die 23. BImSchV her!)

Wir haben ehrgeizige Ziele bezüglich der Luftqualität für das Jahr 2005 und für das Jahr 2010.

Um das einmal in Zahlen auszudrücken: Wir werden beispielsweise bei den Stickoxiden eine Verbesserung der Immissionsituation um 50 % erreichen müssen, und wir werden beim Staub sogar noch eine sehr viel höhere Reduktion erreichen müssen. Es ist klar: Wenn wir diese Ziele im Jahr 2005 und im Jahr 2010 erreichen wollen, müssen wir heute schon anfangen. Da kann man nicht warten bis zum Jahr 2005, sondern es stellt sich uns heute schon die Frage: Was ist zu tun?

Wir werden auf grundlegende Maßnahmen und, wie schon bisher, eher auf technische Maßnahmen setzen, womit die anderen nicht ausgeschlossen sind. Das zeigt sich in der 23. BImSchV. Aber die strukturell wirkenden Maßnahmen sind sehr viel wichtiger. Übrigens: Im Verhältnis zu diesen Maßnahmen sind Geschwindigkeitsbegrenzungen immer unwirksamer, immer unsinniger, immer weniger tauglich. Deswegen ist ein Blick auf dieses alte Instrumentarium relativ witzlos.

(Beifall des Abg. Haas CDU)

Präsident Straub: Sie gestatten eine Zwischenfrage des Abg. Walter? – Bitte schön.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, wurde Ihre Ministeriumssprecherin am 9. Januar in den „Stuttgarter Nachrichten“ richtig zitiert, wonach die Emissionen an Stickoxiden ab einem Tempo von 120 Kilometer pro Stunde überproportional ansteigen? Ich füge hinzu: Das gilt wohl nicht nur für Stickoxide, sondern auch für andere Parameter. Wenn dem so ist, Herr Minister, welche Konsequenzen ziehen Sie für Ihre aktuelle Politik daraus?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob sie richtig zitiert wurde, weil ich nicht weiß, was sie ursprünglich gesagt hat. Ich kann Ihnen nur sagen: Gemessen an der Wirkung anderer Maßnahmen, werden Geschwindigkeitsbegrenzungen unter Immissionsgesichtspunkten immer weniger nützlich. Sie tragen immer weniger zur Immissionsreduzierung bei, weil wir auf den anderen Gebieten, nämlich Kraftstoffqualität und Kfz-Technik, zu sehr viel effektiveren Maßnahmen kommen, und zwar überall, wo das Auto unterwegs ist, und nicht nur an den Problembrennpunkten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Scheuermann CDU:
Das mögen sie nicht einsehen! Das passt nicht in die Ideologie! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Steim?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Jawohl. Bitte schön.

Abg. Dr. Steim CDU: Herr Minister, im selben Bericht steht auch, dass man bei einer Verringerung der Geschwindigkeit von 50 auf 30 km/h wieder höhere Schadstoffwerte erzeugt. Dazu hätte ich eigentlich eine Frage von den Grünen erwartet. Können Sie mir sagen, warum die Frage nicht gestellt wurde?

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Darüber reden wir nachher mal!)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich gebe die Frage weiter.

Präsident Straub: Herr Minister, es liegt eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Caroli für eine weitere Zwischenfrage vor. – Bitte schön, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Minister, Sie haben einen ganzen Maßnahmenkatalog vorgetragen. Wie verträgt sich das eigentlich mit der Auffassung der Fraktionen von CDU und FDP/DVP, dass es nicht mehr gerechtfertigt sei, den Maßnahmenplan Verkehr des Luftreinhalteplans für den Großraum Stuttgart umzusetzen?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Genau mit den Argumenten, die ich gerade vorgetragen habe. Es ging damals nur um Geschwindigkeitsbegrenzungen. Diese sind immer weniger sinnvoll. Wir müssen zu anderen Maßnahmen kommen. Dazu können auch Verkehrsbeschränkungen gehören,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Der Plan muss immer aktualisiert werden!)

wie wir sie in der 23. BImSchV haben. Dazu werden die Fortschritte in der Kfz-Technik und in der Kraftstoffqualität beitragen.

Herr Kollege Dr. Caroli, ich würde mich freuen, wenn Sie eine vergleichbare Äußerung wie Ihr Kollege Walter machten, der gesagt hat, die grüne Bundestagsfraktion werde sich für eine Mineralölsteuerspreizung einsetzen. Wenn das jetzt auch noch die rote Fraktion sagt, haben wir die Mehrheit in Bonn. Das wäre doch prima.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Haas CDU: Caroli hat nicht einmal in der Fraktion etwas zu sagen, geschweige denn in Bonn! – Abg. Schmiedel SPD: Man muss das gesamte Problem sehen!)

Was die künftigen Maßnahmen anbelangt, setzen wir erstens auf eine bessere Kraftstoffqualität. Wir setzen zweitens auf eine bessere Kraftfahrzeugtechnik, nämlich auf Katalysatoren mit einem besseren Kaltstartverhalten. Um das Volumen einmal anzudeuten: Ungefähr 50 % aller Autofahrten in Stuttgart sind kürzer als drei Kilometer. Da spricht der Katalysator gar nicht an. Das ist das Problem, das vorhin beschrieben wurde: Ungefähr 50 % aller Fahrten werden sozusagen noch ohne Katalysator gemacht, obwohl die Zahl der Autos mit Katalysator sehr viel höher ist. Dies ist der Grund. Wir müssen den Katalysator entsprechend umrüsten.

Wir brauchen übrigens auch neue Kraftstoffbehälter, die zu entsprechenden Emissionsverminderungen beitragen. Wir müssen – das ist eine höchst unpopuläre Geschichte; ich bin gespannt, ob wir da alle an einem Strang ziehen – etwas tun im Hinblick auf die Motorräder und auf Zweitaktmotoren, die durchaus problematische Emissionswerte produzieren.

Generell will ich damit sagen: Unsere Philosophie ist, dass die Vorgaben auf diesem Gebiet der technischen Normen gar nicht streng genug sein können, wenn sie denn auf europäischer Ebene bestehen. Das gilt jetzt nicht nur etwa für den Benzinverbrauch oder die Luftemissionen, sondern das gilt

auch für den Lärm. Wenn wir scharfe technische Normen haben, die wettbewerbsneutral sind, dann können wir ökologische Ziele verfolgen, ohne ökonomische Schäden davonzutragen.

Das wird etwas bringen. Jetzt komme ich auch auf ein Argument von Ihnen, Herr Dr. Caroli. Sie haben vorhin Zahlen des Statistischen Landesamts über die Zunahme des Verkehrs vorgetragen. Richtig. Wir haben vor einiger Zeit einmal eine Studie beim Institut für Energie- und Umweltforschung in Heidelberg in Auftrag gegeben. Sie ist 1998 veröffentlicht worden. Das ist nicht unbedingt ein Institut, von dem man sagen würde, dass es permanent auf unserer Wellenlänge läge. Wir haben uns dabei nicht gefragt: Wie werden sich die Verkehrsleistungen entwickeln? Vielmehr haben wir uns gefragt: Wie werden sich die Emissionen entwickeln? Die Aussage des IFEU heißt – im Vergleich zwischen 1995 und 2005 und 2010 –: Reduktion der Kfz-bedingten Emissionen unter Berücksichtigung von Euro 4 – sie unterstellen also schon die künftige Entwicklung – von 1995 bis 2005 um 50 bis 70 % trotz einer Verkehrszunahme, und Reduktion dieser Emissionen bis zum Jahr 2010 um 70 bis 80 % trotz Verkehrszunahme. Das heißt, es ist sinnvoll und effektiv, auf diese technischen Entwicklungen zu setzen, und das lässt andere Maßnahmen im Verhältnis dazu als nicht so wichtig erscheinen.

Ich setze aber noch eines dazu: Es kommen auch andere Maßnahmen, übrigens auch im Verkehrsbereich. Das gilt nicht nur für den ÖPNV, sondern das gilt auch für den Straßenbau; denn wir haben ja unter anderem an Straßen gemessen, an denen der Verkehr deswegen so große Immissionen verursacht, weil wir dort keine Umgehungsstraßen haben. Wir brauchen auch Mittel im Straßenbau, um einen Beitrag zur Luftimmissionsverbesserung zu erreichen. Wir brauchen Beiträge im Bereich der Verkehrstelematik, und wir werden im Rahmen einer – ich bitte Sie, genau hinzuhören – selektiven Luftreinhaltepolitik, im Sinne einer gezielten, ursachenorientierten Luftreinhaltepolitik auch noch andere Dinge brauchen: Das betrifft die Raumordnungspolitik genauso wie die Fragen, was wir bei der Industrie und beim Gewerbe weiterhin machen, was wir im Bereich der Kleinf Feuerungsanlagen machen, beispielsweise also auch die Einführung eines Wärmepasses.

Ich will noch auf einen kleinen Nebenaspekt verweisen: Energiepolitik. Die Grünen in Stuttgart haben gestern oder vorgestern eine Untersuchung veröffentlicht, die beinhaltet, was sie meinen, was in der Region Stuttgart passieren müsse, wenn man aus der Kernenergie aussteige. Das hat natürlich auch etwas mit Luftreinhaltepolitik zu tun. Sie haben gesagt: Wenn die Region Stuttgart aus der Kernenergie aussteige, dann bräuchten wir erstens 30 große Blockheizkraftwerke, zweitens 700 kleine Blockheizkraftwerke und drittens zwei Kraftwerkparcs, was immer sich dahinter verbergen mag. Man kann mit Sicherheit eines sagen, was immer man sonst meint: Ein Beitrag zur Verbesserung der Luftsituation wird das mit Sicherheit nicht sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Altes Denken!)

Schlussbemerkung und Zusammenfassung: Alles in allem geht es bei der Luftreinhaltepolitik – das möchte ich gerade

(Minister Ulrich Müller)

auch den Vertretern der Opposition sagen – nicht darum, mit alten Daten, alten Problemen, alten Grenzwerten und alten Instrumenten zu operieren, sondern es geht darum, den Blick auf die Zukunft zu richten und nicht interventionistisch, sondern mit pauschal und großräumig wirkenden Maßnahmen technisch anzusetzen, den Bürger möglichst wenig zu schürfeln und zu versuchen, bessere Alternativen im ÖPNV, bessere Kraftstoffe und bessere Autos vorzuschreiben und dann in den Markt zu bringen. Diese technisch orientierte, bürgerfreundliche und zukunftsgegenwärtige Politik kennzeichnet unsere Umwelt- und Verkehrspolitik und unterscheidet sie möglicherweise von anderen politischen Angeboten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 12/3180 und der dazu gestellten Änderungsanträge Drucksachen 12/3689 und 12/3692. Im Einvernehmen mit den Fraktionen schlage ich Ihnen Überweisung an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr vor. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks

Die Abg. Dr. Friedhelm Repnik und Willi Stächele, die vom Landtag am 9. Oktober 1997 zu Mitgliedern des Rundfunkrats des Südwestrundfunks gewählt worden sind, haben nach ihrer Berufung zum Minister bzw. Staatssekretär ihr Mandat als Rundfunkrat des Südwestrundfunks niedergelegt. Auch Herr Abg. Michael Sieber, den der Landtag am 13. November 1997 zum Mitglied des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks gewählt hat, hat nach seiner Berufung zum Staatssekretär sein Mandat im Verwaltungsrat des Südwestrundfunks niedergelegt.

Die CDU-Fraktion schlägt vor, für den Rest der Amtszeit die Abg. Ursula Lazarus und Gerd Scheffold zu Mitgliedern des Rundfunkrats und Frau Abg. Dr. Inge Gräßle, die bisher stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats des SWR war, zum ordentlichen Mitglied des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks zu wählen. Zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats soll Herr Abg. Georg Wacker gewählt werden.

Ein entsprechender Wahlvorschlag liegt Ihnen vervielfältigt vor. (Anlage 2) Außerdem sind Stimmzettel vorbereitet, auf denen die Vorschläge der CDU-Fraktion vermerkt sind.

Sie sind sicher damit einverstanden, dass wir die Wahl in einem Durchgang durchführen, das heißt, dass Sie beide Stimmzettel, die verschiedenfarbig sind, in die Wahlurne werfen. Sie sind an die Vorschläge selbstverständlich nicht gebunden. Sie können Namen streichen und durch andere ersetzen. Ich darf Sie also bitten, beide Stimmzettel auszufüllen und danach abzugeben.

Weil ich gefragt worden bin, füge ich hinzu: Unverändert abgegebene Stimmzettel gelten als Zustimmung.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, haben alle Abgeordnete Ihre Stimme abgegeben? –

(Widerspruch)

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? – Damit ist die Wahlhandlung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte Platz, damit wir fortfahren können.

Herr Abg. Dr. Paul-Stefan Mauz hat sein Mandat niedergelegt. Die CDU-Fraktion schlägt als Nachfolger für den Rest der Amtszeit das bisherige stellvertretende Mitglied Herrn Abg. Manfred List zur Wahl vor. Als neues stellvertretendes Mitglied soll Herr Abg. Dietrich Birk nachrücken.

Ich glaube, wir können die Wahl offen durchführen. – Sie stimmen dem zu. Wer also der Wahl des Herrn Abg. List zum ordentlichen Mitglied zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Herr Abg. List ist für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Abg. Dr. Mauz einstimmig zum Mitglied des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater gewählt.

Wer für die Wahl des Herrn Abg. Birk zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Herr Abg. Birk ist damit zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater gewählt.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit abgeschlossen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte, die Gespräche einzustellen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Politische Forderungen zur regionalen Steuerung großflächigen Einzelhandels – Drucksache 12/3228

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Herr Abg. List, Sie haben das Wort.

Abg. List CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Innenstädte in unserem Land Baden-Württemberg sind in den zurückliegenden Jahrzehnten, schwerpunktmäßig in den letzten zwei Jahrzehnten, mit hohen Mil-

(List)

lionenbeträgen, es geht sogar in die Milliardenbeträge, von Kommunen mit wesentlicher Unterstützung durch das Land und den Bund aufgewertet worden. Das Land hat beispielgebende und richtungweisende Konzeptionen mit hoher finanzieller Dotation aufgelegt, um die Innenbereiche unserer Groß- und Mittelstädte bis zu den Kleinstädten und Gemeinden wieder attraktiver zu machen, den Bürgern wieder Angebote zu eröffnen, die historisch gewachsenen Innenbereiche aufzuwerten, um auch wieder eine verstärkte Zuwendung der Bürger zu ihrer Stadt, zu ihrer Stadtmitte, zu ihrer Ortsmitte zu gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Wir begrüßen dieses Ergebnis, das sich wohl sehen lassen kann und wirklich ein Stück Entwicklungsgeschichte im kommunalen Bereich unseres Landes ist.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte hinzufügen, dass sich die Geschäftsleute und die Bürger bei dieser ganzen Zielsetzung in hohem Maße engagiert haben, auch finanziell, und sie dieses Ergebnis auch mitverantworten dürfen.

Das Ergebnis ist, dass unsere Innenstädte attraktiv sind, dass eine Vielfalt an Nutzungen in die Innenstädte zurückgekehrt ist und dass die Bürger tatsächlich wieder eine verstärkte Zuwendung zu ihrer Stadt, zu ihrer Gemeinde, zu ihrem Dorf gewonnen haben.

Eine wesentliche Säule, meine Damen und Herren, der Lebendigkeit der Innenbereiche ist neben der öffentlichen Infrastruktur, neben Dienstleistungen der verschiedensten Art, neben kulturellen Einrichtungen, neben dem Wohnen traditionsgemäß auch der Einzelhandel.

Nun ist gerade in den letzten Jahren eine Entwicklung eingetreten, die sich rasant fortzusetzen droht: dass verstärkt Einzelhandel, vor allem mit innenstadtrelevanten Warensortimenten, auf die grüne Wiese abwandert, in Industriebrachen, in Industriegebiete, also weg von den Innenbereichen. Diese Entwicklung ist Besorgnis erregend. Allein in der Region Stuttgart sind für fast 500 000 Quadratmeter Planungen bekannt, bei denen Einzelhandelsflächen mit innenstadtrelevanten Sortimenten auf der grünen Wiese, außerhalb der Zentren angesiedelt werden sollen. Das gilt sowohl für großflächigen Einzelhandel in traditionellen Einkaufszentren als auch für so genannte Factory-Outlet-Centers.

Dies ergibt dann eine höchst ungleiche Konkurrenzsituation zulasten der Innenstädte wegen erheblicher wirtschaftlicher Nachteile. Stichworte müssen genügen: Grundstückspreis, Miethöhe, Parkmöglichkeiten. Hier ist die Konkurrenzsituation zulasten der Innenbereiche wesentlich ungleicher geworden.

Erste Ergebnisse können wir in Großstädten, aber auch in Mittelstädten besichtigen: Leerstände nehmen zu. Ich denke, dass uns diese Entwicklung nicht teilnahmslos lassen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in unserem Antrag, meine Damen und Herren, unsere Sorgen über diese Entwicklung zum Ausdruck gebracht und die Landesregierung zunächst gefragt, ob sie unsere Sorgen teilt, und darüber hinaus gebeten, geeignete Maßnahmen einzuleiten, um dieser Entwicklung gegenzusteuern.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Geteiltes Leid ist halbes Leid!)

Die Regierung hat zum Antrag Drucksache 12/3228 eine umfassende Stellungnahme abgegeben. Wir begrüßen diese Stellungnahme, die grundsätzlich unsere Richtung aufnimmt und in der auch angekündigt wird, dass verstärkt Maßnahmen ergriffen werden, um dieser Entwicklung gegenzusteuern. Zwischenzeitlich gibt es auch eine Initiative des baden-württembergischen Industrie- und Handelskammertags, des Einzelhandelsverbands Baden-Württemberg, des Verbands Region Stuttgart, des Gemeindetags Baden-Württemberg und des Städtetags Baden-Württemberg, die alle zusammen in einer abgestimmten Erklärung kurzfristig umzusetzende Vorschläge vorgelegt haben. Auch diese begrüßen wir ausdrücklich. Kern dieser Vorstellungen und dieser Forderung ist, dass an lebendigen und attraktiven Innenstädten alle in unserer Gesellschaft ein Interesse haben müssen, von den Stadtkreisen über Mittelstädte bis hinunter zu Kleinstädten und zu kleineren Gemeinden.

Unsere Bitte an die Landesregierung ist, dass das Thema, ergänzend zu der uns vorgelegten Stellungnahme, seiner Bedeutung entsprechend durch konkrete Maßnahmen weiterverfolgt wird. Wir hoffen, dass auch das Wirtschaftsministerium die eine oder andere zurückhaltende Auffassung doch etwas zugunsten von konkreteren Maßnahmen revidiert.

Ich möchte ein paar Beispiele nennen: dass die Vorgaben des Landesentwicklungsplans, was großflächigen Einzelhandel und Factory-Outlet-Centers anbelangt, stärker konkretisiert werden, dass man deutlicher definiert, was mit „zentralörtlichem Versorgungskern“ gemeint ist, damit auch die Genehmigungsbehörden eine klarere Anweisung an der Hand haben, dass wir bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, die ja ansteht, auch eine verstärkte Verpflichtung der Kommunen formulieren, die Ziele der Raumordnung einzuhalten – Sie wissen, dass es da Auseinandersetzungen gab, gerade bei zwei Fällen in der Region Stuttgart –, dass Factory-Outlet-Centers bis zum In-Kraft-Treten des geänderten Landesentwicklungsplans ab einer Geschossfläche von 5 000 Quadratmetern nur in Oberzentren zugelassen werden, damit nicht eine Zersiedelung eintritt, dass wir eine verstärkte Mitwirkung der Regionen, vor allem des Verbands Region Stuttgart formulieren und auch entsprechend festlegen, um eine bessere überörtliche Abstimmung zu erreichen.

Schließlich ist auch daran zu denken, ob wir nicht die Vergabe von Städtebauförderungsmitteln an die Bedingung knüpfen, dass die Städte, die ja die Planungshoheit haben, die wir ja in ihrem Kern nicht antasten wollen, ihre Bebauungspläne entsprechend anpassen, um eben auch bauordnungsrechtlich und planungsrechtlich zu besseren Ergebnissen zu kommen.

Wir denken, meine Damen und Herren – lassen Sie mich dies abschließend sagen –, dass wir alle ein großes Interesse daran haben, dass unsere Innenstädte lebendig und Mittel-

(List)

punkt bürgerschaftlichen Lebens bleiben. Der Einzelhandel, aber auch Gastronomie und Vergnügungsstätten sowie kulturelle Einrichtungen sind Säulen dieser Lebendigkeit unserer Innenstädte. Wir müssen alles tun, was im Rahmen des Rechts möglich ist, und notfalls auch eine Anpassung vornehmen, um dies auch in der Zukunft zu garantieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelhandel in den Innenstädten steht vor einer großen Herausforderung, wahrscheinlich vor der größten überhaupt, die jemals zu bewältigen war, und zwar aus zwei Gründen: Wir haben, was Sie soeben richtig beschrieben haben, den Druck durch den großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese, in den Brachen, an den Rändern der Städte. Wir haben aber gleichzeitig den Beginn eines großen Strukturwandels im Einzelhandel, der nicht mehr nur von klein zu groß geht, sondern der darin besteht, dass die Hersteller zunehmend den direkten Kontakt zum Kunden suchen und auch finden – nicht nur in Factory-Outlet-Centers, sondern wir haben auch direkte Angebote über Kataloge, über Anzeigen und über das Internet. Es steht zu erwarten, dass das, wenn einmal der Zahlungsverkehr über das Internet im Griff ist, ganz neue Dimensionen annimmt.

Das heißt, wenn wir jetzt über Lösungsstrategien, über Auswege aus diesem Dilemma reden, dann müssen wir beide Angriffspunkte dieses Zangenangriffs betrachten und gute Antworten finden.

Das Erste: Großflächiger Einzelhandel wird gewünscht, wird gebraucht und kann deshalb nicht von Anfang an einfach negiert werden. Nur: Es kommt auf die richtige Mischung an. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir eine überörtliche Planung brauchen. Das ist richtig. Wir brauchen aber nicht nur eine überörtliche Planung, sondern auch ein abgestimmtes Eingriffsinstrument, um Fehlentwicklungen zu verhindern und positive Entwicklungen zu begünstigen.

Ich möchte das, was Sie zur Rolle der Region Stuttgart gesagt haben, unterstreichen, dass die Stärkung der regionalplanerischen Kompetenz zu begrüßen ist, dass sie aber weiterentwickelt werden muss. Wir müssen hier schon diskutieren, meine Damen und Herren, ob wir die raumordnerische Beurteilung im Einzelfall, ob ein konkretes Vorhaben zu bejahen oder zu verneinen ist, beim Regierungspräsidium oder bei den Regionen angesiedelt haben wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die IHK ist für die Region, die Handwerkskammer ist für die Region, die Region Stuttgart ist für die Region, die FDP/DVP, das Wirtschaftsministerium und die SPD sind für die Region. Herr List, es tut mir Leid, es sind Teile Ihrer Fraktion, die eine solche positive Entwicklung bisher blockieren. Ich hoffe, wir kommen im Sinne des Einzelhandels und der Innenstädte zu einem guten gemeinsamen Ergebnis. Die Region ist die richtige Adresse, die die notwendigen Daten hat und die die notwendige Feinabstimmung vornehmen kann.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Reine Abwehrstrategien, meine Damen und Herren, werden aber nicht helfen; denn es steht, wie gesagt, der Angriff auf den Einzelhandel auch in der direkten Kundenbeziehung zwischen Hersteller und Kunde ins Haus. Deshalb müssen wir schon, bei allen Verdiensten, die die Städte bei der Aufwertung der Innenstädte in der Vergangenheit haben, darüber reden, was wir insgesamt tun können, um die Rolle der Innenstädte weiter zu stärken. Man muss einfach einmal danach fragen, woran es denn liegt, dass die großflächigen Einzelhandelsangebote auf der grünen Wiese so attraktiv sind.

Das liegt zum einen selbstverständlich daran, dass sie mit dem Pkw leicht zugänglich sind. Also müssen wir Konzepte entwickeln, auch die Innenstädte mit dem Pkw leicht zugänglich zu machen, ohne sie durch den Verkehr zu erdrücken, das heißt eine Abkehr von der Überlegung, die lautet, den Zugang mit dem Pkw in der Hoffnung zu erschweren, dass dann alles auf den Bus springt.

Wir müssen Parkleitsysteme entwickeln und diese fördern, damit der Parksuchverkehr aufhört und wir attraktive Zugänge zu den Innenstädten bekommen, und von den Parkhäusern muss es attraktive fußläufige Zugänge in die Fußgängerzonen geben.

(Abg. List CDU: Da sind wir uns einig! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Einwandfrei!)

Das ist das eine.

Das Zweite: Beim großflächigen Einzelhandel gibt es abgestimmte Angebote. Es gibt gemeinsame Aktionen und gemeinsame Service- und Dienstleistungen, die natürlich in so einer Einheit leichter herzustellen sind als in den traditionell gewachsenen Strukturen der Stadt. Also sind hier Anstrengungen zwischen den Städten und Gemeinden und dem Einzelhandel zu entwickeln.

Wir brauchen ein freundliches, ein offenes Klima. Wir müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einbeziehen. Das Wort von der „Dienstleistungswüste“ hat leider eine gewisse Berechtigung. Hier gilt es, Veränderungen zu schaffen. Wir müssen sehen, dass die direkte Beziehung zwischen Kunde und Hersteller Vorteile hat. Im Internet kann ich nämlich rund um die Uhr bestellen. Die Serviceleistung, die damit verbunden ist, inklusive Lieferung frei Haus, stellt der traditionelle Einzelhandel nicht zur Verfügung. Also müssen wir die Dienstleistungsangebote und den Service rund ums Produkt verbessern.

Wir haben deshalb, meine Damen und Herren, in der Region Stuttgart einen Wettbewerb ausgerufen, der von der IHK unterstützt wird, die kundenfreundlichste Einkaufsstadt in der Region zu finden und zu prämiieren. Ich biete ausdrücklich an, dass sich das Wirtschaftsministerium an diesem Wettbewerb beteiligt. Das wertet den Wettbewerb auf. Man kann dann die Ergebnisse im Rahmen dieses Wettbewerbs auf andere Regionen im Land übertragen.

Wir stimmen in der Problembeschreibung überein. Ich hoffe, wir kommen auch zu gemeinschaftlichen Lösungen, insbesondere was die Rolle der Regionen angeht.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Lebendigkeit der Innenstädte und die Chancen des Einzelhandels in den Innenstädten sind nicht nur ein Problem der grünen Wiese. Herr Kollege Schmiedel hat darauf zu Recht hingewiesen. Ich möchte noch ein paar Aspekte ansprechen.

Wenn Sie heute durch eine Fußgängerzone gehen, dann können Sie nur noch an der Architektur unterscheiden, indem Sie an den Häusern hochgucken, ob Sie sich in Konstanz oder in Bietigheim befinden, aber nicht mehr am Angebot des Einzelhandels. Denn Sie haben überall die gleichen Filialketten, überall das gleiche Angebot.

Ich finde, wir müssen auch einmal darüber reden, was die Kommunen tun können, um zu ermöglichen, dass alteingesessene Fachgeschäfte auch dableiben und sich halten können und nicht überall das gleiche Angebot entsteht.

Wir haben hier direkt um die Ecke ein Beispiel, und zwar in der Königstraße. Die Stadt Stuttgart hat den Bebauungsplan geändert, um in einem Block an der Königstraße eine Neubebauung zu ermöglichen. Dies wird geschehen und hat zur Folge, dass alteingesessene Geschäfte – Koffer-Ecke, Buchhandlung usw. – ausziehen müssen und ein Münchener Filialist mit einem Sportangebot dort einzieht. Jetzt frage ich Sie: Ist das eine Qualitätsverbesserung für den innerstädtischen Einzelhandel?

Anders gesagt: Wer die Innenstädte lebendig erhalten will und deswegen auch den Einzelhandel stärken will, der darf nicht nur über den großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese schimpfen, sondern muss auch Strategien, die diesen Handel direkt betreffen, entwickeln. Das sind zum einen kommunale Strategien – ich habe das Thema Bauplanungsrecht und Einfluss auf die Bodenpreise schon erwähnt –, aber sicher auch Strategien, die damit zu tun haben, das Stadterlebnis zu stärken. Denn die Lust am Einkaufen hat auch viel mit der Lust am Flanieren, am Kaffeetrinken, am Schwätzen usw. zu tun.

Zum anderen ist natürlich auch – auch darauf wurde schon hingewiesen – der Einzelhandel selber gefragt. Denn ich muss ja auch fragen: Was macht es für die Leute so attraktiv, mit dem Auto irgendwo vorzufahren und dann weitgehend ohne Beratung und zwischen hoch aufgetürmten Regalen irgendetwas einzukaufen? Das hat ja auch etwas damit zu tun, dass in den Innenstädten damit offenbar nicht direkt konkurriert werden kann. Ich bin nicht der Überzeugung, dass es der Qualität dienen würde, wenn man überall mit dem Auto vorfahren könnte. Es hat sich ja gezeigt, dass es gerade die Fußgängerzonen sind, die die Leute anziehen. Aber das Thema Service und Kundenfreundlichkeit muss ein Thema für den Einzelhandel sein. Wenn ein großflächiger Einzelhandel – ich denke jetzt auch an Beispiele außerhalb von Baden-Württemberg – auch dadurch Leute anzieht, dass er beispielsweise Kinderbetreuung anbietet, dann müssten sich die Handels- und Gewerbevereine in den hiesigen Städten auch einmal überlegen, ob nicht Ähnliches anzubieten ist.

Nun sind die unterschiedlichen großflächigen Einzelhandelsprojekte auf der grünen Wiese in Stuttgart zweifellos – das

will ich nicht verhehlen – eine Bedrohung für den innerstädtischen Einzelhandel. Insoweit sind wir uns auch einig. Ich muss nur dazusagen, Herr List: Ein Oberbürgermeister von Bietigheim, der zusammen mit Tamm gerade noch ein großes IKEA-Einrichtungshaus ermöglicht hat – –

(Abg. List CDU: Nein, nein! Das ist nicht bei uns!
– Abg. Schmiedel SPD: Hofmeister!)

– Entschuldigung, okay. – Aber das Problem ist, dass häufig die gleichen Bürgermeister, die gerade selber noch etwas genehmigt haben, anschließend daherkommen und sagen: „Ja, aber das da nebensächlich ist jetzt zu viel.“ Das geht halt auch nicht. Vielmehr müssen alle zu einer regionalen Koordination bereit sein, und es darf nicht nach dem Prinzip gehen: „Also, meines geht noch, aber deines dann nicht mehr.“

Deswegen hat hier der Verband Region Stuttgart auch eine wichtige Aufgabe. Wir wissen alle, dass es da Streit um die Frage gibt, wer den Regionalplan letztlich auslegt und wer ihn durchsetzen kann. Da gibt es Differenzen zwischen der Region und dem Regierungspräsidium. Herr List, Ihre Fraktion ist auch gefragt, die Region zu stärken und ihr die Instrumente in die Hand zu geben, mit denen sie den Regionalplan auch durchsetzen kann.

Ihren Vorschlag, den ich ja der Presse entnommen habe, dann könne sich die Region am Ende an das Wirtschafts- und an das Innenministerium wenden, finde ich nicht sehr überzeugend. Wo soll denn das enden? Wenn Herr Döring und Herr Schäuble sich nicht einig sind, müssen sie sich im Kabinett vereinbaren. Warum dann der Region nicht gleich ein Klagerecht zugestehen? Dann würde diese Frage von den Gerichten entschieden.

(Abg. Birk CDU: Wenn das Land gegen das Land klagen müsste!)

Im Übrigen ist natürlich zu sagen, dass solche Fragen nicht immer nur im Konflikt mit den Kommunen entschieden werden können, sondern die Region wird ihre Gestaltungskraft auch daran beweisen müssen, ob sie die Kommunen zu einem Diskurs gewinnt. Das Thema muss also auch heißen: vom Plan zum Diskurs. Deswegen sind Regionalkonferenzen und regionale Vereinbarungen auch notwendig und anzustreben.

Da der Betreff Ihres Antrags, Herr List, aber „Politische Forderungen zur regionalen Steuerung großflächigen Einzelhandels“ lautet, hat die CDU, finde ich, auch noch Bringschulden, dem Verband Region Stuttgart diese Steuerungsmöglichkeiten auch zuzugestehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch meine Fraktion teilt die Besorgnis, dass die Entwicklungen zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels vor allem in der Region Stuttgart, aber auch in anderen Landesteilen dazu führen könnten, dass die Innenstädte irreparable Schäden erleiden, also gewissermaßen veröden. Ich will jetzt nicht alles wiederholen, aber sagen, dass die Städte in den letzten 20 Jahren mit viel Engagement und unter Einbindung der Bürgerschaft Hervorragendes geleistet

(Hofer)

haben. Wir können das deutlich sehen, wenn wir durch die Städte oder Gemeinden gehen.

Es geht aber nicht nur um die eingesetzten staatlichen Mittel, also die des Landes oder der Kommunen, und um viele private Mittel, sondern vor allem um die vordringlichste Aufgabe heutiger Städtebaupolitik, nämlich darum, die Urbanität, die Lebendigkeit, die Nutzungsvielfalt, kurz die Lebensqualität in den Stadtzentren zu erhalten, wie wir das aus überkommenem Verständnis von europäischer Stadtqualität erwarten.

Ich will nicht wortreich offene Türen einrennen, denn das sehen wir alle gleich. Es geht mir in den wenigen Minuten, die man hier Redezeit hat, darum, ein paar Vorschläge zu machen, wie man diese Steuerung vornehmen könnte. Ich finde, die CDU-Fraktion hat mit ihrem Antrag die Problem- punkte zielsicher angeschnitten.

Zunächst einmal finde ich es aber wichtig, noch einmal festzuhalten, was Steuerung nicht bedeutet. Sie bedeutet keine Ausschaltung des Wettbewerbs. Das haben Sie vorhin gesagt, Herr Schmiedel. Der Wettbewerb darf aber neue Betriebsformen nicht verhindern, die der Kunde nun einmal will. Dazu gehören auch Fachmärkte, Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser, Discounter, Event-Einkaufsmöglichkeiten oder vielleicht auch Internet-Angebote.

Ich möchte an dieser Stelle der Ehrlichkeit halber sagen: Wenn Sie im Rahmen von Stuttgart 21 auf 100 000 Quadratmetern Fläche 200 bis 300 Läden und Einkaufszentren schaffen, dann hat das – machen wir uns nichts vor – auch Auswirkungen auf die Innenstädte der umliegenden Gemeinden. Das ist doch ganz selbstverständlich. Dort soll die Kaufkraft abgezogen werden. Aber die Metropole muss in diesen Wettbewerb treten dürfen. Beim Wettbewerb sind nie alle auf der Gewinnerseite. Ich glaube, darin sind wir uns einig.

Meines Erachtens heißt das Zauberwort bei der Steuerung „richtige Standortwahl“, also richtige, integrierte Standorte und auf den Standort bezogen richtige Größenordnung. Das sind die beiden Punkte. Dass es dabei weiterhin zugehen muss wie im Landesentwicklungsplan schon festgelegt, dass die entsprechenden zentralörtlichen Versorgungssysteme zu wahren sind – Oberzentrum, Mittelzentrum, Unterzentrum –, das ist richtig. Aber ich möchte anregen, was im Verband Region Stuttgart schon angedacht wird, dass man in Ballungsräumen, die ja gemeindegrenzenüberschreitend sind, auch einmal positiv nach Standorten sucht, auf denen etwa Factory-Outlet-Centers verträglich verwirklicht werden können und dann alles andere dichtgemacht wird. Man soll also nicht am Oberzentrum kleben, sondern die Dinge positiv gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zu einem zweiten Punkt, nach dem Sie gefragt haben: Raumordnungsverfahren weg von den Regierungspräsidien hin zu den Regionalverbänden. Wir von der FDP/DVP sagen Ja dazu, Sie sagen noch nicht Ja. Aber ich gebe zu, das Pro und das Kontra liegen hier wirklich sehr dicht beieinander.

(Abg. List CDU: So ist es!)

Ich meine nur, bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe wäre das sehr sinnvoll. Denn das detaillierteste

Hintergrundwissen aufgrund der mehrfachen regionalplanerischen Beteiligung der Kommunen hat eben der Regionalverband.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Richtig!)

Solche Erfahrungen würden zugleich die weitere Regionalplanung sehr unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Schließlich ist gefragt worden: Wie sieht es mit der Zusammenarbeit der Kommunen aus? Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Es gibt den schönen Kongress des Wirtschaftsministeriums – ich finde das prima –, der da ein bisschen motivieren soll. Leider Gottes wurde in der letzten Legislaturperiode in Stuttgart der Nachbarschaftsverband aufgehoben, der über die Flächennutzungsplanung ein gemeinsames Märktekonzept gemacht hat. Jetzt wurschtelt wieder jeder vor sich hin. Wir haben das im Mittelbereich Fellbach/Waiblingen freiwillig wieder eingeführt und machen jetzt ein Märktekonzept, reichlich spät, wie ich zugebe, aber immerhin zur Nachahmung empfohlen.

Dann noch eine Bemerkung zur Klagebefugnis: Ein Regionalverband kann nicht immer klagen, sonst wird er nicht mehr ernst genommen. Nur: Es geht hier weniger um die Klage. Wenn man eine Klagebefugnis einräumt, beschränkt sich die staatliche Einflussnahme auf die reine Rechtsaufsicht; sie erstreckt sich dann nicht mehr auf die Fachaufsicht. Das würde den Regionalverband mehr stärken als der Devolutiveffekt zum Ministerium. Ich möchte hinzufügen: Wenn schon Devolutiveffekt, dann, bitte schön, nur beim Wirtschaftsministerium. Denn ausschließlich dort ist die Regionalplanung angesiedelt. Sollte mit dem Innenministerium ein bisschen Rücksicht auf die Landkreise genommen werden, bitte ich, das jedenfalls im Verband Region Stuttgart zu vergessen.

(Abg. Birk und Abg. List CDU: Kommunalaufsicht!)

Der letzte Punkt, den ich noch anschneiden möchte: Wir brauchen kein großes, neueres Instrumentarium für die Steuerung. Wir brauchen Problembewusstsein und manchmal den Willen und den Mut, Ansiedlungswünschen zu widerstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das ist der entscheidende Punkt.

Geld für Citymanagement brauchen wir nicht. Ich würde es als Bürgermeister mit den Worten annehmen: „Danke, es wäre nicht nötig gewesen.“ Denn ein solches Citymanagement müssen die Gemeinden aus eigenem Interesse selbst finanzieren können.

Ihr Antrag geht in die richtige Richtung. Wir sollten das Thema weiter vertiefen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Deutschland hat der Verkauf von selbst hergestellten Waren – meist Textilien, Leder und Haushaltswaren – an die Endverbraucher eine lange Tradition. Die etwa 1 500 Fabrikverkaufsstellen, die sich meist auf Fabrikgelände befinden, stellen keine wesentliche Konkurrenz für den Einzelhandel dar.

Seit etwa 20 Jahren existieren in den USA so genannte Factory-Outlet-Centers. Ich werde dieses unschöne Wort nicht mehr benutzen, sondern von Herstellerdirektverkaufszentren sprechen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Da in den USA der Markt mit etwa 350 solcher Zentren gesättigt ist, ist es kein Wunder, dass US-amerikanische, aber auch andere Konsortien auf den Markt in Deutschland drängen. Solche Herstellerdirektverkaufszentren oder großflächige Einzelhandelszentren übersteigen mit Flächen bis zu 100 000 Quadratmetern die Einzelhandelsflächen von Mittelzentren,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

aber auch von kleinen Oberzentren. Mit solchen Verkaufszentren treten die Hersteller, die ja auch Lieferanten des Einzelhandels sind, mit diesen in Konkurrenz. Der Hersteller kann den Abstand der Preise für die Waren der Herstellerdirektverkaufszentren und die der Fachgeschäfte dauerhaft kontrollieren. Eine ruinöse Konkurrenz wird die Folge sein. Deshalb stellen die Herstellerdirektverkaufszentren eine ernsthafte Gefahr für den mittelständischen Einzelhandel im Einzugsbereich dieser Zentren dar.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Die Innenstädte haben schon zweimal bluten müssen: erstens, als Wohnungen in Büroräume umgewandelt wurden und die Mieter vertrieben worden sind, und zweitens, als die Verbrauchermärkte verstärkt auf der grünen Wiese angesiedelt worden sind. Ein weiterer Aderlass kann nicht mehr hingenommen werden. Die Folge – ich will sie einmal aufführen – wird zum Beispiel eine steigende Zahl von Arbeitslosen im Bereich des Einzelhandels sein. Ein neu geschaffener Arbeitsplatz bei den Herstellerdirektverkaufszentren oder großflächigen Einzelhandelszentren hat zur Folge, dass beim Einzelhandel 2,5 Arbeitsstellen abgebaut werden.

Weitere Folgen werden sein: Rückgang der selbstständig geführten Fachbetriebe, eine abermals zunehmende Konzentration des Handels, Verarmung der Handelslandschaft durch Verringerung der Artenvielfalt, Verdrängung schwächerer nationaler und regionaler Handelsflächen, Verslumung der Innenstädte mit steigender Kriminalität.

Wer solche großflächigen Verkaufszentren zulässt oder genehmigt, muss wissen, was er anrichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Zudem braucht der deutsche Markt keine solchen Zentren. Den Abverkauf liegen gebliebener Ware regelt der Einzelhandel selbst, indem er diese Ware bei Schlussverkäufen mit erheblichen Preisabschlägen anbietet.

Wir hoffen, dass die Landesregierung auch weiterhin bei ihrer Auffassung bleibt und den Bau von großflächigen Einzelhandelsverkaufszentren restriktiv handhabt. Die Landesregierung bleibt deshalb aufgefordert, bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans eine entsprechende Regelung als verbindliches Ziel der Raumordnung zu treffen.

Aber alle restriktiven Maßnahmen nützen nichts, wenn ein Abkommen – das haben wir Republikaner schon einmal in diesem Hohen Haus vorgebracht – ratifiziert wird. Ich spreche von dem multilateralen Abkommen über Investitionen. Wenn dieses Abkommen ratifiziert wird, macht es alle Pläne, vom Landesentwicklungsplan bis zum Raumordnungsverfahren, zunichte. Die rotgrüne Bundesregierung hat eigens einen Beauftragten für die Durchführung dieses Abkommens eingesetzt. Wird dieses Abkommen ratifiziert, werden alle nationalen Schutzschranken aufgehoben.

(Beifall des Abg. Deuschle REP – Zurufe: Fertig?
– Beifall bei den Republikanern – Abg. Schmiedel
SPD: Ihr müsst wach bleiben, damit ihr den Abgang mitbekommt! Nicht schlafen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Schweizer.

Abg. Rosely Schweizer CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist wieder ein ganz typischer Fall dafür, dass man sagen muss: So wenig Staat wie möglich und so viel Staat wie nötig. Man muss da den richtigen Mittelweg finden: Was ist innenstadtrelevant, was ist innenstadtschädlich? Das muss im Einzelfall geprüft werden. Man kann mit Sicherheit keine globalen Festlegungen treffen. Dann trifft man nämlich nie den Einzelfall.

Es ist auch – das würde ich gerne noch einmal betonen – ein Aspekt noch nicht so richtig herausgekommen. Herr Schmiedel hat ganz zu Recht gefragt, warum denn die großflächigen Einzelhandelszentren auf der grünen Wiese so beliebt sind. Ein Aspekt ist die höhere Sicherheit. Man geht lieber in ein Karree mit vielen Läden oder auch in einen überdachten Bereich. Man fühlt sich in solchen Bereichen sicherer als in manchen Innenstädten.

(Zuruf)

– Doch, in Umfragen beim Handel wird immer wieder genannt, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist. Das hängt mit der Beleuchtung zusammen, das hängt mit der Präsenz der Polizei zusammen und mit vielen anderen Aspekten. Ich denke, dass diese Aspekte gerade speziell Bereiche wie das Stadtmarketing mit berücksichtigen müssen. Ich halte die verschiedenen Stadtmarketing-Aktivitäten für sehr sinnvoll, weil sich ihre Urheber örtlich gut auskennen und die örtlichen Belange gut in ihre Arbeit einarbeiten können.

(Beifall bei der CDU)

Ein Satz von Ihnen, Herr Schmiedel, hat mich wirklich in der Seele gefreut: Wir müssen die Innenstädte für Pkws leicht zugänglich machen. Vielen Dank, ich hoffe, das wird so.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe,
u. a. Abg. Birk CDU zur SPD: Da steht ihr im Gegensatz zu Herrn Caroli!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Strukturwandel, dem der Einzelhandel unterworfen ist, und die Sorgen, die sich daraus ergeben, sind schon hinreichend beschrieben. Ich sehe sie auch so und darf darauf hinweisen.

Einen Punkt, den sowohl gerade Frau Abg. Schweizer als auch Herr Abg. Schmiedel herausgestellt haben, möchte ich herausgreifen. Wir dürfen nicht übersehen, dass großflächige Einzelhandelseinrichtungen eine Entwicklung des Marktes sind und von den Verbrauchern aus den verschiedensten Gründen akzeptiert und gewünscht werden. Aber es ist eben so, dass der Umgang mit diesen großflächigen Einzelhandelszentren schwierig und komplex ist. Die Spannweite vom Lebensmittelmarkt mit etwa 800 Quadratmetern bis zum Factory-Outlet-Center mit mehreren tausend Quadratmetern Verkaufsfläche ist sehr groß, und der Markt wird – da bin ich eigentlich sicher – auch weitere Betriebsformen entwickeln. Wenn wir also erfolgreich sein wollen, brauchen wir ein konzertiertes Zusammenwirken der Beteiligten auf allen Ebenen. Auch die Landesregierung und der Wirtschaftsminister stellen sich als Teil dieser konzertierten Zusammenarbeit.

Worum geht es? Es geht einmal um die Planungsinstrumente. Da ist ein Stichwort schon gefallen, die anstehende Fortschreibung des Landesentwicklungsplans. Wir wollen ihn auch aufgrund der Schwierigkeiten behutsam weiterentwickeln. Dabei denken wir einmal daran, in diesen Plan die Unterscheidungsmerkmale zwischen großflächigem Einzelhandel und Factory-Outlet-Centers hineinzuschreiben, um auch hier den Kommunen mehr Entscheidungssicherheit zu geben. Außerdem wollen wir ausdrücklich in dem Plan festhalten, dass die Factory-Outlet-Centers oder Herstellerdirektverkaufszentren grundsätzlich nur in Oberzentren zulässig sein sollen. Dazu gibt es Beschlüsse der Länderministerkonferenzen und auch der Ministerpräsidentenkonferenz.

Ich darf eine Bemerkung einschieben, weil es dazu auch eine Debatte in unserem Land gibt: Bislang gibt es nur eine Maßnahme, und zwar im Oberzentrum Villingen-Schwenningen mit einer Verkaufsfläche von 6 500 Quadratmetern, die so weit gediehen ist, dass ein Raumordnungsverfahren durchzuführen war und jetzt die Bauleitplanung im Gang ist. Alle anderen Planungen haben schon im Vorfeld zur Aufgabe der Projekte geführt. Aber man wird sehen, was da unter Umständen noch kommt.

Zusätzlich wollen wir in den Landesentwicklungsplan noch ein gestaltendes und in die Zukunft gerichtetes Element aufnehmen und den Regionalverbänden vorgeben, regional abgestimmte Entwicklungskonzepte für den Einzelhandel zu erarbeiten. Ich glaube, das war auch ein Petition all derjenigen, die hier gesprochen haben. Ich nehme gern Ihr Angebot auf, Herr Abg. Schmiedel, uns bei dem Wettbewerb der IHK Region Stuttgart einzuklinken. Wir werden das aufnehmen und in die Wege leiten.

Ich meine, diese regional abgestimmten Entwicklungskonzepte für den Einzelhandel sind essenziell. Es ist auch erfreulich, dass es einige Regionen gibt, in denen daran schon

gearbeitet wird. Sie ergänzen die Festlegungen im Regionalplan für großflächige Einzelhandelsbetriebe.

Nächster Punkt: Zur raumordnerischen Einzelfallprüfung gibt es das Raumordnungsverfahren. Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen: Seit dem 1. Januar 1998 ist für alle großflächigen Einzelhandelsbetriebe grundsätzlich ein Raumordnungsverfahren durchzuführen. Der bisher geltende Schwellenwert von mehr als 5 000 Quadratmetern Verkaufsfläche ist weggefallen.

Aber damit kein Missverständnis entsteht: Das Raumordnungsverfahren ist natürlich kein Zulassungsverfahren. Allerdings ist auf der anderen Seite das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens, die so genannte raumordnerische Verträglichkeit, von den Kommunen beim Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.

Zu den Stichworten Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung der Kommunen – das sind ganz wesentliche Mitspieler in dieser konzertierten Strategie – sehen wir die Hauptverantwortung für die Steuerung von Ansiedlungsvorhaben bei den Kommunen,

(Abg. List CDU: Richtig!)

denn sie haben die Planungshoheit für ihr Gemeindegebiet. Stadtentwicklung ist ohne Zweifel eine originäre Aufgabe der kommunalen Planung. Daher von dieser Stelle meine Bitte und Aufforderung, dass die Kommunen das Instrumentarium der Bauleitplanung noch konsequenter einsetzen und – das ist sehr wichtig – ihr Augenmerk auf die Anpassung älterer Bauleitpläne an die Baunutzungsverordnung von 1990 richten.

Die Kommunen müssen wieder eine aktive handelspolitische Rolle spielen. Ein wichtiges Instrument bildet auf dieser Ebene durchaus ein gezieltes individuelles Stadt- oder Citymarketing durch die Kommune.

Ein anderer wichtiger Punkt ist – da habe ich mich genauso gefreut wie Frau Abg. Schweizer –, dass Herr Abg. Schmiedel gesagt hat, dass wir die Erreichbarkeit der Innenstadt nicht nur über den ÖPNV, sondern auch über den Pkw wieder besser herstellen müssen als bisher.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Beim Stichwort der Erhaltung und Stärkung der Innenstädte geht es um die Revitalisierung der Innenstädte. Wir wollen am 26. März einen Städtebaukongress zum Thema „Die Zukunft der Innenstädte“ durchführen. Die schriftliche Vorankündigung –

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer, Sie gestatten eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ja.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Staatssekretär, nachdem ich ob des heftigen Beifalls bei der CDU schon kritische Blicke erhalte,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

(Schmiedel)

wollte ich Sie fragen, ob Sie mit mir darin übereinstimmen, dass es darum geht, die Innenstadt und die Fußgängerzonen erreichbar zu machen, aber nicht das einzelne Geschäft.

(Abg. Bebber SPD: Also doch nicht mit dem Auto vor jeden Laden fahren!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ich habe von der Erreichbarkeit der Innenstadt gesprochen.

(Abg. Schmiedel SPD zu Abg. List CDU: Ich kenne dich doch, du willst die autogerechte Stadt! – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Aber zur Innenstadt gehören auch einzelne Geschäfte.

Meine Damen und Herren, zurück zu diesem Städtebaukongress. Mit diesem Städtebaukongress wollen wir mit Fachleuten der Kommunen, der Stadtentwicklung und des Einzelhandels die Problematik der künftigen Innenstadtentwicklung diskutieren und die Ergebnisse dann in Politik und Verwaltung umsetzen. Das Ziel ist – ich will es wiederholen – die Revitalisierung der Innenstädte. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Wir erhoffen uns aus diesem Kongress Erkenntnisse für die Überarbeitung des so genannten Einzelhandelserlasses. Wir wollen dabei auch das Problem der älteren Bebauungspläne angehen.

Die älteren Bebauungspläne können nicht – wie wir uns das vorgestellt hatten – über die Neufassung der Baunutzungsverordnung von 1990 generell angepasst werden. Das geht aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht, weil wir damit in die Planungshoheit der Gemeinden eingreifen würden. Das heißt, die Kommunen müssen die Umstellung alter Bebauungspläne, die notwendig ist, um eine Revitalisierung zu erzielen, aufgrund eigener Initiative anstreben. Wir haben aber – um einen Überblick darüber zu bekommen, was da ansteht, und um auch den Kommunen eine Hilfestellung dabei zu geben – eine Erhebung durch die Regierungspräsidien durchgeführt. Nach einer Hochrechnung vorliegender Zwischenergebnisse – unter Beachtung aller Vorsicht bei Hochrechnungen – gibt es im ganzen Land doch deutlich mehr als tausend Bebauungspläne, in denen großflächige Einzelhandelsbetriebe nach der alten Rechtslage in Gewerbegebieten zulässig sind. Das heißt, es wird viel Arbeit auf die Kommunen zukommen.

Darüber hinaus haben wir noch etwas getan: Wir haben die Genehmigungsbehörden für die Flächennutzungspläne darauf hingewiesen, dass in Genehmigungsverfahren zu prüfen ist, ob die Ausweisung von Standorten für den großflächigen Einzelhandel ein stimmiges Konzept zur Grundlage hat. Das ist das Wichtige: ein stimmiges Konzept. Aber das wurde ja auch von allen so gesagt. Wir meinen, dass die Genehmigung unter Umständen zu verweigern ist, wenn ein solches Konzept fehlt.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Die Stadt braucht den Handel, und der Handel braucht die Stadt. Daher sollten wir alle hier zusammenhalten. Die Landesregierung und das Wirtschaftsministerium sind bereit, die Kommunen und den Einzelhandel zu unterstützen. Wir müssen alles daransetzen, dass der Einzelhandel Motor der Stadt bleibt und auf Touren bleibt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 12/3228. Vorgeschlagen wird Überweisung an den Wirtschaftsausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Ich rufe erneut **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks

Hierzu liegt inzwischen das Wahlergebnis vor. Insgesamt wurden sowohl für die Wahl der Rundfunkratsmitglieder als auch für die Wahl der Verwaltungsratsmitglieder 125 Stimmzettel abgegeben.

Bei der Wahl der Mitglieder des Rundfunkrats gab es folgende Ergebnisse: Auf Frau Abg. Lazarus entfielen 96 Stimmen, auf Herrn Abg. Gerd Scheffold 99 Stimmen, auf Herrn Abg. Wacker 6 Stimmen. Außerdem wurden 21 Neinstimmen abgegeben. Damit sind Frau Abg. Lazarus und Herr Abg. Gerd Scheffold gewählt.

Bei der Wahl der Verwaltungsratsmitglieder gab es folgende Stimmenergebnisse: Frau Abg. Dr. Inge Gräßle erhielt für die Wahl als ordentliches Mitglied 98 Stimmen, Herr Abg. Wacker erhielt für die Wahl als ordentliches Mitglied 4 Stimmen. Auf Herrn Abg. Wacker entfielen für die Wahl als stellvertretendes Mitglied 99 Stimmen, auf Frau Abg. Lazarus entfiel für die Wahl als stellvertretendes Mitglied eine Stimme. Außerdem wurden 19 Neinstimmen abgegeben.

(Abg. Weimer SPD: Wacker, die Karriere ist futsch!)

Gewählt sind damit Frau Abg. Dr. Inge Gräßle als ordentliches Mitglied und Herr Abg. Wacker als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats.

Meine Damen und Herren, damit ist auch der Tagesordnungspunkt 3 endgültig abgeschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:39 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:01 Uhr)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Türen zu schließen und Platz zu nehmen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/3667

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Jahr-2000-Problem und die Energieversorgung

Herr Abg. Krisch, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Maßnahmen wurden von der Landesregierung bis heute ergriffen, um sicherzustellen, dass das Jahr-2000-Problem nicht zu einem Ausfall der Energieversorgung in Baden-Württemberg, konkret nicht zu einem Ausfall der Wasserversorgung, der Gasversorgung und der Stromversorgung führt?
- b) Hat die Landesregierung durch entsprechende Richtlinien, durch Gespräche mit Verantwortlichen oder durch andere Maßnahmen sichergestellt, dass ausnahmslos alle Messinstrumente, Überwachungssysteme, Kontrollsysteme und sonstige mit elektronischen Bauteilen ausgerüsteten Systeme – gleich, welcher Art – der in Frage a erwähnten Energieversorger, besonders aber jene in den Atomkraftwerken des Landes, auf das Jahr-2000-Problem hin untersucht wurden oder noch untersucht werden und dass rechtzeitig alle erforderlichen Schritte unternommen werden, um nach dem heutigen Stand der Technik alle denkbaren Störungen bei Beginn des neuen Jahrtausends auszuschließen?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung erhält Herr Staatssekretär Mappus.

(Abg. Herrmann CDU: Erste Rede als Staatssekretär!)

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch wie folgt:

Zur Frage a: Den Unternehmen der Wirtschaft obliegt die Datumsumstellung in eigener Verantwortung. Die Versorgungswirtschaft hat die nach dem Stand der Diskussion erforderlichen Analysen zur Jahr-2000-Fähigkeit ihrer Anlagen durchgeführt und die zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit auf den Gebieten der Strom-, Gas- und Wasserversorgung notwendigen Maßnahmen getroffen.

Der Landesregierung liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass im Bereich der Versorgungswirtschaft im Hinblick auf die Jahr-2000-Problematik Versäumnisse und Unterlassungen zu befürchten sind, die die vitalen Interessen der baden-württembergischen Bürger gefährden könnten und die ein Eingreifen oder Maßnahmen des Staates rechtfertigen oder erfordern würden.

Zur Frage b: Die atomrechtliche Aufsichtsbehörde des Landes, das Ministerium für Umwelt und Verkehr, hat alle Betreiber kerntechnischer Anlagen und Einrichtungen in Baden-Württemberg aufgefordert, die eingesetzten rechnergesteuerten Komponenten und Systeme, in denen intelligente Steuerungen oder Computersysteme eingesetzt werden, systematisch zu überprüfen und darzustellen, ob beim Datumswechsel zum Jahr 2000 Probleme zu erwarten sind.

Zur Durchführung der Untersuchungen wurde von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein Anforderungskatalog „Zusammenstellung der erforderlichen Informationen zur sicherheitstechnischen Bewertung der von den deutschen Kernkraftwerksbetreibern

vorgesehenen Programme zur Sicherstellung der Jahr-2000-Softwarekompatibilität“ erarbeitet.

Als weiteres Hilfsmittel werden Checklisten zur Prüfung und Erfüllung der Bereitschaft der Rechnersysteme für das Jahr 2000 der US-amerikanischen Aufsichtsbehörde NRC verwendet. Die atomrechtliche Aufsichtsbehörde überwacht unter Hinzuziehung von Sachverständigen die Überprüfungsarbeiten der Betreiber, sodass die Datumsumstellung zum Jahr 2000 gesichert erfolgen kann. Die Untersuchungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.

Stellv. Präsident Weiser: Zusatzfrage, Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Ich danke für diese Antwort.

Hat die Landesregierung trotzdem Pläne für eventuell notwendig werdende Notmaßnahmen getroffen, sollte es trotz aller Vorplanungen zu einem Ausfall der Stromversorgung, der Wasserversorgung oder sonstiger Energieversorgung kommen, und, wenn ja, wo und mit welchen Mitteln wäre das im Haushalt eingeplant?

Staatssekretär Mappus: Wir gehen davon aus, dass mit den Maßnahmen, die bisher ergriffen worden sind, dieser Fall, den Sie jetzt zusätzlich konstruiert haben, nicht eintreten kann. Ansonsten wird im Rahmen der notwendigen und hierfür vorgesehenen Regularien entsprechend reagiert. Dafür bedarf es keiner gesonderten Festsetzungen im Haushalt.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Staatssekretär, Baden-Württemberg importiert ja auch im Rahmen des Europäischen Binnenmarkts sehr viel Strom aus anderen Ländern, zum Beispiel aus Frankreich, auch aus Atomkraftwerken mit technisch schlechterem Standard. Frage: Hat die Landesregierung schon geprüft, ob eine Störung dieser Stromimporte mit Sicherheit auszuschließen ist, und in welcher Form wurde diese Prüfung durchgeführt, im Zusammenhang mit dem Jahr 2000?

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Mit einem Überfallkommando des Innenministeriums!)

Staatssekretär Mappus: Herr Abg. Deuschle, zum einen – –

(Abg. Deuschle REP: Wir haben doch einen Europäischen Binnenmarkt! – Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, den Herrn Staatssekretär weiterreden zu lassen. Bitte.

Staatssekretär Mappus: Ich bedanke mich, Herr Präsident.

Herr Kollege Deuschle, zum einen gibt es natürlich auch auf EU-Ebene Konsultationen. Im Übrigen ist es nicht so, dass die anderen Nationen dieses Problem noch nicht entdeckt hätten. Deshalb ist auch hierbei davon auszugehen, dass es diesen Fall nicht gibt.

Im Übrigen, als Hintergrund zu Ihrer Frage: Ihnen ist sicherlich bekannt, dass, sollte es tatsächlich zu einzelnen Ausfällen von Importstrom kommen, was wir eigentlich ausschließen, in der Bundesrepublik mehr Strom produziert als ge-

(Staatssekretär Mappus)

braucht wird. Auch deshalb wären dann entsprechende Kapazitätsreserven vorhanden, sodass dieses Problem unseres Erachtens nicht eintreten kann.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Herr Staatssekretär, Sie sagten bei Ihrer Antwort auf die zweite Frage, die Überprüfungsmaßnahmen bei den Atomkraftwerken seien noch nicht abgeschlossen. Können Sie uns Auskunft darüber geben, wann die voraussichtlich abgeschlossen sein werden und ob dann noch ein genügender Sicherheitszeitspielraum vorhanden ist, falls unvorhergesehen Schwierigkeiten auftreten?

Staatssekretär Mappus: Die letzte Frage kann man eindeutig mit einem Ja beantworten. Wir gehen davon aus, dass in Kürze auch diese Untersuchungen abgeschlossen sind. Sie werden dann selbstverständlich darüber informiert.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Letzte Frage von mir: Herr Staatssekretär, wie ist die Rechtslage, sollte trotz aller vorherigen Untersuchungen ein derartiger Störfall eintreten? Liegt die Verantwortung in diesem Fall bei der Landesregierung oder bei den einzelnen Unternehmen, und wer trägt die Folgekosten? Das ist eine juristische Frage.

Staatssekretär Mappus: Es ist in der Tat, Herr Kollege, eine theoretische Frage, weil wir davon ausgehen, dass dieser Fall nicht eintreten kann.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Wieser, Sie haben nicht das Wort.

Das Wort hat Frau Abg. Schweizer.

Abg. Rosely Schweizer CDU: Herr Staatssekretär, wir wissen ja alle, dass es in diesem ganzen Bereich nur High Risk und Low Risk gibt. Es gibt keinen Bereich, in dem No Risk ist. Deswegen sind diese Fragen schon für alle in unserem Land gravierend wichtig, speziell auch für die ganze Wirtschaft. – Ich komme sofort zur Frage.

Nachdem ich weiß, dass Hewlett-Packard von September 1999 bis April 2000 eine Urlaubssperre verhängt hat, ist es für mich schon sehr wichtig, zu wissen, ob zum Beispiel die Versorgungsunternehmen in unserem Land eine Urlaubssperre über den Jahreswechsel haben oder nicht. Wenn Sie das im Moment nicht beantworten können, könnten Sie das vielleicht schriftlich beantworten.

Staatssekretär Mappus: Ich kann das beantworten, Frau Kollegin Schweizer.

Zum einen: Sie haben gesagt, es gebe keinen No-Risk-Bereich. Bei den sicherheitstechnischen Anforderungen in der höchsten Sicherheitsstufe gibt es dieses No-Risk-Szenario insofern sehr wohl, als diese Steuerelemente in keinem Fall durch Computer gesteuert werden, sondern ausschließlich durch fest verdrahtete Schaltelemente, sodass der Hinter-

grund der Anfrage des Kollegen Krisch in diesem Fall, dass nämlich durch die Jahr-2000-Umstellung entsprechende Computersysteme ausfallen könnten, in diesem Sicherheitsbereich gar nicht zutreffen kann.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage, warum bestimmte Unternehmen die Urlaubssperre als entsprechendes Mittel nutzen: Ich gehe davon aus, dass man in vielen anderen Bereichen entsprechende Umstellungen vornehmen muss. Ich sage es nochmals: In dieser höchsten Sicherheitsstufe – und darauf hat ja der Kollege Krisch abgehoben – gibt es dieses Problem so nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Herrmann CDU: Umfassende, gute Antworten!)

Stellv. Präsident Weiser: Keine weiteren Zusatzfragen.

Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Unterschriftenaktion der CDU im Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes

Ich erteile Herrn Abg. Krisch zur Verlesung seiner Anfrage das Wort.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

- Wurde die vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Oettinger geplante Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft am Arbeitsplatz auch in landeseigenen Betrieben durchgeführt und, wenn ja, in welchen?
- Wenn diese Aktion auch in landeseigenen Betrieben durchgeführt wird, wurden der Ministerpräsident bzw. die der CDU angehörenden Minister von der geplanten Unterschriftenaktion am Arbeitsplatz informiert, haben sie dieser zugestimmt und geprüft, ob diese Aktion gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstößt?

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, die Anfrage ist verlesen, und ich darf Herrn Staatssekretär Rückert das Wort erteilen.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Krisch wie folgt:

Erstens: Der CDU-Fraktionsvorsitzende Oettinger hat die Landesregierung nicht darum gebeten, die geplanten Unterschriftenaktionen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in landeseigenen Betrieben durchzuführen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Ebenso hat die Landesregierung von sich aus nicht die Durchführung der Unterschriftenaktionen in landeseigenen Betrieben veranlasst.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Noch besser!)

(Staatssekretär Rückert)

Zweitens: Das Betriebsverfassungsgesetz gilt für Unternehmen, die in privatrechtlicher Form, zum Beispiel als Aktiengesellschaften, betrieben werden. In § 74 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes ist für Arbeitgeber und Betriebsräte ein Verbot der parteipolitischen Betätigung festgeschrieben. Die individuelle Meinungsäußerung eines Arbeitnehmers ist deshalb nicht infrage gestellt. Arbeitgeber und Betriebsrat haben jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen. Auch parteipolitische Betätigungen von Arbeitnehmern des Unternehmens dürfen nicht aktiv unterstützt oder auch nur gebilligt werden.

Für die in der Anfrage genannten landeseigenen Betriebe – es sind gemäß § 26 der Landeshaushaltsordnung rechtlich unselbstständige Teile der Landesverwaltung – gilt daher nicht das Betriebsverfassungsgesetz, sondern das Landespersonalvertretungsgesetz, das allerdings letztlich materiell die gleichen Regelungen kennt.

Nach § 67 Abs. 1 Satz 3 des Landespersonalvertretungsgesetzes haben der Leiter der Dienststelle und die Personalvertretung jede parteipolitische Betätigung in der Dienststelle zu unterlassen. Ebenso dürfen Dienststellenleiter eine parteipolitische Unterschriftenaktion nicht durchführen bzw. veranlassen oder eine solche billigen.

Drittens: Eine Umfrage bei den landeseigenen Betrieben, die wir kurzfristig vorgenommen haben, ergab, dass in keinem Fall durch die Amtsleitung eine Genehmigung für eine im Betriebsbereich stattfindende Unterschriftenaktion erteilt wurde. In einem Fall hat die Amtsleitung eine am selben Tag im Start befindliche Unterschriftenaktion unverzüglich nach Kenntnisnahme beendet. Die Unterschriftenliste wurde vom Amtsvorstand eingezogen. Sie wird nicht herausgegeben. Die Angelegenheit wurde aus unserer Sicht damit von der Amtsleitung korrekt behandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Staatssekretär, es gibt Zusatzfragen.

Herr Abg. Hackl, bitte.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Staatssekretär, können Sie uns sagen, um welches Amt es sich dabei gehandelt hat und welche disziplinarrechtlichen Folgen diese Unterschriftenaktion für den Verursacher hatte.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte.

Staatssekretär Rückert: Ich bitte Sie, sich damit zufrieden zu geben, dass ich sage: Es war ein Vermessungsamt im nördlichen Teil unseres Landes.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage darf ich zitieren:

Der Amtsvorstand wurde angewiesen,

– vom zuständigen Ministerium –

die betroffenen Bediensteten ausdrücklich auf die beamtenrechtlichen Pflichten hinzuweisen und die künftige konsequente Einhaltung anzumahnen.

(Abg. Herrmann CDU: Die Landesregierung handelt korrekt! – Abg. Weimer SPD: Es wäre ja noch schöner, wenn es anders wäre!)

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank.

Es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten – Drucksache 12/3522

Das Präsidium schlägt Ihnen vor, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Sozialausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes – Drucksache 12/3309

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/3591

Berichterstatter: Abg. Veigel

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wer wünscht das Wort? – Bitte, Herr Abg. Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

Gegen die Schaffung einer gesetzlichen Möglichkeit, auch die Wahl der Bürgermeister am Tag der Wahl zum Europaparlament stattfinden lassen zu können, werden keine größeren Einwendungen erhoben. Da die Entscheidung über eine Zusammenlegung dem Gemeinderat obliegt, können dabei auch entsprechend der örtlichen Situation Argumente für und wider ausreichend abgewogen werden.

(Abg. Hauk CDU: Sehr gut!)

So die Stellungnahme des Gemeindetags. Es ist ab und zu gut, wenn man auch andere sprechen lässt. Das fördert manchmal die Einsichtsfähigkeit bei noch Uneinsichtigen.

Deshalb will ich Ihnen auch sagen, was der Städtetag zu unserem Gesetzentwurf gesagt hat. Er sagt:

Wir stimmen ihm deshalb zu.

Für die Wahlzusammenlegung können folgende Gründe sprechen: höhere Wahlbeteiligung, Bürgerfreundlichkeit und wirtschaftlicher Nutzen, Einsparung bei den Städten.

Auch Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, weisen immer darauf hin, wie hoch wir hier im Hause die kommunale Selbstverwaltung schätzen und immer das Hohe Lied darauf singen. Wenn dann einmal ganz konkret ein Vorschlag kommt, bei dem Sie beweisen könnten, was Sie hier immer sagen, dann kneifen Sie, dann sagen Sie: Nein, nichts; so haben wir das nicht gemeint.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Genau!)

(Redling)

Ich glaube, so kann man es einfach nicht machen. So kann man mit unseren Kommunen nicht umspringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

In der Ausschusssitzung hat ein Kollege – weil auch die Kosten angesprochen sind – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf bitten, unvermeidbare Gespräche nach draußen zu verlegen.

(Abg. Drexler SPD: Und vermeidbare nicht zu führen! – Heiterkeit)

– Davon gehe ich aus, Herr Kollege Drexler.

Abg. Redling SPD: In der Ausschusssitzung hat ein Kollege zur Begründung, weshalb man unserem Gesetzentwurf nicht zustimmen könne, Folgendes gesagt – nicht wortwörtlich, aber dem Sinne nach –: Mannheim hat ja mit der Sparkasse 50 Millionen DM in den Sand gesetzt.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Schlimm genug!)

Schlimm genug, dass zwei Personen kriminell gehandelt und der Stadt dadurch Schaden zugefügt haben.

Dann aber sagte dieser Kollege: Dann macht es nichts aus, wenn die Stadt 1 Million DM zusätzlich für Wahlen ausgeben muss.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Für die Demokratie!)

Also wer schon den Schaden hat, der kann ruhig noch zusätzliches Geld, was eigentlich nicht notwendig ist, ausgeben. Das spielt dann keine Rolle.

Ich halte die Argumente, die von Ihnen von der CDU kamen – das Durchlavieren der FDP/DVP lassen wir in diesem Punkt einmal dahingestellt –, für sehr unglaubwürdig. Wenn Sie wirklich die kommunale Selbstverwaltung stärken wollen, dann sollten Sie die Frage, ob Bürgermeister- oder OB-Wahlen mit der Europawahl oder mit anderen Wahlen zusammengelegt werden können, vor Ort entscheiden lassen. Denn vor Ort kennt man die Situation viel besser, als wir die Situation kennen. Wir machen uns hier zu dem großen Bruder, der über alles wacht, der alles besser weiß, auch besser als die Gemeinderäte vor Ort. Ich glaube, diese Anmaßung sollten wir wirklich nicht vornehmen.

Deshalb, meine Damen und Herren, meine liebe Kollegin, meine Kollegen, überlegen Sie es sich noch einmal. Sie haben noch ein paar Minuten Zeit, es sich zu überlegen und nachher die richtige Entscheidung zu treffen.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Netzhammer.

(Abg. Nagel SPD: Sie stimmt jetzt zu, gegen Herrn List!)

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antragsteller von der SPD wollen mit diesem Gesetzentwurf

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

– bitte? –

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Geben Sie Ihrem Herzen einen Ruck!)

insbesondere der Stadt Mannheim ermöglichen, Oberbürgermeisterwahl und Europawahl in einem Wahlgang durchzuführen.

(Abg. Redling SPD: Ist vorbei!)

Und Sie, Herr Redling, bringen als Gründe Ersparnis von Aufwand und Kosten. Herr Redling, wir sind grundsätzlich immer für Kostenersparnis

(Unruhe bei der SPD – Zuruf des Abg. Redling SPD)

– warten Sie's ab –, aber wir dürfen und können doch nicht alle Fragen der Demokratie rein unter Kostenaspekten diskutieren.

(Abg. Hauk CDU: Sehr gut!)

Ansonsten warte ich auf Ihren Antrag, dass wir in Zukunft, um Kosten zu sparen, die Amtsperiode aller gewählten Politiker verdoppeln oder vielleicht sogar auf Lebenszeit ausdehnen. Das wäre nämlich eine echte Kostenersparnis.

(Abg. Hauk CDU: Sehr gut! – Abg. List CDU: Eine sehr gute Entscheidung!)

Im Vordergrund stehen muss vielmehr – und dies hat auch der VGH so beantwortet – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie darum bitten, der Rednerin zuzuhören. Herrn Redling hat man doch auch zugehört.

(Abg. Heiler SPD: Das machen wir! – Abg. List CDU: Der Weimer hätte sich gefreut, wenn er auf Lebenszeit gewählt worden wäre! – Gegenruf des Abg. Weimer SPD: Nichts dagegen!)

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Im Vordergrund stehen muss vielmehr, dass bei allen Wahlen die Chancengleichheit für die Bewerber gewährleistet ist und dass das Eigengewicht einer jeden Wahl bei jedem Wahlgang gesichert ist. Dass wir bei einer Europawahl durch die zusätzliche Parteienwerbung natürlich bei der gleichzeitig stattfindenden Bürgermeisterwahl die Parteienkandidaten bevorzugen und ihnen Rückenwind geben, steht außer Frage,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt überhaupt nicht!)

(Veronika Netzhammer)

und wir von der CDU sind Demokraten genug, um dies ernst zu nehmen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Ich unterstelle den Antragstellern von der SPD nicht, nicht nur eine Lex Mannheim, sondern auch eine Lex SPD-Amtsinhaber mit eingebracht zu haben.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Kollegin Netzhammer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Nagel?

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Nein.

Stellv. Präsident Weiser: Nein.

(Unruhe bei der SPD – Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Anschließend.

Aber wir müssen auch – und dies ist mir ganz wichtig – das Eigengewicht der jeweils durchgeführten Wahl sichern. Mir fällt schon auf, dass immer dann, wenn die Europawahl zur Diskussion steht, irgendjemand auf die Idee kommt, die Europawahl mit irgendeiner kommunalen Wahl zusammenzulegen.

(Abg. Drexler SPD: Das war Ihre eigene Partei!)

Alle, die selber kommunalpolitisch tätig sind, wissen, dass bei allen Kommunalwahlen die kommunalpolitischen Themen und die kommunalen Wahlkandidaten natürlich im Vordergrund stehen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dann wird diskutiert über Themen von Kindergarten bis Seniorenanlage, von Verkehrsberuhigung bis Müllabfuhr, von Hundesteuer bis Abwassergebühr. Irgendwann, ganz, ganz, ganz hinten, kommt dann Europa. Das hat Europa nicht verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Europa ist für uns zu wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir alle wissen, dass weit über 50 % aller Gesetze, die sich in Deutschland auswirken, auf Brüsseler Vorgaben beruhen, und dies mit steigender Tendenz.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir haben es mit einem EU-Haushalt von über 190 Milliarden DM zu tun – Herr Nagel,

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

davon kann die Stadt Mannheim nur träumen –: das Dreifache des Landeshaushalts. Der Schaden, der in der EU durch Misswirtschaft entsteht, beläuft sich als Untergrenze auf 8 Milliarden DM. Dies ist für mich die Konsequenz: Wir dürfen uns nicht weniger mit Europa beschäftigen, sondern wir müssen uns mehr mit Europa beschäftigen.

Herr Redling, Sie waren gestern Abend im Hotel „Interconti“ dabei. Dort haben die Vertreter des Gemeindetages genau das expressis verbis gesagt: Wir müssen uns in Zukunft mehr mit Europa beschäftigen. Dies rechtfertigt auch einen eigenen Wahlgang.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Da haben sie Recht! – Abg. Weimer SPD: Aber Sie wissen, dass Ihre Partei mal anders entschieden hat?)

Es ist nämlich wichtig, dass wir alle unsere Abgeordneten zur Verantwortung ziehen und fordern, dass sie ihre Kontrollaufgabe auch im Europaparlament erfüllen. Ich persönlich bin froh, dass unsere Abgeordneten von der CDU diese Kontrollaufgabe in Brüssel bzw. Straßburg erfüllt haben mit ihrem Misstrauensvotum gegen die Kommissionsmitglieder Cresson und Marín, die nachweislich für Misswirtschaft verantwortlich sind.

(Abg. List CDU: Sehr gut!)

Ich hätte es sehr begrüßt, wenn die Vertreter Ihrer Parteien diesen Misstrauensantrag unterstützt hätten. Denn damit hätten sie einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dem Verlust an Vertrauen in die EU bei der Bevölkerung entgegenzuwirken.

(Beifall der Abg. Hauk und List CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Weimer SPD: Da muss sogar der Schäuble lachen! – Abg. Drexler SPD: Und was hat das jetzt mit der Hundesteuer zu tun? – Abg. Redling SPD: In Grönland werden auch immer noch Bären gejagt! – Gegenruf des Abg. Keitel CDU: O Redling!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir persönlich ist die Stadt Mannheim sehr sympathisch.

(Abg. Heiler SPD: Eine Liebeserklärung! – Abg. Drexler SPD: Das sind so Sätze!)

– Es war nur eine halbe Liebeserklärung. Ich selber habe nämlich einige Jahre in Mannheim gelebt.

(Abg. Nagel SPD: Wir sind schon gestraft!)

Aber juristische und sachpolitische Gründe, insbesondere Gründe der Demokratie, verbieten es uns, per Gesetz eine Zusammenlegung von Bürgermeisterwahlen und Europawahl zu ermöglichen. Deswegen lehnen wir, weil keine substantiell besseren Argumente vorgelegt wurden, diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Warum sind bloß Sie weg von Mannheim?)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Kollegin, gestatten Sie jetzt Zwischenfragen? – Das ist nicht der Fall.

Das Wort hat Herr Abg. Hackl.

(Abg. Nagel SPD: O Gott!)

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Wie bitte?

(Abg. Nagel SPD: Das ist nicht auf Sie gemünzt, Herr Kollege! Ich warte schon auf Herrn Veigel!)

(Hackl)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll den Gemeinden die Möglichkeit – ich betone: die Möglichkeit, Frau Netzhammer – gegeben werden, Bürgermeisterwahlen und die Europawahl zusammenzulegen. Ein Argument aus den zurückliegenden Beratungen erscheint mir besonders wichtig, und zwar dass es bei diesem Gesetzentwurf darum geht, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Ach was! – Abg. List CDU: Wenn ihr die nur sonst auch so hochhalten würdet!)

Ich habe etwas belustigt den Salto rückwärts der CDU registriert. Sonst, Herr List, betont die CDU immer die große Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung.

(Abg. List CDU: Bloß macht ihr nie mit!)

Gerade Sie, Herr List, haben jüngst bei der Verabschiedung der Kindergartengesetznovelle wiederum getönt: Die Kommunen brauchen keine Reglementierung.

(Abg. List CDU: So ist es!)

Heute gilt das für Frau Netzhammer allerdings nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Terminierung der Bürgermeisterwahlen spielen CDU und FDP/DVP die Übergemeinderäte, die besser wissen, was für eine Gemeinde vor Ort gut ist. Sie lehnen deshalb mit vordergründigen Argumenten diesen Gesetzentwurf ab.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Vordergründig? Fragen der Demokratie sind nie vordergründig!)

– Frau Netzhammer, hören Sie mal zu.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sie müssen halt die Rechtsprechung lesen!)

Sie sollten sich nicht den Kopf der Gemeinderäte vor Ort zerbrechen, sondern denen die Entscheidung überlassen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Abg. List CDU: Wenn ihr das nur auch sonst machen würdet!)

An die CDU, Frau Netzhammer und Herrn List gerichtet, möchte ich sagen: Sie halten die kommunale Selbstverwaltung nur dann hoch, wenn es Ihnen ins Konzept passt. Sie sollten bei diesem Thema in Zukunft etwas zurückhaltender sein.

Ich glaube, dass die Regierungsfaktionen zu ihren inhaltlichen Argumenten kein rechtes Zutrauen haben. Denn wenn ihre Argumente so überzeugend wären, könnten sie ja die Gemeinden entscheiden lassen. Das tun sie aber nicht. Im Zweifel sagen Papa List und Mama Netzhammer den Gemeinden, wo es langgeht.

(Abg. List CDU: Wir sind fürsorglich! – Abg. Kluck FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Hier gibt es eine Zwischenfrage!)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Hackl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Selbstverständlich, Herr Kluck.

(Abg. Nagel SPD: Da wäre ich nicht so leichtsinnig!)

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Kollege.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Hackl, sind Sie dann auch der Meinung, dass ein Gemeinderat beschließen kann, am Tag der Bundestagswahl oder der Landtagswahl eine Bürgermeisterwahl durchzuführen?

(Zurufe von der SPD: Warum nicht?)

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Selbstverständlich, Herr Kluck, natürlich.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Das wollte ich nur wissen! – Heiterkeit bei der SPD)

Wenn ich Ihren Wissensdurst damit befriedigt habe, dann bin ich auch zufrieden.

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, es ist doch legitim, dass man das, was man wissen will, auch erfragt.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. List CDU: So ist es, Herr Präsident! – Abg. Nagel SPD: Man hilft ja, wo man kann! – Abg. Bebbler SPD: Wer hat noch eine Frage? – Allgemeine Heiterkeit)

Bitte.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen, und zwar mit drei guten Argumenten: erstens, weil er die kommunale Selbstverwaltung stärkt, zweitens, weil nach den Erfahrungen aus dem Jahr 1994 dabei sowohl bei der Bürgermeisterwahl als auch bei der Europawahl mit einer erhöhten Wahlbeteiligung zu rechnen ist, und drittens, weil er die Eigenständigkeit der Bürgermeisterwahl nicht gefährdet, was die Erfolge der Freien Wähler bei der Kommunalwahl 1994, die ja mit der Europawahl zusammengelegt wurde, belegen.

Ich kann deshalb an die CDU und die FDP/DVP nur appellieren: Geben Sie den besseren Argumenten eine Chance.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Veigel.

Abg. Veigel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, auf der linken Seite herrscht bei dieser Frage immer eine gewisse Aufgeregtheit.

(Zurufe von der SPD: Was? – Abg. Nagel SPD: Völlig entspannt!)

(Veigel)

Herr Kollege Nagel ist besonders aufgeregt. Das ist klar.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es ist ihm ein Herzensanliegen, dass diese beiden Wahlen zusammengelegt werden können. Aber wir sollten die ganze Angelegenheit sehr sachlich behandeln,

(Abg. Herrmann CDU: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Keitel CDU)

wie wohl, Kollege Nagel, ich nicht verkenne, dass das Thema einen gewissen Unterhaltungswert für das Plenum hat.

Es ist äußerst selten, meine Damen und Herren, dass die Wahl eines Oberbürgermeisters mit einer Europawahl zusammenfällt. Jetzt tut sich aber ein Einzelfall auf – Mannheim –, und das wiederum ist ein großes Anliegen des Kollegen Nagel. Denn dort wird ein OB gewählt, und die SPD will ausdrücklich eine Lex Mannheim schaffen.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber er wird trotzdem gewählt!)

Der Kollege Redling will dies mit Kostenargumenten belegen. Kollege Redling, das ist richtig. Sie haben nicht ganz Unrecht. Das will ich Ihnen konzedieren.

(Abg. Redling SPD: Nein, ich habe ganz Recht!)

Das Kommunalwahlgesetz soll wegen dieses Einzelfalls geändert werden – ich betone, Herr Kollege Nagel: ausschließlich wegen dieses Einzelfalls.

(Abg. Nagel SPD: Dann hätten der Städtetag und der Gemeindetag das doch nicht befürwortet!)

Ich gebe zu – ich bin gerade dabei –, die kommunalen Landesverbände wurden dazu gehört und neigen zur Zusammenlegung der Wahltermine. Allerdings gilt es auch für uns als Fraktion abzuwägen, was wir für richtig halten.

Nach dieser Abwägung ist unsere Fraktion zu dem Schluss gekommen, dem Gesetzentwurf der SPD nicht zuzustimmen.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Weimer SPD: Das ist aber jetzt eine große Überraschung!)

Hier wird nicht laviert, sondern eine glasklare Aussage getroffen, und zwar mit folgender Begründung:

Erstens handelt es sich, wie ich bereits gesagt habe, um einen Einzelfall Mannheim, wo ein wieder kandidierender Oberbürgermeister –

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

wir haben es heute in der Zeitung gelesen – eine hohe Wahlbeteiligung braucht, und das aus gutem Grund. Vielleicht hat er Angst, dass er nicht mehr gewählt wird. Ich weiß es nicht.

(Abg. Capezzuto SPD: Er steht bombensicher! – Zuruf des Abg. Redling SPD)

Auf jeden Fall braucht er eine hohe Wahlbeteiligung. Sie will er durch die Zusammenlegung mit der Europawahl erreichen.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Nagel)

– Gut. Jetzt weiter.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Zweitens – das hat die Kollegin Netzhammer auch gesagt – ist uns die Wahl eines Oberbürgermeisters

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Veronika Netzhammer CDU zur SPD: Hört einmal den richtigen Argumenten zu!)

zu bedeutungsvoll, um mit einer Europawahl vermischt zu werden. Die Wähler müssen sich in aller Ausführlichkeit mit ihrem OB-Kandidaten oder ihrer OB-Kandidatin beschäftigen, damit sie abwägen können, wen sie wählen sollen. Eine andere Wahl, die gleichzeitig durchgeführt wird, mindert das Interesse an der Oberbürgermeisterwahl. Außerdem würde dann ein Wust von europäischen Themen auf die Wähler . . .

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Veigel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Nagel?

Abg. Veigel FDP/DVP: . . . – gern, gleich, wenn ich meinen Satz zu Ende geführt habe – niederprasseln, was wiederum das Interesse an der Oberbürgermeisterwahl mindert.

Jetzt, bitte schön, Herr Kollege Nagel.

Abg. Nagel SPD: Herr Kollege Veigel, ist Ihnen bekannt, dass am Tag der Europawahl zum Beispiel in Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen stattfinden und dass die FDP dem dort mit der entgegengesetzten Begründung, die Sie jetzt anführen, zugestimmt hat?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Abg. Veigel FDP/DVP: Herr Kollege Nagel, wir sind hier im Land Baden-Württemberg.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das hat er noch nicht gemerkt! – Zurufe von der SPD)

Wir haben die Souveränität, über dieses Thema so zu entscheiden, wie wir es für richtig halten.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

Der dritte Grund – das ist der Wichtigste –:

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

Hier ist keine Chancengleichheit gegeben. Denn bei einer Zusammenlegung beider Wahlen sind Kandidaten kleinerer Gruppen oder freie Kandidaten benachteiligt. Hier dominieren ausschließlich Kandidaten der Parteien. Heute steht der SPD-Kandidat – er hat sich ja dazu bereit erklärt – wieder zur Wahl, und er hätte dann,

(Abg. Capezzuto SPD: Der wird mit hohem Stimmenanteil wieder gewählt!)

wenn die Zusammenlegung käme, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber freien oder anderen Kandidaten. Aus diesem Grund sind wir auch gegen eine Zusammenlegung.

(Veigel)

Viertens – das hat die Kollegin Netzhammer auch bestätigt –: Der Verwaltungsgerichtshof hat ausdrücklich erklärt, der Gesichtspunkt der Kostenminderung, auf die der Kollege Redling so eingeht, sei kein rechtfertigender Grund für die Zusammenlegung.

Meine Damen und Herren, kein Lavieren, sondern klare Aussagen. Wir lehnen den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion ab und hoffen, dass solche Initiativen nicht so bald wieder auf den Tisch dieses Hauses flattern.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Keiner von der FDP/DVP hat geklatscht! Das war heute nicht gut! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Capezzuto SPD: Hoi!)

Die Argumente für und wider die Zusammenlegung von einzelnen Wahlen sind ja schon hinreichend ausgetauscht.

(Abg. Herrmann CDU: Sehr richtig!)

Es werden immer wieder neue Argumente, meiner Ansicht nach zweitrangige Argumente hier in die Diskussion eingebracht.

(Abg. Redling SPD: Setzen Sie sich!)

Für die Fraktion Die Republikaner möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen,

(Abg. Herrmann CDU: Alles wiederholen!)

dass wir gegen jede Zusammenlegung von unterschiedlichen Wahlen sind. Die Demokratie hat verschiedene demokratische Ebenen. Da ist einmal die Europaebene mit der Wahl des Europäischen Parlaments, dann die Bundesebene mit der Wahl des Bundestages, dann die Landesebene mit der Wahl der Landtage und schließlich die kommunale Ebene. Sie dürfen nach unserer Meinung bei Wahlen nicht ohne Not vermischt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Eigentlich müsste der Gesetzentwurf der Sozis ganz anders lauten.

(Abg. Capezzuto SPD: He, he, he! Sozialdemokraten!)

– Wir sind die Republikaner, und wenn wir für euch immer die Reps sind, seid ihr für mich die Sozis, damit wir einmal klar deutsch miteinander reden. Punkt. Mehr will ich dazu nicht sagen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das haben wir noch nie gesagt!)

Ich habe gesagt: nicht ohne Not vermischen. Eigentlich müsste der Gesetzentwurf der Sozialdemokraten,

(Abg. Nagel SPD: Vielen Dank!)

die sich ja dauernd als oberste Hüter der Demokratie ins Licht setzen, obwohl sie dies, was sie hier wieder beweisen, eigentlich gar nicht sind – –

(Beifall bei den Republikanern)

Es sind hier Scheindemokraten, wenn man es einmal genau nimmt.

Meine Damen und Herren, eigentlich müssten die Sozialdemokraten

(Abg. Capezzuto SPD: Gut! Jetzt ist es gut!)

hier einen Gesetzentwurf einbringen, der jegliche Zusammenlegung von Wahlen der verschiedenen genannten Ebenen untersagt. Das wäre konsequent.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt aber!)

Jede Ebene hat ihre Daseinsberechtigung und auch ihre eigene Gewichtigkeit. In dem Moment, in dem ich zwei oder drei Wahlen zusammenlege, wird diese Gewichtung verändert. Es gibt dann Prioritäten. Ich nenne als Beispiel die Zusammenlegung von Europawahl und Kommunalwahlen oder jetzt im vorliegenden Beispiel von Europawahl und Bürgermeisterwahl. Die Europawahl hat ganz andere Prioritäten als die Bürgermeisterwahl. Das fängt schon bei der Auszählung an. Wir haben das 1994 miterlebt. Wir haben das auch wieder bei der Bundestagswahl erlebt, als gleichzeitig in Mecklenburg-Vorpommern die Landtagswahl stattfand.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Europawahl als solche muss zuerst ausgezählt werden. Da fängt es schon an.

(Abg. Capezzuto SPD: Und man darf es nicht zusammenzählen!)

Und erst, wenn das Ergebnis dieser höher bewerteten Wahl feststeht, geht es an die andere Wahl, nämlich an die Kommunalwahlauszählung oder hier an die Auszählung der Oberbürgermeisterwahl. Schon von dieser Seite her ist es ein gutes Gegenargument.

Meine Damen und Herren, wer hier noch anführt, man wolle mit einem solchen Gesetzentwurf die Selbstverwaltung der Kommunen erweitern, ist auf dem Irrweg. Denn das wird hier nicht erreicht, sondern mit einem solchen Gesetzentwurf, der es ermöglicht, verschiedene Wahlen zusammenzulegen, werden die Kommunalwahlen immer von untergeordneter Bedeutung sein. Damit ist der kommunalen Ebene absolut nicht gedient.

Wir Republikaner werden diesen Antrag selbstverständlich ablehnen; ich habe es schon mehrmals gesagt.

(Abg. Redling SPD: Gesetzentwurf!)

– Wir werden die beantragte Gesetzesänderung ablehnen.

Es gibt dafür die genannten Gründe.

(Abg. Redling SPD: Welche?)

Es gibt aber auch noch einen weiteren Grund. Sie haben argumentiert, man könne hiermit Kosten sparen. Dazu muss

(König)

ich Ihnen schlicht und einfach sagen: Demokratie zum Nulltarif gibt es nicht.

(Beifall bei den Republikanern)

Wer Ja sagt zur Demokratie, muss auch Ja sagen zu den Kosten, die dabei entstehen. Er muss auch Ja sagen zu gesonderten Wahlen mit gesonderten Kosten. Das halte ich für echtes Demokratieverständnis. Deshalb sind wir Republikaner die besten Demokraten hier im Raum, zusammen mit anderen, die diesen Gesetzentwurf auch ablehnen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über die Zusammenlegung von Wahlen ist in diesem hohen Haus schon oft genug diskutiert worden. Neue Argumente sind offensichtlich nicht mehr gegeben. Für mich sind die zwei wesentlichen Gesichtspunkte: Erstens: Die eigenständige Bedeutung von Wahlen sollten wir erhalten.

(Abg. König REP: Sehr richtig, Herr Minister!)

Zweitens: Vor Einzelfallgesetzen, in diesem Fall Lex Mannheim, sollten wir uns grundsätzlich hüten.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Bravo!)

Im Übrigen gestehe ich Ihnen gerne zu, Herr Kollege Redling, dass Sie durchaus auch beachtliche Argumente für Ihre Auffassung haben. Aber insbesondere die Argumente von Frau Kollegin Netzhammer gefallen mir noch etwas besser, weil sie so charmant-energisch vorgetragen wurden.

(Beifall der Abg. Ingrid Blank CDU – Abg. Capezuto SPD: Frau Netzhammer, nicht rot werden!)

Deshalb bitte ich darum, Ihren Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. König REP: Wir werden Ihrer Bitte nachkommen, Herr Minister!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Der Innenausschuss schlägt Ihnen auf Drucksache 12/3591 vor, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3309, abzulehnen.

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass über den Gesetzentwurf im Ganzen abgestimmt wird.

(Abg. Redling SPD: Ja!)

– Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wer stimmt für den Gesetzentwurf? – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt. Eine weitere Beratung findet nach § 45 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht statt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes – Drucksache 12/3325

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/3592

Berichterstatter: Abg. Heinz

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? – Dies ist nicht der Fall.

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Ersten Beratung unseres Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes sowie bei der Beratung im Innenausschuss habe ich unsere Vorstellungen ausführlich vorgetragen. Heute in der Zweiten Beratung werde ich die Kernpunkte noch einmal hervorheben.

Zentrales Anliegen meiner Fraktion und von uns allen muss die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sein. Die im vorliegenden Gesetzentwurf von uns geforderte Einstellungs- und Altersteilzeit ist ein Weg unter vielen, das Problem anzugehen und zu lösen. Der Staat muss dort, wo er Gestaltungsmöglichkeiten hat, mit gutem Beispiel vorangehen und dadurch Signale an die freie Wirtschaft geben.

Das Argument der Regierung und der Fraktionen der CDU und der FDP/DVP hier im Haus, eine Einstellungssteilzeit würde dazu führen, dass Berufsanfänger mit einem Einkommen rechnen müssten, welches weit unter dem Existenzminimum liege, ist falsch. Sie wissen nämlich ganz genau, dass nach dem Gesetzentwurf die Bedingungen für die Teilzeitbeschäftigung in Abhängigkeit von der Besoldungsgruppe des Beamten gestaffelt werden sollen. Ich darf nochmals betonen, dass wir festlegen wollen, die Einstellungssteilzeit auf maximal fünf Jahre zu befristen. Dies ist eine berechenbare Zeit, und die jungen Menschen können sich verlässlich darauf einstellen und die Familienplanung danach ausrichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorstellungen meiner Fraktion in Bezug auf die Altersteilzeit werden von Gewerkschaften, Berufsverbänden und kommunalen Landesverbänden überwiegend geteilt. Die Stellungnahmen dieser Verbände in Bezug auf die Einstellungssteilzeit sind nicht so positiv. Wenn man aber die Gegenargumente genauer betrachtet, dann fällt auf, dass bei der Begründung der ablehnenden Haltung gegenüber dem Gesetzentwurf nicht praktische Argumente, sondern finanzielle Aspekte im Vordergrund stehen. Ich frage Sie von den Regierungsfractionen: Warum sind Sie nicht bereit, die Schritte mitzugehen, die die alte Bundesregierung, getragen von CDU/CSU und FDP, 1998 durch eine Gesetzesänderung ermöglicht hat? Die SPD ist bereit, in schwierigen Zeiten Maßnahmen einzuleiten, die zwar unmittelbar mehr Finanzmittel erfordern, die auf Dauer aber gut angelegt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Fischer)

Wir halten es deshalb für besser, in Arbeitsplätze zu investieren, als jungen Menschen Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe zu zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Perspektivlosigkeit ist für junge Menschen das Schlimmste. Der von uns vorgelegte Gesetzentwurf ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Ich bitte Sie, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Heinz.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns, wie der Kollege schon gesagt hat, in der Ersten Beratung, aber auch im Ausschuss ausführlich mit der Problematik beschäftigt. Die SPD will im Landesbeamtengesetz zwei Punkte ändern.

Sie haben nicht erwähnt, Herr Fischer, dass die Gewerkschaften im ersten Punkt nicht mit Ihnen einig sind. Das betrifft die Einstellungszeit.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das hat er doch gesagt! – Abg. Capezzuto SPD: Das sagte er doch! – Abg. Fischer SPD: Ich habe gesagt, dass in diesem Punkt die finanziellen Argumente im Vordergrund stehen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Hören Sie doch einmal zu! – Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Umso besser. Darf ich dann im Umkehrschluss feststellen – Gut. Wunderbar.

Ich darf noch feststellen, dass wir in diesem Punkt einmal mit der Gewerkschaft der Meinung sind, dass die Einstellungszeit – man kann auch härter formulieren: die Zwangsteilzeit – nicht das richtige Instrument ist, um hier Lösungen für die Arbeitsplatzfrage zu erhalten,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie uns Ihre Lösungen!)

weil nämlich die Konsequenzen in der Folge, wenn man das zu Ende denkt, einfach nicht bezahlbar sind.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie uns Ihre Lösung!)

Wir halten es auch nicht für einen richtigen Schritt, das Beamtinnenrecht in dieser Form weiterzuentwickeln. Diesen Punkt kann man, glaube ich, vergessen.

Der zweite Punkt ist diskussionswürdiger und diskussionsfähiger: die Altersteilzeit. Ich muss sagen, mich hat es gefreut, Herr Fischer, dass Sie jetzt gesagt haben: Wir sprechen auch über die finanziellen Auswirkungen, die eine solche Regelung hätte. Ich bedaure, dass uns das Finanzministerium die Zahlen erst vor zwei Tagen gegeben hat. Sonst könnten wir darüber ausführlicher sprechen. Denn die Dimension, die sich hier auftut – 1,7 Milliarden DM, wenn man es bis zum Jahr 2014 rechnet –, ist ja nicht gerade gering.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das ist schlecht gerechnet!)

– Sie rechnen da anders, Herr Hackl. Ich denke, darüber muss man genauer nachdenken.

Ich möchte für meine Fraktion feststellen, dass wir über eine Altersteilzeit nachdenken; wir sind da aufgeschlossen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nachdenken reicht aber nicht!)

– Wir werden auch etwas tun. Warten Sie einmal in aller Ruhe ab! Wir denken auch, dass wir in diesem Bereich etwas verändern können.

Aber niemand kann eine Politik gegen Adam Riese machen. Das heißt, wir müssen einfach rechnen und die Auswirkungen bedenken. Denn was nützt es uns, wenn wir hier Schulden anhäufen und versuchen, ein Problem zu lösen, wenn das Auswirkungen hat, die nicht nur die aktuell im Dienst stehenden Beamten, sondern sogar die Beamten betreffen, die schon im Ruhestand sind?

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Wie lange wollen Sie noch bedenken? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das Problem drückt schon seit Jahren!)

Das heißt, dass es hier zu enormen Lasten käme. Trotzdem werden wir selektiv in verschiedenen Bereichen etwas erreichen, und wir werden gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen vernünftigen Vorschlag vorlegen,

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Was wollen Sie eigentlich?)

wie wir die Alterszeit selektiv in verschiedenen Bereichen einführen können. Wenn das Instrument der Altersteilzeit richtig genutzt wird, wird es auch dazu führen, dass wir in gewisser Weise für eine Verbesserung des Einstellungskorridors sorgen, aber auch gezielt Personalabbau dort möglich machen, wo wir Personal schneller abbauen müssen.

Aus den genannten Gründen werden wir Ihren Vorschlag, Herr Fischer, leider ablehnen müssen, weil er keinen tauglichen Weg aufzeigt. Ich kann aber gleichzeitig ankündigen, dass wir eigene Vorschläge präsentieren werden.

Danke.

(Beifall bei der CDU - Abg. Capezzuto SPD: In diesem Jahrhundert!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf begehrt die Einführung der Einstellungszeit und die Einführung der Altersteilzeit. Meine Fraktion ist immer noch der Auffassung, dass gerade in Zeiten knapper Kassen sowohl die Einstellungs- als auch die Altersteilzeit ein hervorragendes Instrument wäre, mit dem auch der öffentliche Dienst seiner Verantwortung für den Arbeitsmarkt gerecht werden würde.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Deuschle REP: Das war aber ein geringer Beifall!)

(Hackl)

Die Einstellungsteilzeit eröffnet die Möglichkeit, mehr Beschäftigung auf den vorhandenen Stellen unterzubringen. Die Altersteilzeit eröffnet die Möglichkeit, notwendige Einstellungen vorzuziehen.

Man kann sicher über einige Details im Gesetzentwurf der SPD streiten. So, wie sich die CDU und die FDP/DVP in diesem Fall verhalten, geht es aber nicht. Sie machen in diesem Bereich überhaupt nichts. Sie versuchen, das Problem auszusitzen. In nahezu allen Ländern, ob in Hessen oder in Bayern, gibt es entsprechende Vorschläge oder entsprechende Gesetzentwürfe, zumindest Referentenentwürfe. In Baden-Württemberg gibt es nichts davon.

(Abg. Heinz CDU: Aber, Herr Hackl, Sie wollen doch nicht, dass es so läuft wie in Hessen, nämlich dass man einen Gesetzentwurf hat, der nicht umgesetzt wird! Das ist das Letzte, was man machen kann! Das können Sie wirklich vergessen!)

– Herr Heinz, Sie wissen genau, dass Sie nicht Recht haben.

(Weiterer Zuruf des Abg. Heinz CDU)

– Herr Heinz, hören Sie mir bitte zu! In Hessen und in Bayern stellen sich die Landesregierungen ihrer Verantwortung für den Arbeitsmarkt. Die Landesregierung in Bayern stellt sich ihrer Verantwortung eben nicht.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Was, in Bayern? – Abg. Heinz CDU: Für Bayern sind wir nicht zuständig!
– Abg. Roland Schmid CDU: Falsches Land!)

– Ich meinte natürlich die hiesige Landesregierung. Seit Anfang November werden wir in Baden-Württemberg auf austehende Berechnungen des Finanzministeriums über die Auswirkungen der Altersteilzeit vertröstet. Ich habe allerdings nicht den Eindruck, dass die Landesregierung versucht, einen finanziell gangbaren Weg für die Altersteilzeit zu finden. Im Gegenteil, sie versucht nur, finanzielle Argumente in die Hand zu bekommen, um die Altersteilzeit abzulehnen. Denn wenn ich mir die Berechnungen im Detail anschau, stellen sie sich in meinen Augen als reines Horrorszenario dar, das nur angefertigt worden ist, um die Altersteilzeit abzulehnen. Denn in den Berechnungen des Finanzministeriums werden die entsprechenden Einsparungsmöglichkeiten nicht berücksichtigt, die wir zum Beispiel bei der Altersteilzeit auch haben, indem wir die notwendigen Stelleneinsparungen vorziehen. Dadurch kriegen wir ja früher Geld in die Hand. Mit diesem Geld könnten wir entsprechende Einstellungen in anderen Bereichen vorziehen. Die sind nicht berücksichtigt. Insofern hat, denke ich, das Finanzministerium bislang überhaupt nicht versucht, einen finanziell gangbaren Weg für die Altersteilzeit zu berechnen.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Heinz, diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen wollen in diesem Bereich nicht handeln.

(Abg. Heinz CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Diese Regierung regiert nicht in diesem Bereich, sondern sie sammelt offensichtlich im Moment lieber Unterschriften, statt konstruktive Vorschläge zu machen. Mal sehen, ob das den jungen Menschen bei ihrer Jobsuche hilft.

Wir werden für den Gesetzentwurf der SPD stimmen, weil er sich diesem Problem stellt und nicht versucht, das Problem auszusitzen.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst muss ich die Anschuldigung des Kollegen Hackl zurückweisen, dass die FDP/DVP-Fraktion

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist aber mutig!)

Unterschriften sammle. Ich weiß nicht, wofür das gerade geschehen soll – höchstens, Herr Kollege Hackl, auf Beitrittsformularen. Aber Sie würden wir nicht aufnehmen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ich nehme das zurück, was die FDP/DVP-Fraktion betrifft!)

– Dann überlegen Sie sich das künftig vorher, bevor Sie sprechen. Das ist in diesem Hause normalerweise üblich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, von jeder Mark, die das Land ausgibt, fließen rund 55 Pfennig in die Personalkosten. Das muss man sich doch einmal in Erinnerung rufen. Wenn wir ernsthaft an der Sanierung des Landeshaushalts interessiert sind – und wir sind das –, müssen wir also gerade bei den Personalausgaben eiserne Disziplin wahren. Deswegen werden wir heute erneut den Gesetzentwurf zur Zwangs- und zur Altersteilzeit ablehnen. Wir sind aber bereit – das habe ich bei der letzten Debatte schon gesagt –, einer Regelung der Altersteilzeit näher zu treten, wenn diese weitgehend kostenneutral ist.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Machen Sie doch eigene Vorschläge!)

– Ja, machen wir ja. Wir haben die Zahlen des Finanzministeriums seit vorgestern,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Seit November!)

und jetzt werden wir Vorschläge machen.

Ich sage noch einmal: Wir sind bereit, dem näher zu treten, wenn diese Regelung weitgehend kostenneutral ist. Dazu werden wir Vorschläge machen.

Würden wir trotz aller rechtlichen Bedenken die von Ihnen, Kollege Fischer, geforderte Einstellungsteilzeit einführen, käme es bereits in etwa fünf Jahren zu einer enormen Stellenvermehrung. Denn nach diesem Zeitraum müssten wir die mit 67 oder 75 % Eingestellten in Vollzeit übernehmen. Wenn nicht, würden uns die Gerichte dazu zwingen.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

(Kluck)

Das würde bedeuten, dass wir eine allgemeine Stellenvermehrung hätten, die wir uns nicht leisten können. Die können wir uns wirklich nicht leisten!

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Nach Hagen Kluck, aber nicht nach Adam Riese!)

– Wieso denn? Wenn Sie die nach fünf Jahren in Vollzeitstellen übernehmen müssen, haben Sie automatisch höhere Personalkosten.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Gibt es niemanden, der in den Ruhestand geht?)

Das können Sie doch nicht bestreiten, Herr Kollege Hackl. Sie wissen doch, dass wir in manchen Bereichen zusätzlichen Stellenbedarf haben, beispielsweise im Bildungsbereich bei den Lehrern. Wir brauchen außerdem eine Stellenvermehrung bei der Justiz wegen der Insolvenzrechtsreform. All dieser Möglichkeiten würden wir uns begeben, wenn wir nicht in anderen Bereichen entsprechende Stellen reduzieren, um dort Stellen zu schaffen, wo sie notwendig sind. Deswegen können wir die Stellen nicht ungehemmt vermehren.

(Beifall der Abg. Pfister und Kleinmann FDP/DVP)

Die Altersteilzeit kann durchaus ein Mittel sein, um die Stellenumschichtungen zu erreichen. Deshalb werden wir uns darüber unterhalten.

Die Berechnungen des Finanzministeriums zu den Kosten sprechen von jährlichen Mehrkosten in Höhe von 120 bis 200 Millionen DM. Selbst wenn davon nur die Hälfte stimmen würde, Herr Hackl, könnten wir uns das nicht leisten.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Schlecht gerechnet!)

Eines müssen Sie auch bedenken: Kein Beamter wird mit 63 Jahren den normalen vorgezogenen Ruhestand in Anspruch nehmen, weil er dann Abschlüsse von bis zu etwas über sieben Prozentpunkten hat. Alle werden deshalb auf diese Teilzeitregelung springen. Das heißt, der Staat müsste diese Regelung auf einzelne Teilbereiche begrenzen, und das würde wieder zu Ungerechtigkeiten, Schwierigkeiten usw. führen.

Ich will Ihnen auch noch einmal aufzeigen, was dies im Bereich der Lehrer bedeuten würde. Voraussetzung für die Altersteilzeit ist ja, wie dies beim Bund beschlossen wurde, dass die Betroffenen vorher drei Jahre lang eine Vollzeitstelle hatten. Wenn wir die Altersteilzeit für Lehrer möglich machen würden, würde das bedeuten, dass all diejenigen, die jetzt einen reduzierten Lehrauftrag haben, sofort auf eine Vollzeitstelle gehen müssten, um die drei Jahre zu erreichen. Das würde bedeuten, wir könnten gar keine jungen Leute mehr einstellen. Das ist ja das, was Sie immer propagieren, was wir tun sollen. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf, Entschuldigung, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, unausgegoren und nicht akzeptabel. Wir können das nicht machen. Wir haben nichts gegen Einstellungskorridore.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Machen Sie einen Vorschlag!)

– Wir machen doch einen. Nun warten Sie einmal ab. Wir müssen doch nicht alles so über das Knie brechen wie eure Regierung in Bonn, und dann kommt lauter Mist dabei heraus. Wir machen das in Ruhe und gründlich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Noch einmal: Wir haben nichts gegen Einstellungskorridore, wenn damit die Anzahl der Stellen insgesamt im finanzierbaren Bereich bleibt. Ihre Vorschläge erfüllen diese Voraussetzung nicht. Würden wir Ihren Vorschlägen folgen, müssten das die folgenden Generationen bitter büßen, denn sie hätten dann diese Schulden abzutragen. Ihre Pläne zur Einstellungs- und Altersteilzeit sind undurchführbar. Wie sagte schon Bertolt Brecht?:

Ja, mach nur einen Plan
Sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch 'nen zweiten Plan
Geh'n tun sie beide nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion lehnt, wie ja bereits in der ersten Lesung und in der Ausschussberatung signalisiert, diesen Gesetzentwurf ab. Ich möchte für meine Fraktion nur noch einmal die entscheidenden Argumente darstellen. Es geht um die Frage der Einstellungszeit und um die Frage der Altersteilzeit.

Bei der Frage der Einstellungszeit steht für uns eine Abwägung im Vordergrund, nämlich die zwischen der Problematik des Grundsatzes der Hauptberuflichkeit des Beamten-daseins und der besonderen Funktionen des Beamten an sich auf der einen Seite und der Frage arbeitsmarktpolitischer Initiativen, die möglicherweise sehr spontan und kurzfristig sind, auf der anderen Seite. Wir sind der Meinung, dass hier der Hauptberuflichkeit der Vorrang gebührt und dass man arbeitsmarktpolitischen Initiativen in diesem Bereich keine so große Bedeutung wie in den anderen Bereichen, insbesondere im Bereich der privaten Wirtschaft, beimessen kann. Dies muss sehr viel flexibler gehandhabt werden. Im Bereich der Hoheitsverwaltung sehen wir hier grundsätzliche Probleme.

Die finanziellen Aspekte – die Zahlen liegen ja seit wenigen Tagen vor – sind hierbei natürlich auch zu berücksichtigen. Das Land kann, wenn man sparen will, keine neuen Positionen für Kosten schaffen. Hier muss auch sehr vorsichtig hantiert werden. Das wird man bei weiteren Betrachtungen sehen können.

Der Altersteilzeit stehen wir grundsätzlich weniger ablehnend gegenüber. Allerdings muss auch hier der Kostenaspekt in einer ganz besonders genauen Weise geprüft werden. Hier ist es sicherlich noch zu früh, aufgrund dieses Vorschlags detailliert zu sagen: „Wir machen es“ oder „Wir lassen es“ oder über den Umfang zu sprechen, in dem wir sie einführen wollen. Wir sind der Auffassung, dass die Zahlen, die uns jetzt vorliegen, genau überprüft werden müssen. Dann kann man sehr wohl konstruktiv über die Frage der Altersteilzeit nachdenken.

(Käs)

Summa summarum: Meine Fraktion wird diesen Gesetzentwurf heute ablehnen, steht aber ansonsten bei der Beratung der Frage der Altersteilzeit der kommenden Entwicklung offen gegenüber.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern)

Stelly. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Fischer, es sieht nicht so gut aus mit Ihrem Gesetzentwurf, wenn ich die Mehrheitsverhältnisse hier ins Kalkül ziehe.

(Abg. Redling SPD: Es gibt einen Unterschied zwischen Qualität und Quantität!)

Die Diskussion, verehrter Herr Kollege Redling, hat insofern auch ihr Gutes. Ich konnte, wie vielleicht manches Mitglied dieses hohen Hauses, bei den Debatten zu diesem Thema – es ist ja auch nicht zum ersten Mal Gegenstand der Beratungen – meinen Wortschatz erweitern. Ich weiß jetzt zum Beispiel, was Einstellungsteilzeit ist. Ich kenne mich sogar darin aus, was unterhälftige Teilzeit, Versorgungsabschlag, Altersteilzeit usw. sind. Insofern hat das ja alles auch sein Gutes.

Ich will, Herr Kollege Redling – wir haben uns ja bei der ersten Lesung darüber unterhalten –, für meine Seite noch einmal sagen: Gegen die Einstellungsteilzeit spricht nach meiner Überzeugung nicht, dass damit Berufsanfänger mit einem etwas geringeren Gehalt anfangen müssten, weil ich zugestehe, dass es immer noch besser ist, zum Beispiel mit nur 80 % zu beginnen als gar nicht.

Aber das entscheidende Argument ist für mich in zweierlei Hinsicht zu sehen. Das eine hat vorhin Herr Kollege Kluck angeführt. Wir wären sehr schnell in der Gefahr, zu einer Personalvermehrung zu kommen. Nun könnte man natürlich mit Blick auf den unterschiedlichen Altersaufbau, Herr Kollege Hackl

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das war der Kollege Redling!)

– das hat Herr Kollege Redling auch in der ersten Lesung angesprochen –, überlegen, ob es bestimmte sektorale Bereiche gibt, in denen dies durch Altersabgänge ausgeglichen werden könnte.

(Abg. Redling SPD: Herr Kollege Fischer hat geredet!)

– Aber Sie haben letztes Mal auch gesprochen; ich habe es nachgelesen.

(Abg. Redling SPD: Ich habe immer etwas zu sagen, aber dazu habe ich nicht geredet!)

– Jedenfalls haben Sie dann beredt geschaut.

Kurzum: Wir haben damals, nachdem auch im Kabinett eine durchaus positive Stimmung – auch bei den FDP/DVP-Mitgliedern im Kabinett – für die Einstellungsteilzeit da war, bei allen Ressorts nachgefragt, ob aus ihrem Blickwinkel für

die Einführung der Einstellungsteilzeit Gründe vorlägen. Von allen Ressorts erfolgte eine einschlägige Ablehnung.

(Abg. Redling SPD: Nehmen Sie nur den Bereich Lehrerinnen!)

– Selbst vom Kultusministerium. Wir haben auch das Kultusministerium gefragt. Es hat gesagt, dass aus seiner Sicht kein Bedarf besteht. Damit blieb uns gar nichts anderes übrig, als das Thema, jedenfalls auf absehbare Zeit, ad acta zu legen.

Das zweite Thema ist die Altersteilzeit. Ich gehe davon aus – das hat auch Herr Kollege Heinz gesagt –, dass die Altersteilzeit auf der Tagesordnung der Landespolitik bleibt.

Ich muss aber auch klar sagen, Herr Kollege Fischer: So, wie die Altersteilzeit Ihrem Gesetzentwurf zugrunde liegt, kann es nicht gehen. Es ist in der Debatte mit Recht darauf hingewiesen worden – die Zahlen liegen ja inzwischen insofern weit vor –, es wäre schlicht und ergreifend zu teuer und aus dem Landeshaushalt nicht zu bezahlen. Deshalb: So, wie Sie die Altersteilzeit in Ihrem Gesetzentwurf

(Abg. Redling SPD: Wie die alte Bundesregierung!)

konzipiert haben, wird es nicht kommen. – Die Bundesregierung, Herr Kollege Redling – –

(Abg. Redling SPD: Die alte Bundesregierung, Ihre Freunde, Ihr Bruder maßgeblich! – Zuruf: Der große! – Abg. Redling SPD: Die haben doch das Gleiche gemacht! – Abg. Kluck FDP/DVP: Die haben doch eine andere Beamtenstruktur als wir! – Unruhe)

Es ist aber so – ich habe auch schon bei der ersten Lesung darauf hingewiesen –, dass die Bundesregierung – und das schwebt Ihnen aus verständlichen Gründen ja überhaupt nicht vor – die Altersteilzeit insbesondere zum Personalabbau bzw. zum Abbau der Personalkosten benutzt und vor allem auch die ganzen Fragen, die sich aus dem Umzug von Bonn nach Berlin ergeben, zum Teil mit der Altersteilzeit etwas abfedern will. Das sind ganz andere Motive. Mir ist nicht bekannt, Herr Kollege Redling, dass die neue Bundesregierung – rotgrün – an dieser Konzeption etwas ändern will. Im Gegenteil! Verschiedene Minister von Rotgrün, insbesondere Herr Schily, aber auch andere, haben inzwischen schon darauf hingewiesen, dass der öffentliche Dienst das große Problem der Personalkosten eben auch angehen muss. Das heißt, nachdem eine rotgrüne Bundesregierung in der Verantwortung ist und sich jeden Tag mit den faktischen Verhältnissen beschäftigen muss, hat sich der Blickwinkel sofort geändert.

(Abg. Redling SPD: Die Erblast aus der vorangegangenen Regierungszeit!)

Das ist eine Tatsache.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Nolens volens!)

Trotzdem: Es ist ja klar gesagt worden, auch in dieser Debatte, dass das Thema auf der Tagesordnung bleibt – die Altersteilzeit wohlgekannt, nicht die Einstellungsteilzeit. Insbesondere müssen wir, wie ich meine, darüber sprechen, ob

(Minister Dr. Schäuble)

mit dem Instrument der Altersteilzeit – Stichwort auch Personalveränderungsmanagement – der Einstellungskorridor, den wir ja in Aussicht gestellt haben, eher erfüllt werden kann als ohne dieses Instrument. Aber so, um das zu wiederholen, wie es Ihrem Gesetzentwurf zugrunde liegt, ist es schlicht und ergreifend zu teuer. Deshalb schlage ich einfach vor, den Gesetzentwurf heute abzulehnen. Wir kommen aber dann, wenn auch die sektoralen Berechnungen des Finanzministeriums vorliegen, für eine andere Form der Altersteilzeit hier in der Diskussion auf dieses Thema zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Im Jahr 2057! Rechtzeitig vor der neuen Jahrtausendwende!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Schäuble, heute hört sich Ihre Antwort ganz anders an als bei der ersten Lesung. Trotzdem bin ich verwundert, dass Herr Kollege Heinz von der CDU und Herr Kollege Kluck von der FDP/DVP so tun und sagen: Wir können über die Altersteilzeit reden. Ich frage Sie: Warum haben Sie nicht Änderungsanträge zu unserem Gesetzentwurf vorgelegt? Wir sollten keine Zeit verlieren. Sie sitzen näher an der Regierung. Gestern haben wir die Zahlen auf den Tisch bekommen. Auch wir bedauern, dass wir sie nicht mehr werten konnten. Trotzdem wird heute von allen Seiten anerkannt, dass man im Hinblick auf die Altersteilzeit etwas tun kann. Ich frage mich dann schon: Warum waren Sie nicht bereit, Änderungsanträge vorzulegen? Wir hätten es jetzt auf den Weg bringen können, und wir hätten keine Zeit verloren. So viel zur Altersteilzeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch kurz eine Anfügung zur Einstellungsteilzeit, meine Damen und Herren. Auch hier sagen Sie: nicht machbar. In unserem Gesetzentwurf steht nicht, dass das für alle Zeiten festgeschrieben werden sollte. Wir sagen vielmehr: Es ist eine der Möglichkeiten, mehr junge Leute in den Beruf zu bekommen, als es bisher möglich ist. Wenn Sie sagen, Herr Kluck, dass die dann immer da seien, frage ich Sie: Wissen Sie eigentlich nicht, dass Leute älter werden und aus dem Berufsleben ausscheiden und wir wieder auffüllen müssen? Irgendwann müssen die jungen Leute diese Arbeit übernehmen, und das ist kein taugliches Argument. Deshalb bitte ich Sie noch einmal, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen auf Drucksache 12/3592, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes –, Drucksache 12/3325, abzulehnen. Ich gehe davon aus, dass Sie auch hier einverstanden sind, dass wir über den Gesetzentwurf im Ganzen abstimmen.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer

stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Damit ist der Gesetzentwurf in der Zweiten Beratung abgelehnt. Eine weitere Beratung findet nach unserer Geschäftsordnung nicht statt.

Wir haben noch über die Abschnitte II und III der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu beschließen. Danach soll der Abschnitt II des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3089, abgelehnt und der Abschnitt I desselben Antrags für erledigt erklärt werden. Darf ich ohne förmliche Abstimmung feststellen, dass das Haus zustimmt? – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 22. Juli 1998 – Denkschrift 1998 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 1996 – Drucksachen 12/3213, 12/3620

Berichterstatlerin: Abg. Ursula Lazerus

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 10. Februar 1998 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1996 – Drucksachen 12/2510, 12/3602

Berichterstatler: Abg. Kiel

Ich darf fragen, ob die Berichterstatler das Wort wünschen.

Frau Kollegin Lazarus, Sie haben das Wort.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Denkschriften des Landesrechnungshofs werden nicht nur vom Parlament und von den Medien mit Spannung erwartet, sondern auch die Landesverwaltung und die Regierung wissen, dass in den Beiträgen der Denkschrift vieles kritisch beleuchtet wird, was eben nicht optimal oder was ganz besonders schlecht gelaufen ist. Zwar ist das anschließende Verfahren zwischen Landesrechnungshof, Ministerien und Finanzausschuss oft mehr als mühsam und zieht sich mitunter über Jahre hin – es gelingen also nicht immer schnelle und scharfe Schnitte –, aber auch die Denkschrift 1998 hat gezeigt, dass eben nicht alle Spar- und Wirtschaftspotenziale ausgenutzt sind.

Doch der Landesrechnungshof befasst sich nicht nur mit Sparpotenzialen, sondern hat immer wieder auch die Verbesserung der Einnahmen untersucht und in diesem Fall sogar mehr Personalstellen dafür gefordert. Die Steuerverwaltung nämlich ist am Rande ihrer Kapazität angelangt. Steigende Fallzahlen und die hohe Kompliziertheit der Fälle erfordern insbesondere in der Steuerfahndung mehr Personal und mehr Sachmittel. Das Finanzministerium sieht diese Notwendigkeit und hat das Personal schon verstärkt. Die Zahl der Steuerfahnder soll in den nächsten Jahren weiter erhöht werden, um der steigenden Steuerkriminalität Paroli zu bieten.

Der Finanzausschuss hat zudem beschlossen, dass Fehler im Besteuerungsverfahren, die zu Ungerechtigkeiten führten, abgestellt werden. Den Finanzämtern gingen Millionenbeträ-

(Ursula Lazarus)

ge einfach dadurch verloren, dass bei der Bearbeitung von Einkommensteuerausfällen steuermindernde Verlustrückträge wegen eines Computerfehlers falsch errechnet worden sind. Aufgrund der Initiative des Rechnungshofs ist der Fehler inzwischen korrigiert worden. Das hatte sogar bundesweite Auswirkung, ist bundesweit richtig gestellt worden.

Korrigiert werden soll nach unserer Beratung im Finanzausschuss auch, dass bisher einzelne Finanzämter in bedeutenden Nachzahlungsfällen die Steuererklärungen oft erst mit Verzögerungen von vielen Monaten bis hin zu einigen Jahren bearbeitet haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Abhilfe sollen eine bessere Arbeitsorganisation und ein restriktiverer Umgang mit Verlängerungen der Abgabefristen schaffen.

Wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Steuereinnahmen zeitnah und vollständig fließen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die Steuergelder sinnvoll und wirtschaftlich verwendet werden. Das war bei der vom Rechnungshof kritisierten aufwendigen Sanierung einer Anzahl von Dienstgebäuden gerade nicht der Fall. Es wurde zu teuer gebaut, und die Kosten standen in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zu den erzielbaren Mieten. Der Finanzausschuss hält es deshalb für erforderlich, dass die Verwaltung bei Sanierungsmaßnahmen verstärkt Wirtschaftlichkeitsberechnungen anstellt, dabei auch den Verkauf als Alternative einbezieht und überhaupt ein konsequenteres Immobilienmanagement als bisher betreibt.

Die Landesanstalt für Umweltschutz ist ins Visier der Prüfer geraten, weil sie ganz überwiegend Werkverträge geschlossen hat, ohne zuvor eine öffentliche Ausschreibung zu machen. Selbst Preisanfragen fanden eher selten statt. Durch diese Vergabepaxis sind beträchtliche Einsparpotenziale nicht realisiert worden. Die Mitarbeiter müssen stärker für ein wirtschaftliches Handeln sensibilisiert werden. Die Anstalt hat ein Instrumentarium für die Planung, Steuerung und Kontrolle der Vergabe von Werkverträgen zu entwickeln und muss auch das zahlenmäßige Volumen der Verträge überdenken.

In einem spektakulär gewordenen Beitrag hat der Rechnungshof gewisse Kritik an der Landeszentrale für politische Bildung geübt und empfohlen, das Bildungsangebot zu straffen. Die Landeszentrale stellt sich der Kritik. Das Kuratorium setzt sich bereits mit den Anregungen des Rechnungshofs auseinander.

Mit der Prüfung der Lehrtätigkeit der Staatlichen Akademien der Bildenden Künste zeigt der Rechnungshof wie früher schon mit der Prüfung bei den Musikhochschulen, dass er auch Felder untersucht, die gemeinhin als schwer prüfbar erscheinen. Der Rechnungshof hat bestätigt, dass viele Professoren ihrer Verpflichtung in der Lehre mit großem Einsatz nachkommen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass es aber auch Einzelfälle gibt, in denen die Kunststudenten ihren Professor kaum zu Gesicht bekommen. Es ist keine Gängelei, die Erfüllung der Lehrverpflichtung sicherzustellen. Dazu gehört es auch, renommierte Künstler als Profes-

soren auf Zeit zu gewinnen. Erfreulich ist, dass mittlerweile für den Erhalt der Freiburger Außenstelle der Kunstakademie Karlsruhe eine Lösung gefunden worden ist.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe nur einige Punkte der Denkschrift 1998 angesprochen. Sie zeigen, dass die Arbeit des Landesrechnungshofs nicht nur kritisch, sondern gleichzeitig konstruktiv ist, nämlich Lösungswege aufzeigt.

Natürlich gibt es sachliche Meinungsunterschiede auch zwischen Finanzausschuss und Parlament auf der einen und dem Landesrechnungshof auf der anderen Seite. So könnte man es zumindest als eine zutiefst politische Entscheidung werten, auf welche Weise die Landeszentrale für politische Bildung ihr Budget verwendet. Doch es ist höchst selten, dass der Finanzausschuss die Kritik des Landesrechnungshofs nicht aufnimmt. Das Klima zwischen Finanzausschuss und Landesrechnungshof ist gut. Dies ist für die Umsetzung der als richtig anerkannten Vorschläge eine wichtige Voraussetzung.

Abschließend ist hervorzuheben, dass der Rechnungshof mit seinem neuen Präsidenten das neue Steuerungsmodell mit der Möglichkeit der dezentralen Budgetverantwortung intensiv und kritisch begleitet und die Kosten- und Leistungsrechnung auch für sich selbst einführt, um damit eigene Erfahrungen zu sammeln. Das ist wichtig, denn mit der Einführung dieses Instrumentariums wird die beratende Tätigkeit des Rechnungshofs für den Landtag künftig zunehmen, wie wir es vor kurzem schon bei der Behandlung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Landeshaushaltsordnung erörtert und vorgesehen haben.

Sehr geehrter Herr Präsident Frank, persönlich, als Berichterstatterin und gleichzeitig für die CDU-Fraktion danke ich Ihnen und Ihrem Haus für die Arbeit, die sich in dieser Denkschrift dokumentiert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Langsam, Herr Moser, langsam!)

Die Bedeutung des Rechnungshofs muss, glaube ich, nicht mehr unterstrichen werden. Er ist allgemein anerkannt. Er dient der Stärkung des Parlaments und der Kontrolle durch das Parlament, was ich für den zentralen Punkt überhaupt halte. Er dient natürlich auch den Finanzen des Landes im Sinne eines sparsamen Umgangs mit ihnen. In diesem Sinn bedankt sich die SPD-Fraktion beim Rechnungshof insgesamt, aber auch beim Finanzausschuss, der bei seinen Beratungen sehr kollegial war und manchmal auch in für die Regierung kritischen Fällen zusammengehalten hat. Wenn es ums Geld geht, muss man, glaube ich, wirklich zusammenhalten, sonst läuft alles aus dem Ruder. Also nochmals: herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Moser)

Die Situation zwischen Regierung und Landesrechnungshof muss nicht entsprechend dem „Krieg der Sterne“ sein. Es muss nicht so sein, dass das „Imperium zurückschlägt“. Nein, es muss so sein, dass der Landesrechnungshof unabhängig, klar, hart prüft und uns darauf hinweist, was wir zu tun haben bzw. was die Verwaltung zu tun hat.

Zum Gelde drängt, am Gelde hängt die Welt. Das ist nun einmal so.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Shakespeare oder Goethe?)

– Das ist egal. Beide haben das Geld benötigt, Shakespeare genauso wie Goethe. Glauben Sie nur nicht, dass die Künstler nicht nach dem Gelde drängen.

Das Geld ist der umgesetzte politische Wille von uns allen. Die einen setzen sich mehr durch als die anderen. Deswegen komme ich im ersten Teil meiner Rede gleich zu den Staatsschulden.

Der Landesrechnungshof beschäftigt sich mit den Staatsschulden schon seit vielen Jahren. Er stellt fest, dass die Staatsschulden weiter steigen. Es sieht nicht so aus, als ob sich die Verschuldungskurve nach unten ändern würde. In Abwandlung des Wagner'schen Gesetzes muss man davon ausgehen, dass es so weitergeht.

Die Risiken bleiben bestehen. Wir haben uns an niedrige Zinssätze gewöhnt. Man muss immer wieder in Erinnerung rufen: Eine Steigerung der Zinsen um einen Prozentpunkt bedeutet eine um mehr als eine halbe Milliarde DM höhere Belastung für den Landeshaushalt. Minimalste Veränderungen auf dem Zinsmarkt hauen uns also voll in das Kontor.

(Abg. Eigenthaler REP: Wer zu spät kommt!)

Das bedeutet, dass wir den Schuldenstand in Baden-Württemberg beschränken müssen. Wir müssen versuchen, so gut es geht, die Zuwachsraten nach unten zu fahren. Immerhin ist der Schuldenstand zum 31. Dezember 1997 wieder um 3,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen –

(Abg. Dr. Puchta SPD: Jetzt geht der Finanzminister! Das kann er nicht hören!)

auf über 5 057 DM pro Kopf.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Er hat schon jetzt wieder den Stand von 5 100 DM pro Kopf überschritten. – Danke, Herr Finanzminister, dass Sie dableiben.

In dem Bericht heißt es – das muss man immer wieder unterstreichen –, dass der Schuldenstand ein erhebliches Haushaltsrisiko darstellt. Das ist eine Warnung an die Regierung, das ist auch eine Warnung an uns.

Der wichtigste Satz auf Seite 8 der Drucksache 12/3620 lautet: „Die Reduzierung der Neuverschuldung müsse deshalb weiterhin oberstes Ziel der Haushaltspolitik sein.“ Ich rufe in Erinnerung: 11 Milliarden DM pro Jahr für den Schuldendienst, insgesamt etwa 3,5 Milliarden DM allein für Zinsen. Das ist sehr, sehr viel Geld. Also, dieser Satz ins Stammbuch des Parlaments geschrieben, vom Landesrechnungshof richtig gesehen.

Zweiter Punkt, der mir von Bedeutung erscheint, ist die Allgemeine Finanzverwaltung. Auch hier geht es ums Geld. Die Kollegin Lazarus hat ja schon darauf hingewiesen, welche Vorkommnisse es dort gibt. Ich möchte vor allen Dingen auf die Organisation und die Arbeitsweise bei der Steuerfahndung hinweisen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aha!)

In dieser Beziehung lohnt es sich, die Seite 26 wieder einmal zu zitieren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Seite 26?)

– Im Bericht Seite 26, Drucksache 12/3620, lieber Kollege Pfister, damit Sie es wieder finden, wenn Sie daheim in Trossingen sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das müsste mir einfallen, das zu lesen!)

– Was, Sie lesen das nicht?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch, selbstverständlich, Herr Abgeordneter! – Heiterkeit)

Ich zitiere:

... bereits im Jahr 1994 habe eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe festgestellt, daß der wachsenden Steuerkriminalität mit der derzeitigen Personalausstattung der Steuerfahndung nicht ausreichend entgegengetreten werden könne. Diese Einschätzung werde durch Erhebungen des Rechnungshofs bei den elf Steuerfahndungsstellen des Landes bestätigt. Danach sei die Steuerfahndung trotz Erhöhung der tatsächlichen Fahnder von 126 im Jahr 1990 auf 200 im Jahr 1997 sowohl organisatorisch als auch personell nur unzureichend in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen. Nicht nur die Zunahme der Fallzahlen, sondern auch der ständig größer werdende Umfang und die Komplexität der Fälle als Folge der Globalisierung verursachten einen immer höheren Arbeitsaufwand.

Der Rechnungshof mahnt in seinem Bericht „Waffengleichheit“ an. Das Wort „Waffengleichheit“ ist ein Zitat. Das müsste vor allem die Pazifisten hier ein bisschen aufrütteln.

(Beifall des Abg. Hehn CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Leutnant der Reserve; nein, Major der Reserve!)

Eine Verbesserung der Datenverarbeitungsunterstützung sei notwendig.

Ich rufe noch einmal die Zahlen in Erinnerung. Ich halte es für unumgänglich, es immer und immer wieder zu betonen. Schätzungen weisen darauf hin, dass in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 150 und 400 Milliarden DM pro Jahr an Steuern hinterzogen werden.

Stellv. Präsident Weiser: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Moser SPD: Ja.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Moser, ich habe eine Frage an Sie. Wissen Sie, dass jedes Unternehmen, dass jeder Mittelständler, dass jeder Betrieb, der 450 000 DM Gewinn im Jahr macht, durchgeprüft wird?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wann?)

– Herr Puchta, Sie haben da keine Ahnung.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Davon jede Menge!)

Es ist so – das werde ich auch noch einmal gerne für Sie nachprüfen; aber nicht nur der Bund der Steuerzahler, sondern auch ich kann Ihnen das versichern –, dass Großbetriebe und Mittelständler mit Sicherheit alle fünf Jahre geprüft werden.

Jetzt kommt es. Das wird oft nicht begriffen. Wenn Sie 1995 geprüft werden, werden Sie bis 1990 zurück geprüft.

(Abg. Weimer SPD: Frage?)

Stellv. Präsident Weiser: Stellen Sie Ihre Frage.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Deshalb die Frage an Sie: Könnten Sie noch einmal feststellen lassen, wer wo hier noch Defizite sieht, nachdem die Leute, die die Steuern bezahlen könnten, weil sie Gewinne machen, bereits heute rundum geprüft werden?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Schöning wollte immer das Gegenteil!)

Abg. Moser SPD: Ich zitiere den Rechnungshof. Ich weiß ja, wie es mit der Steuerprüfung geht. Da brauchen Sie mir nichts zu erzählen. Ich kenne die Prüfungsrhythmen. Ich kann Ihnen auch erzählen, wie man es macht. Es gibt eine Menge, die nicht geprüft werden. All diejenigen, die unter der Knute des Finanzamts leiden, nicken hier von ganz rechts bis zur Mitte. Links sitzen eher welche, die ihre Steuern ordentlich bezahlen müssen, weil sie nicht die Chance haben, irgendetwas anderes zu tun.

(Zurufe und Unruhe)

– Ruhe, Ruhe! Der Finanzminister wird es wohl nachher darstellen.

Stellv. Präsident Weiser: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? – Aber, Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, wirklich zur Fragestellung zu kommen.

Abg. Moser SPD: Schon wieder? Dann lassen Sie aber meine Zeit bitte stoppen.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja. – Herr Moser, Sie sagten gerade, Sie wüssten, wie man es machen darf. Da wollte ich doch nachhaken: Können Sie mir das bitte erklären, damit ich etwas lerne?

(Heiterkeit)

Abg. Moser SPD: Draußen vor der Tür machen wir das.

Es geht mir darum, dass wir die Einnahmeverwaltung pflegen. Das ist das Fazit.

Herr Finanzminister, ich war schon ein bisschen enttäuscht, als ich vor kurzem in der Zeitung gelesen habe, dass Sie Personalstellen bei der Finanzverwaltung einsparen wollen. Anstatt sie umzuschichten, anstatt die Einnahmeverwaltung zu pflegen, sagen Sie, wir müssten dort runtergehen. Das führt doch dazu, dass es wiederum weniger Steuereinnahmen gibt.

Wir sind bereit, mit Ihnen und auch mit der Bundesregierung darüber zu reden, dass das, was über Steuerprüfungen zusätzlich in die Kasse kommt, zu einem größeren Teil als bisher im Land bleiben kann. Ich bin für das Belohnungsprinzip, dass wir über unsere eigenen Prüfungen unsere Kassen etwas mehr auffüllen. Aber ich weiß, dass die Finanzminister hier eine verschworene Gemeinde in der ganzen Bundesrepublik Deutschland darstellen.

Das Problem bei der Steuerfahndung insgesamt und beim Steuerzahlen ist, dass sich in der Bevölkerung der Eindruck festgesetzt hat: Nur noch der Dumme zahlt seine Steuern ehrlich. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt: Auf Seite 38 dieses Berichts gibt es eine ganz schlichte Überschrift: „Betätigungsprüfungen im Eisenbahnbereich“. Diese Betätigungsprüfungen im Eisenbahnbereich sind einem mittleren Erdbeben in Baden-Württemberg gleichgekommen. Es geht nämlich hier um die SWEG. Ich zähle nur auf, was dort geschehen ist. Dort wurde geprüft. Es gab in der Folge eine heftige öffentliche Diskussion. Es gab eine Kabinettsumbildung. Es gab die Entlassung des Geschäftsführers. Es gab juristische Schritte. Das ist alles hinlänglich bekannt. Aber der Versuch, das unter der Decke zu halten, ist gescheitert. Hätte der Rechnungshof nicht geprüft, hätten wir das nicht erfahren. Deswegen ist es von größter Bedeutung, dass der Rechnungshof auch bei kritischen Dingen, die die Regierung treffen, im Inneren wie im Äußeren die Unabhängigkeit bewahren kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir können Ihnen, Herr Frank, nur wünschen, dass Sie die Tradition Ihres Vorgängers, Dr. Lonhard, fortsetzen, unabhängig von politischen Wünschen, die von allen möglichen Seiten an Sie herangetragen werden, uns auch eigeninitiativ Ratschläge zu geben, auch eigeninitiativ reinzugehen und zu prüfen und dies dann auch offen zu legen.

Im Hintergrund steht nämlich das Vertrauen in die staatlichen Institutionen auf dem Spiel. Wenn es uns nicht mehr gelingt, dort, wo etwas krumm läuft, dies offen zu legen und es auch der Öffentlichkeit zu sagen, schaden wir uns selbst. Das heißt, wir schaden eigentlich der Demokratie,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil auch in Bereichen des Geldes und des Geldausgebens die offene Diskussion, die Offenlegung der Schlüssel insgesamt notwendig ist, um auf Dauer das Vertrauen der Bevölkerung zu haben und eine Basis zu finden, um in diesem Parlament sauber arbeiten zu können.

Ich möchte unterstreichen, was die Kollegin Lazarus am Anfang gesagt hat. Die Presse, die Medien sind da, wenn der Rechnungshofbericht offen gelegt wird. Ich bedaure es ein

(Moser)

bisschen, dass das Interesse nach wenigen Tagen, wenn es keine sehr spektakulären Dinge gibt, abflaut. Der Finanzausschuss arbeitet wochenlang in Sitzungen an einzelnen Themen. Da geht es um kleine Beträge, um Regressforderungen, um Eingriffe in die Verwaltung

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Da geht es um größere Beträge!)

und Verfahren. Da geht es um Kleinbeträge. Aber Kleinbeträge machen auch Mist, und uns ist es wichtig, dass der Mist im Land beseitigt wird. An dieser Arbeit werden wir uns auch in Zukunft beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Erdrich-Sommer.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Die Denkschrift 1998 enthält, wie gewohnt, wichtige Hinweise auf grundsätzliche Sorgen der Haushaltspolitik des Landes sowie auch detaillierte Kritik und Verbesserungsvorschläge. Die hohe Akzeptanz, die der Rechnungshof im Finanzausschuss und hier im Parlament genießt, sieht man daran, wie sehr sorgfältig die Denkschriftbeiträge im Finanzausschuss beraten werden.

Allerdings sind nicht alle Vorschläge für die Politik so zu übernehmen, wie sie hier gemacht werden. Die finanztechnische Sicht ist in einigen Fällen zwar eine wichtige, aber nicht die einzige Seite, die die Entscheidung des Parlaments beeinflussen darf. Beispielhaft möchte ich die Anmerkungen zu den Privatschulen nennen. Da hat das Parlament ja einige Debatten über die Streichung von Zuschüssen an die Schulen in freier Trägerschaft hinter sich gebracht. Nun hat der Rechnungshof untersucht, mit welchen staatlichen Hilfen für den laufenden Schulbetrieb der Landeshaushalt belastet wird, welche Versorgungsaufwendungen sowie welche Aufwendungen für Betreuung und Verwaltung der Privatschulen durch die staatlichen Schulbehörden anfallen.

Trotz der klaren Zielsetzung wurde die Grenze zwischen der finanztechnischen Bewertung und der pädagogischen Freiheit eine Gratwanderung für den Rechnungshof. Besonders bei der Bewertung der pädagogischen Konzepte der Waldorfschulen gegenüber den Kosten der öffentlichen Schulen stieß die Finanzsicht des Rechnungshofs an ihre Grenzen. Die Ausführungen waren für den Ausschuss dennoch hilfreich;

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

denn die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses fordert jetzt eine Standardkostenrechnung, die zukünftige Diskussionen für alle Beteiligten erleichtern und objektivieren wird. Angesichts der großen Anerkennung, die der Rechnungshof in diesem Haus hat, ist es für mich allerdings unverständlich, warum das Prüfrecht des Rechnungshofs nicht für alle geförderten Schulen durchzusetzen war. Hier ist die CDU vor den kirchlichen Schulträgern eingeknickt und hat die Landesinteressen zurückgestellt.

Ein zweites Beispiel aus dem Rechnungshofbericht kommt aus dem Wirtschaftsministerium: der Fonds für die überbe-

triebliche Mittelstandsförderung. Mittelstandsförderung ist in Baden-Württemberg ja ein sehr wichtiges Thema. Der effiziente Mitteleinsatz ist deshalb besonders wichtig. Der Rechnungshof hält eine ganze Reihe von Fördertatbeständen für nicht mehr förderungswürdig oder für nicht zielgerichtet oder für unwirtschaftlich. Da stellt sich die Frage, wie das Wirtschaftsministerium diesen ungeordneten Förderwirrwarr seit 20 Jahren nahezu unverändert beibehalten konnte. Gerade von einem liberalen Wirtschaftsminister muss doch erwartet werden, dass er die Modernisierung der Subventionen zügig angeht. Entsprechende Signale zur Umsetzung der Vorschläge des Rechnungshofs sind in den Ausschussberatungen allerdings sehr schwach gewesen.

Im Bereich des Wirtschaftsministeriums gibt es einen weiteren Denkschriftbeitrag, der Erwähnung finden sollte. Bei der Förderung von Umwelt- und Energiesparprogrammen hat das Ministerium in weitem Umfang Gelder entgegen den Richtlinien vergeben. Wenn in 43 % der geprüften Fälle Mittel nicht sachgerecht vergeben worden sind, dann kann das meines Erachtens nur mit „Schlamperei“ bezeichnet werden.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Deuschle REP: Oder mit Filz! Schwarzer Filz!)

Die Anregungen wurden zwischenzeitlich vom Wirtschaftsministerium aufgegriffen, und der großzügige und unsachgemäße Umgang mit Fördergeldern wurde hoffentlich nachhaltig eingestellt.

Im Bereich der Allgemeinen Finanzverwaltung sind zwei höchst gewichtige Prüfberichte des Rechnungshofs angesiedelt. Der erste betrifft die fehlerhafte Verlustfeststellung. Die Bürger in diesem Land haben zu kaum einer Behörde größeren Glauben bezüglich des sorgfältigen Umgangs mit ihren Steuergeldern als zu den Finanzämtern. In krassem Gegensatz dazu steht die Prüfung bei Verlustvor- und -rückträgen. Bei sieben geprüften Finanzämtern waren 67 % der Prüffälle fehlerhaft. 14,6 Millionen DM Verluste wurden falsch festgestellt. Ein EDV-Programm ist maßgeblich die Fehlerquelle dafür. Was der Staatskasse dadurch verloren gegangen ist, wird nicht benannt. Man stelle sich einmal vor, eine solche Fehleinschätzung in Millionenhöhe wäre bei der Berechnung der Sozialhilfe entstanden. Meine Damen und Herren, da würde der Sozialstaat in Flammen stehen. Bei der Steuerverwaltung erregt so etwas offensichtlich wenig Aufsehen. Der Finanzminister muss solche Fehlerquellen abstellen und die Finanzämter hinsichtlich solcher gravierender Fehler immer wieder prüfen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Beim zweiten Prüfbericht, der in der Finanzverwaltung anfällt, steht die Steuerfahndung im Mittelpunkt. Hier ist der politische Handlungsbedarf schon lange angezeigt. Im Übrigen, Frau Fauser, sprechen wir hier nicht von Betriebsprüfern, sondern von Steuerfahndern. Das sind zwei völlig verschiedene Einrichtungen. Die Notwendigkeit der Steuerfahndung kann doch von niemandem in diesem Hause in irgendeiner Weise angezweifelt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

(Marianne Erdrich-Sommer)

Die Opposition hat zum Thema Steuerfahndung schon viele Haushaltsanträge gestellt, und oft wurde erörtert, wie groß die Zahl der Beamten in diesem Aufgabenfeld sein muss. Die Vorschläge wurden von den Regierungsfraktionen in schöner Regelmäßigkeit heruntergebügelt.

Nun zeigt der Bericht des Rechnungshofs eindeutig, welche Einnahmeverbesserungen durch mehr Personal in diesem Bereich erreicht werden könnten. Meine Damen und Herren, wer Steuergerechtigkeit will und wer Schäden für die Volkswirtschaft vermeiden will, muss dafür sein, dass die Zahl der Steuerfahnder erhöht wird. Denn nicht nur die Steuergesetzgebung, sondern auch der Steuervollzug bringt die Sicherheit von Einnahmen im Landeshaushalt.

Herr Finanzminister, für den kommenden Nachtrag erwartet meine Fraktion eine Vorlage Ihrerseits, wonach die notwendige Zahl von Fahndern bereitgestellt, das heißt 310 Planstellen rasch geschaffen werden. Vorschläge, wie man diese Planstellen schafft, stehen im Rechnungshofbericht. Jetzt können Sie nachweisen, wie ernst es Ihnen mit der Einnahmesicherung und der Steuergerechtigkeit in diesem Lande ist.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Dem Rechnungshof kommt in diesem Jahr und in den kommenden Jahren eine besondere Bedeutung zu. Mit der Veränderung der Landeshaushaltsordnung werden auch die Aufgaben des Rechnungshofs bezüglich der Beratung des Parlamentes verändert. Die Beurteilung und Bewertung neuer Finanzierungsmodelle und Bewirtschaftungsmethoden durch den Rechnungshof ist für die parlamentarische Arbeit in nächster Zeit besonders wichtig.

Der Beitrag des Rechnungshofs über das Outsourcing der Bürokommunikation im Rechnungshof selbst ist dafür ein gutes Beispiel. Quasi im Selbstversuch hat der Rechnungshof ein zeitgemäßes EDV-System eingerichtet. Mit der Ausschreibung wurde geprüft, ob geleaste oder eigene Geräte, eigenes Personal oder private Anbieter wirtschaftlicher sind. Auch die konkrete Ausschreibung ist beispielhaft für andere Verwaltungseinheiten. Dieser Beitrag ist für die Entscheidungen der Verwaltung sehr hilfreich und zeigt, welche Beratungsaufgaben der Rechnungshof künftig haben wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Rechnungshofdirektor Professor Kiefer für seine Ausführungen über die Leasingfinanzierung danken. Die Frage der Wirtschaftlichkeit von Leasingfinanzierungen wird allenthalben diskutiert. Professor Kiefer hat mit seinen Ausführungen gute Grundlagen und qualifizierte Wertungen für die parlamentarischen Beratungen geschaffen. Dies wird unserer Diskussion gut tun.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass infolge der Finanzlage des Landes in Zukunft der Druck auf die Landesregierung erhöht wird, Empfehlungen des Rechnungshofs schneller umzusetzen. Ich erinnere an die Dauerbrenner Parkraumbewirtschaftung und Reform des Notariatswesens. Sie stehen seit langem aufgrund von Rechnungshofberichten auf dem Programm.

(Abg. Moser SPD: Das Notariatswesen wird nie reformiert! Das Stuttgarter Amtsnotariat wird den Weltuntergang erleben!)

Manchmal wird man aber den Eindruck nicht los, dass die Verwaltung mit den Anregungen des Rechnungshofs nach wie vor nach dem Muster verfährt: Kenntnissnahme und dann in die Ablage. Ich hoffe, das wird sich noch ändern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Landtagsfraktion würdigt ausdrücklich die Verdienste des Rechnungshofs in Bezug auf einen sparsamen und effizienten Umgang mit öffentlichen Mitteln. Neben der jährlichen Denkschrift sind besonders hilfreich die beratenden Äußerungen, wodurch schon manche D-Mark eingespart werden konnte. Darüber hinaus steht uns der Rechnungshof auch Rede und Antwort und den Fraktionen des Landtags jederzeit mit seinem Rat zur Verfügung.

Daraus sollte dann aber auch, meine Damen und Herren, eine Verpflichtung werden, sich ernsthaft mit den Empfehlungen des Rechnungshofs auseinander zu setzen, wie dies Frau Kollegin Erdrich-Sommer und auch Frau Kollegin Lazarus schon getan haben, um diese Erkenntnisse möglichst rasch in praktische Politik umzusetzen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ist das nicht ein bisschen kleinkariert? – Abg. Moser SPD: Und ich nicht? Habe ich mich nicht damit auseinander gesetzt?)

– Entschuldigung, Herr Moser. Ich will bei Ihnen nicht in Schuld kommen, Ihre Ausführungen nicht zu berücksichtigen. Ich werde mich mit Ihnen noch länger befassen. Das sage ich Ihnen jetzt bereits im Voraus.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ist das nicht ein bisschen kleinkariert?)

Manchmal lässt sich der Landtag, was schon erwähnt worden ist, sehr viel Zeit, zum Beispiel mit der Umsetzung der beratenden Äußerung zur Organisation und zu den Kosten der Lebensmittelüberwachung. Die stammt nämlich vom Oktober 1992. Eine volle Legislaturperiode war da viel Lärm um nichts. Jetzt aber sind die Konsequenzen längst gezogen.

(Abg. Moser SPD: Von wem ist das? Wer ist der Autor von „Viel Lärm um nichts“?)

– Much ado about nothing – wir können das auch auf Englisch sagen, wenn Sie das wollen.

(Abg. Moser SPD: Von wem ist das?)

– Shakespeare.

Ich weiß, dass Sie Oberstudienrat sind, Herr Moser. Umso seltsamer finde ich dann immer Ihre finanzpolitischen Ausführungen hier.

(Lachen bei der CDU)

(Kleinmann)

Wesentlich schneller geht es aber – –

(Abg. Brechtken SPD: Aber Pfarrer! – Abg. Moser SPD: Wenn der Pfarrer zum Haushalt schwätzt! Pfarrer und Studienräte verstehen etwas von Geld! – Unruhe)

– Schüler von Professor Pohmer und Kloten verstehen etwas von Geld. Kloten ist einer der größten Fachleute auf diesem Gebiet, mein lieber Brechtken.

(Abg. Moser SPD: Kloten! – Abg. Weimer SPD: Kloten, nicht Knoten!)

– Ja, im Gegensatz zu Ihnen bin ich bei Kloten in die Schule gegangen.

Wesentlich schneller geht es aber zum Beispiel beim Thema „Förderung der Studentenwerke durch staatliche Zuwendungen“, das vom Februar 1997 stammt. Der Entwurf des neuen Studentenwerkesgesetzes befindet sich in der Anhörung, in wenigen Wochen wird er im Landtag beraten und beschlossen werden können.

Hervorzuheben ist auch das Mitwirken des Rechnungshofs, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit sparsamer Haushaltsführung zu wecken und wach zu halten. Darüber sind wir uns ja alle einig, Herr Moser, Sie sicherlich auch.

(Abg. Moser SPD: Ja, ja! Wissen Sie, was ein Stellplatz im Himmel kostet?)

– Was soll im Himmel sein, Herr Moser?

(Abg. Moser SPD: Die Frau Kollegin hat über Stellplatzbewirtschaftung gesprochen! Ich wollte wissen, ob Sie wissen, was ein Stellplatz im Himmel kostet!)

– Mindestens zehn Ave Maria, für Sie noch zehn Kniebeugen.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Das war eine klassisch katholische Antwort!)

So resultiert der Überschuss des Haushaltsjahres 1998 zunächst einmal aus einer sehr positiven Entwicklung der Steuereinnahmen – netto 859 Millionen DM mehr –, er resultiert aber auch daraus, dass der Versuchung widerstanden werden konnte, auf wachsende Steuereinnahmen mit neuen Ausgabeprogrammen zu reagieren. Nur dadurch, dass die Steuermehreinnahmen ausschließlich zur Abdeckung zwangsläufiger Mehrausgaben und Mindereinnahmen verwendet worden sind, kam es im Jahr 1998 zu einem Überschuss von über 200 Millionen DM. Das ist eine eindeutig positive Entwicklung, nachdem 1996 noch ein Fehlbetrag von 660 Millionen DM und 1997 ein Fehlbetrag von knapp über 300 Millionen DM zu verzeichnen war.

Aus der Themenpalette der Denkschrift 1998 seien drei Themenbereiche herausgegriffen:

Erstens die Aufwendungen des Landes für Privatschulen. Das Privatschulwesen ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Faktor der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg. Dazu stehen wir. Die Aufwendungen des Landes belaufen sich auf deutlich über 500 Millionen DM pro Jahr – ein Betrag, den wohl niemand hier infrage stellen will.

(Abg. Moser SPD: Steht auch im Rechnungshofbericht!)

Dennoch sei auf zwei Problembereiche hingewiesen: Die unterschiedliche Belastung der Privatschulträger mit Versorgungslasten, je nachdem, inwieweit aus dem Staatsdienst beurlaubte Lehrer zur Verfügung standen, deren Versorgung allein das Land trägt; außerdem der Förderbetrag für Waldorfschüler der Klassen 5 bis 12, der nur wenig unter dem für Gymnasien, aber deutlich über dem für Haupt- und Realschulen liegt. Auch diese beiden Punkte sprechen dafür, ein Standardkostenmodell zu entwickeln, das einen verbesserten Vergleich der Kosten für öffentliche Schulen als Maßstab für die Zuschussung privater Schulen zulässt. Die Beschlussempfehlung ist zurückhaltend, ja sehr zurückhaltend formuliert. Ich hoffe dennoch sehr, dass das zuständige Ministerium, in diesem Fall das Kultusministerium, sie dennoch als konkreten Auftrag versteht.

Nächster Punkt: Betätigungsprüfungen im Eisenbahnbereich; darauf sind Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch schon eingegangen. Der Rechnungshof hat ein Landesinteresse an der Aufrechterhaltung der Beteiligungen des Landes an der Südwestdeutschen Verkehrs AG und an der Hohenzollerischen Landes AG verneint. Ich will die Debatte über den richtigen Zeitpunkt einer Privatisierung dieser Landesbeteiligungen hier nicht fortführen. Aber es steht fest, dass wir im Bereich der Verkehrsleistungen

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

– Herr Kollege Haas, es ist okay – mehr Markt und mehr Wettbewerb brauchen und nicht weniger. Für mehr Markt und mehr Wettbewerb brauchen wir starke Unternehmen, die den Wettbewerb mit der Bahn AG überall im Land bestehen können. Vor diesem Hintergrund warten wir gespannt darauf, was uns die Landesregierung zur Jahresmitte zur Entwicklung der Beteiligungen im Eisenbahnbereich berichten wird.

Der letzte Punkt: Angestellte mit Aufgaben von wissenschaftlichen Mitarbeitern. Der Rechnungshof, Herr Frank, hat festgestellt, dass die Personalentwicklung im Bereich wissenschaftlicher Mitarbeiter an Fachhochschulen nicht mit dem Fachhochschulgesetz im Einklang steht. Die Fachhochschulen beschäftigen etwa 80 Angestellte in den Vergütungsgruppen BAT II a bis I b und zahlreiche technische Angestellte in den Vergütungsgruppen BAT IV a bis II a, was aber mit der im Fachhochschulgesetz festgelegten Personalstruktur nur schwer zu vereinbaren ist. Ich kritisiere die Entwicklung ausdrücklich nicht, die zu dieser Veränderung der Personalstruktur geführt hat, aber es sollte doch ernsthaft geprüft werden, ob eine Änderung des Fachhochschulgesetzes nicht die richtige Konsequenz wäre.

Dies waren in aller Kürze drei Themenbereiche und Beispiele aus der Denkschrift 1998.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch darauf hinweisen, nachdem Herr Moser auf das Problem der Steuerfahndung eingegangen ist: Sie hätten dann doch vielleicht auch vorlesen können, dass auf Seite 26 des von Ihnen zitierten Berichtes steht

(Abg. Moser SPD: Seite?)

(Kleinmann)

– Seite 26, erster Absatz, sechste Zeile –,

(Abg. Moser SPD: Zeile? Vers?)

die Steuerfahndung sei trotz Erhöhung der Zahl der tatsächlichen Fahnder von 126 im Jahr 1990 auf 200 im Jahr 1997 allerdings immer noch mit ihren Aufgaben überlastet.

(Abg. Moser SPD: Habe ich vorgelesen! „Unzureichend in der Lage“, das habe ich vorgelesen!)

– Ja, aber immerhin haben wir eine Erhöhung von 126 auf 200.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Aber 310 bräuchten wir!)

Und unten steht: In der Zwischenzeit ist die Steuerfahndung auf 228 Fahnder aufgestockt worden. Und dann heißt es: „In den Jahren 1999 bis 2002 sollten jährlich 20 weitere Stellen folgen“, das heißt noch einmal plus 80. Dann sind wir bei 308, Frau Erdrich-Sommer. Und Sie fordern dreihundert und wie viel?

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: 310! Der Rechnungshof sagt 310!)

– Ja, gut, 310. Wegen der zwei streiten wir uns bei der ganzen Geschichte nicht lange herum.

(Abg. Brechtken SPD: Dann machen wir es halt einfach! Dann brauchen wir uns nicht zu streiten!)

Ich möchte dem Eindruck entgegenwirken, die Regierung hätte in dieser Sache nichts getan und würde sie schleifen lassen, obwohl genau das Gegenteil hier drin steht. Immerhin gibt es im Zeitraum von 1990 bis 1999 mehr als eine Verdoppelung. Da kann man sich nicht hinstellen, Herr Moser, und sagen, man tue in dieser Sache nichts und schröpfe ohnehin nur die Kleinen.

(Abg. Moser SPD: Beschimpfen Sie doch nicht den Rechnungshof! Ich habe nur den Rechnungshof zitiert!)

– Ich beschimpfe nicht den Rechnungshof. Ich beschimpfe die falschen Ausführungen.

Zum Schluss ein Lob dem Rechnungshof dafür, dass er bereit ist, immer wieder selbst eine Vorreiterfunktion einzunehmen, so auch beim Outsourcing der Bürokommunikation beim Rechnungshof selbst. Schließlich heißt es ja auch schon in der Bibel: „An den Taten sollt ihr sie erkennen“. Wir haben Sie daran gemessen.

Ihnen, Herr Präsident Frank, den Direktoren und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich als Berichterstatter, persönlich und im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion recht herzlich für Ihre Arbeit. Machen Sie weiter so! Wir werden Sie unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf ein paar Aussagen eingehen.

Staatsschulden, die Herr Kollege Moser angesprochen hat: Diese zu begrenzen hätten Sie gestern die Chance gehabt, Herr Kollege Moser.

(Abg. Moser SPD: Ich habe Ihnen doch gesagt, dass Sie nichts davon verstehen!)

Diese haben Sie nicht wahrgenommen. Und heute beklagen Sie schon wieder Ihr gestriges Versäumnis. Das ist auch nicht ganz richtig.

Dann war von der Frau Kollegin und auch von Herrn Moser

(Abg. Moser SPD: Welche Kollegin?)

– von Frau Kollegin Erdrich-Sommer – der Ruf nach mehr Steuerfahndern und Prüfern da. Wissen Sie, ich finde das alles richtig. Ich finde Steuergerechtigkeit richtig. Aber wenn ich Prüfer nur noch herauschicke, um für Bremen, das Saarland und andere Bundesländer das Geld zu sammeln, muss ich mich eigentlich einmal nach dem Sinn fragen. Nationale Solidarität ist gut, aber ich hätte gerne auch eine Beteiligung am Aufkommen. Also hinter dem System sollte schon ein Prinzip stehen. Wenn wir die Zahlen, die vorhin schon angesprochen wurden, haben, müssen wir einmal einen Vergleich anstellen: Was tun denn die Nehmerländer, um Steuereinnahmen zu erhalten? Was macht man dort, wo unser Geld hinfließt? Diesem Niveau sollte man sich anpassen und nicht einseitig Lasten nach Baden-Württemberg verschieben und nachher, wenn überall sehr pünktlich und überpünktlich geprüft wird, sagen: Wir stellen den Standort infrage, weil wir zu streng mit den Betrieben umgehen. Das ist nämlich dann der nächste Ruf, der von Ihrer Seite kommt.

(Beifall bei den Republikanern)

Trotzdem: Meine Damen und Herren, mit Sicherheit löst die jährlich erscheinende Denkschrift des Rechnungshofs bei der Landesregierung nicht unbedingt Jubelstürme aus. Diese Denkschrift des Rechnungshofs führt uns immer wieder vor Augen, wo Schwachpunkte bei der Landesverwaltung sind und wo Gelder über den Bedarf hinaus ausgegeben werden. Häufig sind es die so genannten kleinen Dinge, die in der Addition aber zu großen Einsparungen führen können, wenn die Landesregierung schnell und unbürokratisch die Vorschläge des Landesrechnungshofs aufgreift.

Wir bemängeln deshalb auch immer und immer wieder, dass die Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofs in vielen Fällen viel zu lange dauert. So ist der Aufschrei allseits immer sehr groß, wenn der Landesrechnungshof wieder einmal festgestellt hat, dass in einem gewissen Bereich, den man lieb gewonnen hat, Gelder eingespart werden können. Auf vorzeigbare Lösungen müssen wir aber auch dort in der Regel viel zu lange warten.

Äußerst dankbar sind wir Republikaner dem Landesrechnungshof für seinen Prüfbericht über die Landeszentrale für politische Bildung.

(Abg. Deuschle REP: Sehr dankbar!)

Veranschaulicht man sich den rasanten Stellenanstieg zwischen 1986 und 1998 von 33,5 auf 63 Stellen, stellt man wieder einmal fest, dass der Spargedanke in den Köpfen der Verantwortlichen der Landeszentrale nicht immer sehr stark

(Rapp)

verankert ist. Der Etat dieser Landeszentrale ist zwischen 1986 und 1997 von 4,9 auf 9,5 Millionen DM gestiegen, und die Personalausgaben sind von 2,1 auf 5,4 Millionen DM angewachsen.

Der Denkschrift 1998 entnehmen wir auch, dass für den „Tag der Begegnung“ im Jahr 1996 ein Kostenaufwand von 900 000 DM entstanden ist und pro Besucher dieser Veranstaltung rund 825 DM Landesgeld notwendig waren.

Des Weiteren entnehmen wir der Denkschrift des Rechnungshofs, dass für eine Veranstaltung 887 T-Shirts zum Gesamtpreis von 39 000 DM gekauft wurden, das Stück also für rund 44 DM, und das natürlich auf Kosten des Steuerzahlers.

Dem Kommentar des Rechnungshofs, dass angesichts der von der Landeszentrale für politische Bildung beklagten Personal- und Sachmittelknappheit der Aufwand sehr hoch erscheint, können wir Republikaner uns jedoch nicht anschließen. Wir Republikaner sind der Meinung, dass eine solche Geldverschwendung eine Unverschämtheit gegenüber dem Steuerzahler ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich verrate Ihnen deshalb, meine Damen und Herren, mit Sicherheit kein Geheimnis, wenn ich darauf hinweise, dass wir Republikaner seit Jahren auf die Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung drängen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ein Weitermachen auf diesem finanziellem Niveau ist gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern nicht zu verantworten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das spricht Bände!)

Dabei bleiben wir.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, unsere Bürger brauchen nicht mehr T-Shirts, sie brauchen nicht mehr Veranstaltungen, die mit über 800 DM pro Besucher bezuschusst werden, sondern sie brauchen soziale Sicherheit und Sicherheit draußen. Deshalb könnte man doch in der Konsequenz diese knapp 10 Millionen DM aufteilen: 5 Millionen DM ins Sozialministerium und 5 Millionen DM ins Innenministerium, und zwar zur Polizei, um den Bürgern mehr Sicherheit und auch mehr soziale Sicherheit zu geben. Sie werden dann auf der anderen Seite überhaupt nichts vermissen, weil man das, worauf verzichtet wird, früher auch nicht gehabt hat.

(Beifall bei den Republikanern)

Das wäre für mich eine sinnvolle Änderung.

Die Vorkommnisse bei der SWEG haben uns allen gezeigt, wie wichtig es ist, dass der Rechnungshof immer und immer wieder bohrt. Vor allem bei privatrechtlich geführten Betrieben, wo also der Einblick des Landtags nicht sehr groß ist, sind die Nadelstiche und die Prüfungen des Rechnungshofs von außerordentlicher Bedeutung. Auch dort hat man im Nachhinein Verschwendungen festgestellt, die letzten Endes ohnegleichen sind. Darüber hat der Landtag schon mehrfach diskutiert.

Wir halten es in der Konsequenz für sinnvoll, jetzt nicht zu sagen, das sei früher gewesen, wir machten es künftig besser, sondern sich den Vorschlägen des Landesrechnungshofs anzuschließen, über Privatisierungsmodelle nachzudenken, sinnvolle Lösungen zu suchen. So sollte die Frage geprüft werden: Was machen wir mit der SWEG? Machen wir weiter wie bisher, oder suchen wir regionale Teillösungen, damit wir aus diesem Dilemma herauskommen, in dem wir jetzt praktisch sind? Hierüber sollte man in Ruhe nachdenken und dort die positive Lösung suchen, wo sie sich anbietet. Wir sollten nicht länger zuwarten; die Gesamtlösung wird es in der Form aus meiner Sicht nicht geben.

Alles in allem möchte ich mich namens meiner Fraktion beim Landesrechnungshof insgesamt und bei den Verantwortlichen des Landesrechnungshofs recht herzlich bedanken.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da freut er sich! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Vielleicht freut er sich wie bei Ihnen!)

Ich möchte Ihnen Mut und Durchhaltevermögen für die nächsten Denkschriften wünschen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Staatssekretär Rückert.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat mit seiner Denkschrift 1998 zum Haushalts- und Finanzgebaren des Landes im Haushaltsjahr 1996 erneut aufgezeigt, dass es manche Verbesserungen und notwendige Änderungen gibt, die wir anzugehen haben. Diese wurden in einer detaillierten Beratung im Finanzausschuss Punkt für Punkt angegangen, und wir führen sie nun auch einer Lösung zu.

Der Rechnungshof ist als Kontrollorgan – das wollen wir auch ganz deutlich sagen – ein unentbehrlicher Helfer und als Ratgeber wichtiger Partner der Landesregierung. Wenn es darum geht, die Einnahmen des Staates zu sichern und die Haushaltsmittel wirtschaftlich und effektiv einzusetzen, sind der Rechnungshof und das Finanzministerium Verbündete und Partner, die am gleichen Ende eines Stranges ziehen. Besonders dankbar sind wir dem Rechnungshof für die Unterstützung des Konsolidierungskurses der Landesregierung zur notwendigen Begrenzung der Verschuldung. Wir sind fest davon überzeugt, dass nach wie vor der Konsolidierung des Landeshaushalts oberste Priorität einzuräumen ist, um Gestaltungsfreiräume für unsere Politik zu gewinnen und um die Zukunft für unsere Bevölkerung, insbesondere für unsere Kinder, zu sichern.

Meine Damen und Herren, an dieser grundlegenden Einschätzung ändert auch der erfreuliche Abschluss für das Haushaltsjahr 1998 nichts, der sich nach dem jetzt vorliegenden Kassenergebnis zum 31. Dezember 1998 abzeichnet. Danach haben wir bei einem in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Kassenabschluss für das Jahr 1998 Kredite in Höhe von 1,67 Milliarden DM aufgenommen. Das heißt, die Nettokreditermächtigung des Staatshaushaltsplans für 1998 mit 2,33 Milliarden DM konnte um 660 Millionen DM unterschritten werden. Dieses Ergebnis verdanken wir der

(Staatssekretär Rückert)

sehr erfreulichen Entwicklung der Steuereinnahmen im vergangenen Jahr mit Steuermehreinnahmen von brutto 2 Milliarden DM und netto 859 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass wir von den Steuereinnahmen nun aber 750 Millionen DM an die anderen Länder abführen müssen und dass wir genau wissen, dass jetzt, im ersten Quartal 1999, noch eine kräftige Nachzahlung für das vierte Quartal 1998 von uns zu erbringen ist und im Jahr 1999 zu finanzieren ist, verdeutlicht sehr wohl, wie notwendig und berechtigt unsere Klage im Blick auf den Länderfinanzausgleich ist.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Wir müssen uns jetzt gerade – Stand 31. Dezember 1998 – wieder einmal vergegenwärtigen: Insgesamt haben sich 1998 Zahlungen für andere Länder von zum einen 3,1 Milliarden DM – beim Länderfinanzausgleich – und zum anderen von 2,35 Milliarden DM beim vorgeschalteten Umsatzsteuerausgleich und damit von insgesamt 5,45 Milliarden DM in unserem Haushalt niedergeschlagen. Das ist sage und schreibe eine Milliarde DM – 1 000 Millionen DM – mehr als im Jahr 1997.

Mit den uns verbleibenden Steuermehreinnahmen können die Haushaltsrisiken des Jahres 1998 – ich erwähne hier insbesondere die auf Bund-Länder-Ebene nicht konsensfähigen Einsparungen bei den Personalausgaben mit 470 Millionen DM –

(Zustimmung des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

und die Mindereinnahmen bei Justizgebühren, Wasserpfennig, Einschreibegebühren abgedeckt werden. Es bestehen durchaus Aussichten, dass nach Ermittlung der Ausgaberesultate, denen dann ja auch Kreditermächtigungen zur Finanzierung gegenüberstehen müssen, ein rechnermäßiger Überschuss in dreistelliger Millionenhöhe verbleibt.

Dank der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen und des außergewöhnlich niedrigen Zinsniveaus wird es uns auch gelingen, die Risiken im Nachtrag 1999, den wir in wenigen Wochen dem hohen Haus vorlegen werden, ohne Erhöhung der Nettokreditaufnahme auszugleichen.

Doch ich will nicht euphorisch werden. Die Bäume wachsen in der Finanzpolitik deswegen längst nicht in den Himmel. Wir können nicht damit rechnen, dass sich 1999 die Zuwächse bei den Steuereinnahmen in diesem Ausmaß wiederholen. 1998 lagen außer der guten konjunkturellen Entwicklung zugegebenermaßen auch verschiedene Sondereffekte vor. Für 1999 mehren sich die Zeichen – Sie wissen das auch –, dass die Konjunkturentwicklung wohl hinter der des Vorjahres zurückbleiben wird. Was gegenwärtig von Bonn an Verunsicherungen für die Wirtschaft ausgeht, ist keineswegs geeignet, dem entgegenzuwirken.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Tohuwabohu!)

Im Doppelhaushalt 2000/01 sind nach der mittelfristigen Finanzplanung bei der bevorstehenden Planaufstellung noch Deckungslücken von 1 Milliarde DM vorhanden. Dafür werden die rechnermäßigen Überschüsse aus dem Jahre 1998 dringend benötigt. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir beim Nachtrag 1999 diesen möglichen Überschuss von 1998 deswegen nicht antasten dürfen.

Meine Damen und Herren, bei alledem sind die Einnahmerisiken, die sich aus der Kindergelderhöhung, den Bonner Steuerplänen und nicht zuletzt aus dem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der steuerlichen Besserstellung der Familien ergeben, noch nicht berücksichtigt. Angesichts dieser Perspektiven gehen wir davon aus, dass die Haushaltskonsolidierung in den kommenden Jahren eher noch größer geschrieben werden muss als bisher. Bei dieser schwierigen Aufgabe ist die Regierung weiterhin auf die Unterstützung des Parlaments und des Rechnungshofs angewiesen. Ich setze auf diese Unterstützung und auf gute Zusammenarbeit.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, auch ich will von hier aus namens der Landesregierung dem Rechnungshof, Ihnen, Herr Präsident Frank, aber auch allen Direktoren und Mitarbeitern des Rechnungshofs, für die geleistete Arbeit und für die kritische, aber in dieser Kritik sehr wohl immer konstruktive Begleitung Dank sagen. Ich nehme dankbar zur Kenntnis, dass uns in der Denkschrift 1998 für das Haushaltsjahr 1996 weitestgehend ein gutes und solides Haushaltsgebaren bescheinigt wird.

Der Dank der Regierung gilt auch und besonders den Mitgliedern des Finanzausschusses, die uns das Jahr hindurch verantwortungsbewusst begleiten und diese Denkschrift auch intensiv beraten haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zunächst des Tagesordnungspunktes 10 a. Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/3620, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Nun zum Tagesordnungspunkt 10 b. Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/3602, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Abg. Haas CDU: Nein, Herr Kuhn hat nicht zugestimmt!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 10 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 21. September 1998 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1996 durch den Landtag – Drucksachen 12/3308, 12/3603

Berichterstatter: Abg. Brechtken

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, die in der Drucksache 12/3603 enthalten ist, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu den Mitteilungen der Landesregierung vom 30. November 1998 und 18. Januar 1999 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 12/3510, 12/3644, 12/3659

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart

Zusätzlich rufe ich hierzu auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3686, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3690, sowie den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/3694.

Das Präsidium hat für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Herr Abg. Oettinger, Sie haben das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen, meine sehr geehrten Kollegen! Es geht heute um eine nach der Verfassung gebotene, sachlich dargelegte Entscheidung, nämlich darum, wie die Interessen des Landes Baden-Württemberg bei Beteiligungen – bei Eigentum unserer Bürger –, bei Unternehmen, bei Wirtschaftsbetrieben vertreten werden. Lassen Sie es mich klar sagen: Wir sind der Überzeugung, dass das Land dort, wo es Eigentum hat, auch vertreten sein soll. Dafür sind Minister, Staatssekretäre, externe Dritte und Beamte die richtigen Fachleute. Deswegen verstehen wir die hier in den letzten Wochen entfachte Debatte nicht. Mir scheint, Kollege Kuhn, viel Popanz ist durch Sie in das Spiel gebracht worden.

Zwei Probleme wurden aufgeworfen. Zum einen handelt es sich um die Frage der Rückwirkung: Kann ein Regierungsmitglied ein Mandat annehmen, auch wenn der Landtag erst Wochen später über die Genehmigung befinden muss?

Die zweite Frage, die speziell aufgeworfen wurde, ist die, ob der Finanzminister seine Genehmigungsanträge zurückstellen sollte oder ob sie heute behandelt werden können und darüber entschieden werden kann.

Zu beiden Fragen gibt es seitens der CDU eine klare Antwort, die ich auch begründen will.

Zunächst zum Thema Rückwirkung. Ich glaube, dass man formaljuristisch lange streiten kann. Aber es geht um die Frage, ob der Minister für die Tätigkeit, die er übernehmen soll, das Vertrauen des Landtags genießt. Ich glaube, dass die Regierung die Anträge pflichtgemäß und zeitnah gestellt hat.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD – Abg. Brechtken SPD: Das ist ja witzig! Heute behandeln wir es!)

Ich glaube zweitens, dass es rechtlich und fachlich richtig ist, diese Genehmigungen für die Minister und Regierungsmitglieder, geltend ab dem Tag ihrer Berufung und damit auch für die wenigen Sitzungen von Gremien, die seitdem stattgefunden haben, heute zu erteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Rückwirkung wird von Verfassungsjuristen nicht ernsthaft bestritten. Sie ist möglich. Sie obliegt uns, sie ist unserer Mehrheit zugänglich.

Zweitens: Man kann doch nicht im Ernst wollen, dass beim Wechsel eines Regierungsmitglieds die Wahrnehmung der Interessen des Landes

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

durch den fachlich zuständigen Minister so lange ruhen muss, bis Ständiger Ausschuss und Landtag darüber befunden haben. Auf diese Idee käme die Wirtschaft garantiert nicht.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Wir glauben, dass der Finanzminister der berufene Fachmann für wichtige Beteiligungen ist. Er verfügt auch über den Sachverstand seiner für Beteiligungen zuständigen Abteilung. Deswegen muss dieser Minister nach einem Amtswechsel in der Amtsausführung so rasch wie möglich auch Aufgaben in Organen – Mandate – wahrnehmen. Deswegen sagen wir hier deutlich: Wir als CDU-Fraktion stimmen der Rückwirkung der Genehmigung der Mandatsausübung zu, und wir fordern Sie auf, es ebenso zu sehen.

Übrigens, bei den Sozialdemokraten ist die Gezeitenwende ja offensichtlich. Die Grünen sind wenigstens halbwegs konsequent – falsch, aber konsequent.

(Lachen bei der CDU)

Lieber Herr Brechtken, Ihr früherer Minister Dr. Spöri wurde 1992 ja auch in Ämter berufen und hat Mandate übernommen. Ich glaube, dass die Sozialdemokraten in der großen Koalition überhaupt nicht wissen wollten, wann die Aufgabe beginnt und wann der Landtag die Genehmigung zu erteilen hat.

(Abg. Brechtken SPD: Darüber hat es Diskussionen im Kabinett gegeben, Herr Kollege!)

Deswegen ist meine Bitte, dass Sie, Herr Birzele und der verehrte Kollege von der linken Bank, es heute nicht formaljuristisch anders sehen, als sie es vier Jahre gemeinsam mit uns gesehen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Ich habe kein Problem, weil ich keine Genehmigung des Landtags brauchte!)

Wir halten die Rückwirkung für machbar.

Wir halten die rasche Amtsübernahme für notwendig. Wir glauben, dass ein Minister, wenn er ins Amt kommt, auch die Aufsichtsratsfunktionen des Vorgängers übernehmen kann. Und wir halten den Zeitraum von Mitte November bis heute, gerade einmal neun Wochen, für eine ohne weiteres der Rückwirkung zugängliche Zeit.

Die zweite Frage ist die, ob über das Mandat des Kollegen Stratthaus im Augenblick entschieden werden kann. Lieber Kollege Kuhn, ich halte hier Ihr Vorgehen wiederum für nicht ganz seriös.

(Abg. Brechtken SPD: Was heißt „wieder“?)

(Oettinger)

Der Kollege Stratthaus ist seit vielen Jahren als Abgeordneter im Finanzausschuss über die Parteigrenzen hinweg als Fachmann für Haushalt, Finanzen und Beteiligungen anerkannt. Sie mögen es bestreiten. Sie sind drin; ich glaube, Sie tun es nicht.

(Abg. Brechtken SPD: Es geht um die Bankfrage! Die konnten wir im Finanzausschuss nie beurteilen!)

Weiter: Der Kollege Stratthaus ist, zunächst als Mitglied des Verwaltungsrats der Bezirkssparkasse Schwetzingen in der Zeit als Bürgermeister von Brühl – zuhören, das tut auch Ihnen gut – und nach der Wahl zum Bürgermeister und dann als Oberbürgermeister von Schwetzingen als Vorsitzender, in diesen Funktionen kraft Amtes gewesen.

Aber jetzt kommt der entscheidende Punkt. Es gehört zum operativen Geschäft,

(Lachen des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

festzulegen, wohin die Geschäftstätigkeit geht.

(Abg. Junginger SPD: Kreditausschuss!)

Ich bin davon überzeugt, dass der Kollege Stratthaus in seiner Funktion als Mitglied und als Vorsitzender des Verwaltungsrats keinerlei vorwerfbare Handlungen oder Unterlassungen begangen hat. Davon bin ich überzeugt. Ich weiß auch, dass derzeit die Staatsanwaltschaft diesen Sachverhalt prüft, und es ist richtig, dass die Staatsanwaltschaft gegenüber einem Vorstand Ermittlungen aufgenommen hat, aber gegen den Vorstand und gegenüber niemandem sonst.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt.

(Abg. Brechtken SPD: Schon wieder!)

Also bitte, lieber Herr Kuhn: In dubio pro reo. Die Unschuldsvermutung gilt doch wohl auch bei Ihnen. Sie haben doch keinen Beweis und keinen Grund, im Gegenteil, dem Kollegen Stratthaus vorzuwerfen, er habe sein Mandat im Verwaltungsrat der Bezirkssparkasse Schwetzingen nicht ordentlich und gewissenhaft ausgeübt.

(Abg. Nagel SPD: Kreditausschuss!)

Da dem so ist und wir davon ausgehen, dass der Kollege Stratthaus sein Mandat im Verwaltungsrat und daraus folgernd im Verwaltungsratskreditausschuss ordnungsgemäß und gewissenhaft wahrgenommen hat,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Der Kreditausschuss hat mit dem Verwaltungsrat nichts zu tun!)

haben wir auch überhaupt keinen Grund, sein Mandat heute hier nicht zu genehmigen.

Noch eines an die Kollegen der SPD aus der Kurpfalz: Wenn es in der Kurpfalz in einem Kreditausschuss und wenn es in der Kurpfalz in einem Verwaltungsrat überhaupt Probleme gibt, dann sage ich nur „Sparkasse Mannheim“ und rate Ihnen, Ihre Klappe zu halten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Junginger SPD: Da sitzen aber zwei seit einem Jahr in Haft, Herr Kollege! – Glocke des Präsidenten)

Ich will hier nicht vertiefen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

(Glocke des Präsidenten)

Herr Abg. Oettinger!

Abg. Oettinger CDU: Mir scheint, dass dieselben Mandatsträger – –

(Glocke des Präsidenten)

– Nein, ich gestatte nicht.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Oettinger, hören Sie mich bitte erst einmal an.

(Abg. Weimer SPD: Was ist das für ein Benehmen hier?)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, ich konnte Sie wegen Ihrer Bimmelrei kaum hören.

(Abg. Brechtken SPD: Aber der Kreditnehmer hat einen Namen, den Sie gut kennen!)

Ich rate Ihnen, meine Herren, mit Ihrer Beckmesserei nicht auf dem linken Auge blind zu sein. Nach Ihrer Messlatte, Kollege Kuhn, hätte man im Gemeinderat der Stadt Mannheim andere Beratungen führen müssen. Ich weiß nur, dass bei diesem Sachverhalt die Unschuldsvermutung gilt und dem Kollegen Stratthaus nichts vorgeworfen werden kann, weswegen die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen auch auf den Vorstand und damit auf die Ausübung des operativen Geschäfts beschränkt hat.

Wir stimmen den Anträgen zu. Wir glauben, dass die Beratung im Ständigen Ausschuss die richtige Entscheidungsgrundlage gelegt hat. Wir halten Ihr Vorgehen für durchsichtig und für nicht plausibel.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht in der Tat bei dieser Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, der sich nicht mit der Frage der Rückwirkung befasst hat – diesbezüglich, Herr Kollege Oettinger, haben Sie es wohl für richtig befunden, das noch nachzutragen, weil Ihnen die rechtliche Problematik möglicherweise inzwischen bewusst geworden ist –, darum, ob ex tunc oder ex nunc gilt. Da wird gesagt – das finde ich ganz toll –, es sei nach der Auffassung von Verfassungsrechtlern die gängige Staatspraxis. Auf die Frage, wen Sie da meinen und zitieren können, wird kein Einziger genannt.

(Junginger)

Es besteht überhaupt kein Zweifel, dass dies nach der Landesverfassung eindeutig eine Ex-nunc-Regelung ist, weil nämlich die Ausnahmegenehmigung zu erteilen ist, damit überhaupt das Verhalten gestattet ist.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist doch keine juristische Begründung! Das ist schwach!)

Dies bedeutet, dass nicht etwa nach zwei Jahren, Herr Kollege Bender, gesagt werden kann: „Dann machen wir das eben mal ex tunc“, sondern es ist – das haben wir schon zwei- oder dreimal und auch während der großen Koalition im Kabinett in aller Deutlichkeit gesagt – etwas, was nur deshalb zum Problem werden kann, weil die Regierung es nicht für nötig hält, zeitnah und sofort die entsprechenden Genehmigungen herbeizuführen,

(Abg. Oettinger CDU: Es ist zeitnah geschehen, Herr Kollege!)

sondern locker, Herr Kollege Oettinger, die Leute erst einmal in die Gremien schickt. Man sagt: Was wollt ihr denn machen, wenn die erst einmal drin sind? Wollt ihr sie im Nachhinein mit unwirksamen Beschlüssen konfrontieren? Das wäre die Rechtslage, wenn es so ist, wie wir es sehen, dass eine Ex-tunc-Regelung nicht möglich ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Die Regierung hat die Vorlage zurückgezogen!)

Wir sagen deshalb: Wenn Sie nicht endlich von dieser total falschen Rechtsauffassung herunterkommen, können wir natürlich keiner dieser Ausnahmegenehmigungen zustimmen, weil wir grundsätzlich der Auffassung sind, dass es nur ex nunc geht.

Wenn Sie Urteile nennen können, wenn Sie Verfassungsrechtler, die Gewicht haben, nennen können, dann fordere ich Sie auf: Heraus damit! Bisher gibt es kein einziges überzeugendes Argument für die von Ihnen in Anspruch genommene Ex-tunc-Regelung.

Der Hinweis, dass Spöri in einem bestimmten einzigen Fall in einer ausgegliederten Gesellschaft an Sitzungen teilgenommen hat, war wiederholt Thema im Kabinett. Ich möchte erfahren, wo Herr Birzele an Sitzungen teilgenommen und hinterher gesagt hat: Ich möchte das nachträglich abgesegnet bekommen.

(Abg. Oettinger CDU: Ich habe Birzele nicht genannt! Ich habe Spöri genannt! – Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Was ist denn „ex tunc“?)

Das hat es nicht gegeben. Deswegen haben wir schon im letzten Jahr den entsprechenden Antrag gestellt. Dieser ist damals abgelehnt worden. Heute und hier wird es wieder thematisiert, weil es schlicht und einfach eine Frage ist, die juristisch objektiv geklärt werden kann und muss. Das, was Sie zur Begründung Ihrer Auffassung vortragen, ist ohne jedes Gewicht. Sie können keinen einzigen kompetenten Verfassungsrechtler nennen, der Ihre Auffassung stützt.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt in diesem Fall noch zwei spezielle Dinge, und zwar ist das einerseits, dass auch eine Ausnahmegenehmigung für

einen Landesminister erbeten wird, der in seiner Oppositionszeit stets erklärt hat, nicht mehr als zwei dieser Funktionen wahrnehmen zu wollen und wahrnehmen zu können, weil es eine absolute Ausnahme sein sollte, derartige Aufgaben wahrzunehmen. Jetzt lesen wir alle, dass es fünf geworden sind. Das müssen wir bei dieser Gelegenheit einmal thematisieren. Es geht nicht, dass das, was mit Überzeugung als Grundsatz vorgebracht wird, dann nicht mehr gilt, wenn man in die Regierung eingerückt ist.

(Beifall bei der SPD)

Es handelt sich dabei um Herrn Döring.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist nicht unüblich beim Döring!)

Was Herrn Stratthaus anbetrifft, so wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir bereits am 7. Dezember in einer Kleinen Anfrage die Dinge thematisiert haben, bei denen es Klärungsbedarf gab. Wir haben Mitte Januar Antworten bekommen, in denen gesagt wird: Nichts ist klar; alles ist unklar; das muss noch weiter geprüft und weiter abgeklärt werden.

Es gibt einen entsprechenden Antrag der Grünen, der noch nicht einmal beantwortet ist, in dem auch die Frage aufgeworfen wurde: Wann sind denn die Millionenverluste eigentlich bekannt geworden? Wann sind sie dem Herrn Ministerpräsidenten bekannt geworden – vor der Ernennung oder erst sehr viel später?

Dazu darf ich sagen: Es gibt Informationen darüber, dass alle die Prüfungsergebnisse bereits vorlagen, als am 10. und 11. November die Entscheidungen getroffen worden sind. Es geht ja nicht etwa darum, dass jemand als Verwaltungsratsvorsitzender nichts vom operativen Geschäft mitbekommt, sondern es gibt ja auch noch den Kreditausschuss, der über die Kreditvergabe befindet.

Ich darf hier einmal einen Punkt aus dem Bereich der Kurpfalz anführen: Die Sparkasse Schwetzingen wäre absolut konkursreif gewesen,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

wenn nicht über eine Fusion noch die Möglichkeiten geschaffen worden wären, einerseits die Gewährträgergemeinden, andererseits die Stadt Heidelberg und drittens den Stützungsfonds des Sparkassenverbandes einzusetzen. Wenn wir einmal die richtigen Zahlen miteinander diskutieren, stellen wir fest, dass nicht etwa irgendwann einmal im operativen Geschäft einige Fehlkredite vergeben worden sind,

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

sondern da ist ganz eindeutig seit Jahr und Tag eine Geschäftspolitik betrieben worden, die sich als Risikopolitik darstellt. Dies bekommt man mit.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie an Zahlen interessiert sind, kann ich Ihnen diese Zahlen nennen, Herr Kollege Oettinger.

(Abg. Seimetz CDU: Können Sie auch etwas zu Mannheim sagen?)

(Junginger)

Wenn ein Aufsichtsorgan bei einem Haus, das ein Volumen von 1,8 Milliarden DM darstellt, so gefehlt hat – objektiv! –, dass ein Institut nicht mehr existenzfähig war,

(Abg. Oettinger CDU: Mannheim, Herr Kollege!)

dann frage ich: Wie kann man denn vor der endgültigen Klärung – – Auch zu diesem Thema bekommen Sie eine Antwort; zu Mannheim hören Sie etwas von mir.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Nagel?

Abg. Junginger SPD: Selbstverständlich, Herr Kollege Nagel.

(Unruhe bei der CDU)

Abg. Nagel SPD: Herr Kollege Junginger, stimmen Sie mir erstens zu,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

dass die Äußerung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Oettinger, gegenüber den Abgeordneten aus der Kurpfalz, sie sollten ihre Klappe halten, kein parlamentsgemäßer Ausdruck war, sondern eher dem Ton der Gosse entsprach?

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU – Abg. Birk CDU: Luft rauslassen!)

Abg. Junginger SPD: Herr Kollege Nagel, er kriegt es zurück.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

Abg. Nagel SPD: Ich frage Sie zweitens: Ist Ihnen bekannt, dass bei der Stadtparkasse Mannheim der Landtagsabgeordnete der CDU Bloemecke einer der Hauptschuldner war und mit einer zweistelligen Millionensumme mit zur Schiefelage der Stadtparkasse beigetragen hat?

(Oh-Rufe von der SPD – Demonstrativer Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Was? – Abg. Birk CDU: Wo sind wir eigentlich? – Abg. Seimetz CDU: Stimmen Sie mir zu, dass das eine Unverschämtheit war? – Glocke des Präsidenten – Abg. Seimetz CDU: Eine Unverschämtheit eines unverschämten Abgeordneten! – Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU – Anhaltende lebhaftes Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Einen Moment, Herr Abgeordneter. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte beruhigen Sie sich.

(Anhaltende Unruhe)

Einen Moment, meine Damen und Herren. Das Geschäft des Präsidenten würde wesentlich erleichtert, wenn Redner, aber auch Zwischenfragende den üblichen Sprachgebrauch wählen würden.

Bitte schön, Herr Abgeordneter, fahren Sie fort.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Was heißt denn „üblicher Sprachgebrauch“? Duden, oder was? – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Abg. Junginger SPD: Zur zweiten Frage: Ich nehme an, dass uns allen das bekannt ist, Herr Kollege Nagel. Ich gehe davon aus, dass diese Tatsachen allen Abgeordneten dieses Hauses bekannt sind. Insofern bedarf das nicht meiner Bestätigung.

Was die Frage des Umgangstons anbetrifft, so haben Sie heute Morgen gesagt: „Wir sind nicht in allen Punkten beleidigungsfähig; es kommt darauf an, von wem es kommt.“

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen fahre ich jetzt fort und sage: Wer bereits in einem kleinen Institut, das vereinigt ein Bilanzvolumen von 1,8 Milliarden DM darstellt, die Aufsichtspflicht mindestens so großzügig gehandhabt hat, dass das Institut konkursreif war – – Dann frage ich Sie: Mit welcher Begründung wollen wir ihm Verantwortung für ein Volumen von 200 Milliarden DM übertragen?

(Abg. Oettinger CDU: 400 Milliarden sind es!)

Wer dann meint, das müsse nicht geklärt werden, der riskiert, Herr Kollege Oettinger, dass hinterher Ergebnisse herauskommen, die nicht nur die Regierung und den Finanzminister beschädigen, sondern das ganze Land. Deswegen haben wir gebeten,

(Abg. Wieser CDU: Und der Oberbürgermeister von Mannheim?)

Sie sollten diese Beschädigung in Ihrem Interesse zurückziehen, bis die Angelegenheiten geklärt sind; denn es ist ganz eindeutig, Herr Kollege Wieser – –

(Glocke des Präsidenten)

– Das ist das letzte Wort.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Junginger SPD: Da gibt es noch die Zwischenfrage des Herrn Wieser, die ich gern noch beantworten würde.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Der große Unterschied ist, dass zwei Vorstandsmitglieder seit März wegen Urkundenfälschung und Betrugs in Untersuchungshaft sitzen. Wenn dies dann auch in Schwetzingen in Anspruch genommen würde, dass da mit gefälschten Unterlagen Entscheidungen herbeigeführt worden wären,

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

dann wäre das natürlich klar, und dann sollten Sie das auch sagen. Denn in Mannheim ist das ganz konkret nachgewiesen. Natürlich ist jeder Verwaltungsrat überfordert, wenn er mit gefälschten Unterlagen zu Entscheidungen gebracht wird. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten besteht aber von der Risikoseite her in Bezug auf das Bilanzvolumen und die Fehlbeträge überhaupt kein Unterschied zwischen Mannheim und Schwetzingen. Deswegen

(Junginger)

kann es heute auf keinen Fall eine Bestätigung für den Herrn Finanzminister geben, der so lange als unschuldig gilt, wie nichts geklärt ist. Aber wenn es geklärt ist, dann werden wir darüber reden, ob nicht Verantwortungen da sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Haasis CDU und Brechtken SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kuhn.

(Abg. Wieser CDU: Das wird nicht besser jetzt! –
Abg. Oettinger CDU: Es kann nicht mehr schlechter werden!)

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir halten es, Herr Oettinger, aus rechtlichen und übrigens auch aus politischen Gründen nicht für richtig, dass Sie die nach der Verfassung vorgeschriebene Genehmigung im Nachhinein suchen. Die Lage ist doch ganz einfach. In der Verfassung ist die Sondergenehmigung vorgeschrieben, weil Mitglieder der Landesregierung normalerweise nicht in Unternehmen tätig sein dürfen. Es gibt aber – da stimme ich Ihnen zu – Fälle, wo es sein muss oder wo es sinnvoll ist, dass auch von der politischen Seite her Aufsicht ausgeübt wird, weil es erhebliche Landesinteressen gibt. Aber das kann man einfach genehmigen lassen.

Die Situation, die Sie konstruiert haben, hat auch gar nicht bestanden. Wenn das Staatsministerium ein bisschen aufgepasst hätte, wäre eine Genehmigung ohne weiteres zeitnah möglich gewesen. Es gibt auch die Möglichkeit von Sonder Sitzungen des Ständigen Ausschusses. So unflexibel, wie Sie es dargestellt haben, ist dieser Landtag ja nicht.

Ich möchte zu einem zweiten Punkt sprechen, nämlich zu der Frage, die Herrn Stratthaus angeht. Herr Oettinger, wer Sie lange genug kennt, hat an Ihrer Tonlage gemerkt, dass Ihnen das doch irgendwie größere Probleme macht. Ich will das ganz nüchtern sagen.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Herr Oettinger, wir kennen uns ja lange genug. Manchmal ist auch bei Ihnen Dampf im Kessel, und der muss halt irgendwie heraus. Das machen Sie dann hier.

(Abg. Oettinger CDU: Sie Tonkünstler! – Abg. Wieser CDU: Sie sind doch ein Linguist! – Abg. Haas CDU: Sie sind doch kein Musiker!)

Ich beantrage für meine Fraktion, dass die für Herrn Stratthaus begehrte Genehmigung verschoben wird, und zwar einfach deswegen, weil wir es besser finden, dass die Genehmigung in diesem Haus erst dann erteilt wird, wenn die Vorgänge bei der Schwetzinger Bezirkssparkasse restlos aufgeklärt sind.

Das hat nichts mit dem Nichtbeachten der Unschuldsvermutung zu tun. Ich glaube sogar, Herr Oettinger, dass das im Interesse der Landesregierung und auch von Herrn Stratthaus liegen müsste, weil es selbstverständlich problematisch ist, wenn er als Finanzminister mit den Verantwortlichkeiten zu agieren hat und gleichzeitig ungeklärte Fragen hinsichtlich der Bezirkssparkasse Schwetzingen noch anhängig sind.

Das hat auch nichts mit der Frage zu tun, wie wir im Haus als Mitglieder des Finanzausschusses Herrn Stratthaus kennen und als Kollegen schätzen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut, dass Sie ihn schätzen!)

Es geht einfach um die Frage, wie der Landtag die Genehmigung erteilt und ob es nicht besser ist, wenn vorher eine Aufklärung erfolgt. Das sage ich ohne Leidenschaft und ganz nüchtern.

Herr Stratthaus war Verwaltungsratsvorsitzender der Bezirkssparkasse Schwetzingen, und – darüber haben Sie ein bisschen hinweggeredet – er war Vorsitzender des Kreditausschusses.

(Abg. Wieser CDU: Genau wie Herr Widder!)

Die Bezirkssparkasse Schwetzingen hat riskante Geschäfte getätigt, vor allem im Immobilienbereich. Bei den riskanten Krediten gab es, Herr Oettinger, einen großen Anteil aus der Finanzierung von Immobilienfonds und so genannten Erwerbemodellen.

Nach dem bisherigen Stand liegt die Größenordnung für Letztere bei mindestens 173 Millionen DM. Wenn ich ein in der Branche übliches Ausfallrisiko von 40 % ansetze, komme ich auf 69 Millionen DM allein aus diesem Bereich.

Dazu kommen – ich sage das einmal, damit Sie die Dimension vor Augen haben –

(Abg. Oettinger CDU: Das ist doch bekannt!)

Einzelwertberichtigungen von 80 Millionen DM im Geschäftsjahr 1998. Das ist die Größenordnung, um die es geht. Das heißt – Sie alle sollen wissen, was das heißt –, dass die anderen Sparkassen im gleichen Sparkassenverband ebenso wie der neue Fusionspartner für die in den Sand gesetzten Kredite mit aufkommen müssen und dies auch tun werden.

Jetzt kommen wir zu dem springenden Punkt, Herr Oettinger, und um ihn haben Sie sehr nebulös herumgeredet. Ich glaube nämlich, dass er als Vorsitzender des Kreditausschusses und als Verwaltungsratsvorsitzender der Bezirkssparkasse von den Risiken gewusst haben muss. Denn der Kreditausschussvorsitzende muss nach Maßgabe der jeweiligen Geschäftsanweisung – jetzt kommt ein wichtiger Punkt –, die bei unseren Sparkassen der Verwaltungsrat und nicht der Vorstand erlässt, von entscheidenden Krediten im Immobilienbereich gewusst haben.

Dazu kommt, Herr Oettinger, dass Herr Stratthaus als Verwaltungsratsvorsitzender spätestens mit Beginn der Fusionsverhandlungen gewusst haben muss, in welchem Zustand sich die Sparkasse Schwetzingen befindet. Es ist doch völlig klar, dass ich bei Beginn von Fusionsverhandlungen sowohl die Seite, mit der ich fusionieren will, als auch den eigenen Laden in seinen Wertbeständen, in seinen Risiken genau analysieren muss. Sonst wären die Fusionsverhandlungen, die er geführt haben muss, doch wirklich völlig unverantwortlich gewesen.

Es gibt eine einzige Möglichkeit, aus der man überhaupt ableiten kann, dass Herr Stratthaus von den ganzen Vorgängen

(Kuhn)

nichts gewusst hat: nämlich die, dass der Vorstand in massiv betrügerischer Absicht systematisch über die Jahre hinweg den Verwaltungsrat, den Verwaltungsratsvorsitzenden, den Kreditausschuss und den Kreditausschussvorsitzenden falsch über den realen Zustand der gewährten Kredite informiert hat. Dies wäre ein Fall, der nach den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen herauskäme.

Ich meine schon: Wenn man das Sparkassengeschäft kennt, muss man einfach wissen, dass es sozusagen schon eines Verwaltungsratsvorsitzenden bedarf, der sehr systematisch wegschaut, die einzelnen Kredite nicht anschaut – das Gleiche gilt für den Kreditausschuss –, wenn er davon nichts mitbekommen haben soll.

Aus diesem Grund, Herr Oettinger, weil es dabei nicht um eine Kleinigkeit, sondern um viele Millionen geht und weil wir gleichzeitig jetzt die Aufsicht in landeseigenen Betrieben genehmigen sollen, muss man doch ohne jeden Eifer und ohne Vorverurteilung die Frage stellen: Wäre es nicht klüger, abzuwarten, bis geklärt ist, ob Herr Stratthaus negativ involviert ist? Wenn er es nicht ist – was ich für ihn hoffe, aufgrund der Unterlagen aber nicht sagen kann –, wird der Landtag in einiger Zeit diese Bestätigung nachholen. Wenn er aber involviert ist, müssen Sie sich alle – insbesondere Sie von der Koalition, aber auch wir von der Opposition – doch die Frage stellen, ob es richtig ist, Herrn Stratthaus diese Aufsicht zu übertragen. So einfach liegen die Dinge.

Herr Oettinger, ich glaube, dass Sie mit der Methode „Machen wir mal die Augen zu, das machen wir mal mit Mehrheit; er hat ja einmal aufgepasst, und jetzt passt er auf etwas anderes wieder auf“ dem Land und seinen Finanzen möglicherweise einen schlechten Dienst tun. Überlegen Sie sich also noch einmal in Ruhe, ob Sie das nicht doch verschieben können. Unser Antrag dazu liegt auf dem Tisch. Die Seriosität von Herrn Oettinger würde unter einem solchen Beschluss wahrscheinlich nicht leiden.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dieses Thema „Genehmigung der Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen“ haben wir rechtlich ausführlich bereits im Plenum am 5. Februar 1997 erörtert. Damals wurden die gleichen Meinungen vorgetragen: von der einen Seite: „kann nicht rückwirkend genehmigt werden“, von der anderen Seite: „man kann rückwirkend genehmigen“.

(Unruhe)

Damals wurden Kommentarstellen zitiert. An der rechtlichen Lage hat sich aber bis heute nichts geändert. Die SPD hat überhaupt keinen Gerichtsentscheid beantragt, kein Verfahren eingeleitet, wonach diese Handhabung des Landtags von Baden-Württemberg falsch sei.

(Anhaltende Unruhe)

Diese Handhabung wird seit 20 Jahren praktiziert. Ich meine, man sollte von der Rechtsmeinung ausgehen, dass eine Genehmigung auch rückwirkend gelten kann. Man lernt eigentlich schon im ersten Semester eines Jurastudiums, dass Genehmigungen auch rückwirkend erteilt werden können. Wenn Sie eine andere Meinung haben, dann, bitte, fordern Sie einen Gerichtsentscheid. Das steht Ihnen offen. Wenn das Gericht anders entscheidet, werden wir uns diesem selbstverständlich unterwerfen.

(Abg. Junginger SPD: Dann sind die Dinge alle unwirksam! Verfassungsverstoß!)

Es geht hier ausschließlich um eine Rechtsfrage. Die ist eigentlich – und das sollten Sie auch wissen – nicht abstimmungsfähig. Recht ist Recht. Das hat nichts mit Mehrheiten oder Minderheiten zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wir haben das, wie gesagt, seit 20 Jahren praktiziert. Nachdem es zeitnah ist, können wir auch die Genehmigungen rückwirkend erteilen. Die Tätigkeit der Betroffenen in den Gremien ist auch rechtswirksam ausgeübt worden.

(Anhaltende Unruhe)

Die Rechtsfrage würde sich erst dann stellen, wenn wir eine Genehmigung nicht erteilen würden. Dann könnte es problematisch werden. Aber wenn die Genehmigung erteilt wird – das werden wir im Anschluss an diese Debatte sehen –, ist das in Ordnung.

Die FDP/DVP-Fraktion wird der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zustimmen.

Die zweite Frage, die die Grünen hier als Problem aufzeigen, betrifft Finanzminister Stratthaus. Sie tragen hier – das haben Sie ja selbst erklärt, Herr Kuhn – nur Vermutungen vor. Sie haben selbst gesagt, es gebe die Möglichkeit, dass kein Fehlverhalten vorliege. Wir dürfen, solange kein Fehlverhalten nachgewiesen wird – und das gehört zum Rechtsstaat, das gehört auch zu einem guten parlamentarischen Gebrauch –, nicht von einem Fehlverhalten ausgehen. Das ist, meine ich, unsere Grundlage. Wir sollten hier auch seriös darüber reden und dies so einschätzen. Bis jetzt haben auch Sie selbst nur Vermutungen, dass ein Fehlverhalten vorliegen könnte, vorgetragen, aber keine Beweise genannt. Wir warten in aller Ruhe ab, ob die Staatsanwaltschaft überhaupt ein solches feststellt. Wenn ein solches festgestellt werden sollte, dann sehen wir weiter.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Können Sie einmal sagen, was dann ist? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Dann sieht man weiter!)

– Dann sieht man weiter. Erst dann werden wir bewerten, wie gravierend dieses Fehlverhalten überhaupt war. Aber wir werden doch heute noch nicht über potenzielles Fehlverhalten reden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das steht doch gar nicht zur Debatte!)

(Kiesswetter)

Ich hielte es für einen typischen Fall von Vorverurteilung,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

wenn wir heute hier anders entschieden und für das Parlament erklärten: Wir halten Herrn Stratthaus für mithaftbar oder für mitschuldig. Das werden wir nicht tun. Wir sind ein Gesetzgebungsorgan und halten uns auch an die Gesetze.

(Unruhe)

Deshalb werden wir von der FDP/DVP-Fraktion an der Unschuldsumutung festhalten und die Entscheidung abwarten bzw. abwarten, ob überhaupt Entscheidungen getroffen werden.

Wir werden deshalb dem Antrag der Grünen nicht zustimmen, sondern stimmen der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu. Wir haben Vertrauen in unseren Finanzminister.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kiesswetter, es ist richtig, dass wir hier im hohen Hause wiederholt über dieses Problem debattiert haben. Aber die Wiederholung scheint bei Ihnen dazu geführt zu haben, dass Sie Ihre eigenen Positionen aus früheren Zeiten im Laufe der Zeit offensichtlich vergessen haben. Ich will deswegen noch einmal kurz daran erinnern, welche Position die Fraktion der FDP/DVP hier im Plenum am 28. Juni 1993 vertreten hat. Ich erinnere mich noch, dass Sie hier einen Gesetzentwurf verteidigt haben, in dessen Begründung Sie hineingeschrieben hatten:

Wie der Rechnungshof ist die FDP/DVP-Fraktion der Ansicht, dass sich eine Anhäufung von Mandaten bei einer Person verbietet. Denn die regelmäßige Teilnahme der Mitglieder an den oftmals mehrstündigen Sitzungen der Überwachungsorgane ist unabdingbar für eine wirksame Kontrolle. Die Behandlung der Tagesordnungspunkte bedarf sorgfältiger Vorbereitungen. Zudem sind die Ergebnisse der Beratungen aufzuarbeiten und dem beteiligungsverwaltenden Finanzminister gegenüber zu erläutern.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Heute halten Sie sich nicht daran. Denn Sie wollen hier einem Antrag zustimmen, mit dem genau die Ämterhäufung festgeschrieben wird, die Sie früher aus guten Gründen, die wir ja auch geteilt haben, abgelehnt haben.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist keine Ämterhäufung!)

Dazu kann ich nur eines sagen: Heute so, morgen so, frei nach dem Motto „Was geht mich mein dummes Geschwätz von gestern an!“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kommt übrigens von Reinhold Maier!)

Meine Damen und Herren, ein Wort zu der Bestimmung, die in der Verfassung klar und deutlich steht. Die Bestimmung in Artikel 53 Abs. 2 legt ein eindeutiges Regel-Ausnahme-Verhältnis fest. Wir müssen eben auch heute wieder feststellen, dass wir mit dem Antrag, über den wir heute befinden sollen, dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis auf den Kopf stellen.

Wenn Sie sich einmal die Entwicklung über die Jahre hinweg ansehen, dann fällt ja nun wirklich auf, dass es 1984 erst 14 Anträge auf Ausnahmegenehmigung waren. Das ist dann sprunghaft angestiegen: 1992 waren es schon 32, 1994 waren es 35. Wir sind jetzt weiter dabei, dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis immer mehr auf den Kopf zu stellen. Deswegen habe ich an die Regierungsfractionen eigentlich nur die Empfehlung: Dann ändern Sie bitte die Verfassung. Wenn Sie sagen, dass die Regierungsmitglieder in den Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, aus guten Gründen im Interesse des Landes bestimmte Aufsichtsfunktionen wahrnehmen sollten, dann ändern Sie die Verfassung, und schaffen Sie Klarheit. Bei dieser Gelegenheit könnte man dann auch noch Klarheit schaffen, ob die Ausnahme ex nunc oder ex tunc gelten soll.

(Abg. Brechtken SPD: Dann schreiben wir: Die Genehmigung erfolgt am Ende der Legislaturperiode pauschal!)

Aber so, wie Sie es jetzt praktizieren, meine Damen und Herren, ist es in der Verfassung nicht geregelt, sondern Sie verstoßen hier eindeutig gegen einen Text, der eigentlich nicht mehr interpretationsfähig ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Nun lassen Sie mich noch etwas zu dem Thema Rückwirkung sagen. Es ist in der Tat die Frage, ob eine solche Rückwirkung ausgesprochen – oder sagen wir einmal: unterstellt – werden kann, wenn auch der Fall denkbar ist, dass der Landtag bei einer nachträglichen Abstimmung einem solchen Antrag die Zustimmung versagt. Welche Situation haben Sie denn dann? Welche Auswirkungen, Herr Kollege Kiesswetter, rein juristisch gesehen, hätte das denn auf die ganzen Beschlussfassungen? Ich muss vor diesem Hintergrund sagen: Logischerweise kann es in diesem Fall eben nicht um eine Ex-tunc-Wirkung gehen, sondern nur um eine Ex-nunc-Wirkung. Ich sehe natürlich auch die Problematik, dass bei einem Wechsel von Regierungsmitgliedern eine Lücke entstehen kann. Aber da muss ich wiederum umgekehrt sagen, dass eigentlich regelmäßig die Möglichkeit gegeben ist, innerhalb einer Frist, die keine Nachteile für diese Unternehmen entstehen lässt, hier im Landtag darüber zu befinden. Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht, dass wir eine Ex-nunc-Wirkung annehmen sollten.

Nun noch ein Wort zum Antrag der Grünen zum Fall Stratthaus. Es ist nicht die Aufgabe der Opposition, einen amtierenden Minister in Schutz zu nehmen. Ich will bei dieser Gelegenheit aber eines feststellen:

Wenn gegen den besagten Minister kein Ermittlungsverfahren läuft, wenn es nur Verdächtigungen gibt, die sich im

(Dr. Schlierer)

Wesentlichen gegen den Badischen Sparkassen- und Giroverband richten, wenn es so ist, dass dieses Institut, Herr Kuhn, wie jedes andere Bankinstitut jährlich geprüft wird, übrigens im Auftrag der Aufsichtsbehörde, und bei diesen Prüfungen keinerlei Beanstandungen festgestellt werden, und zwar von Prüfern, die sich tagelang, wochenlang intensiv in die Unterlagen vertiefen, dann können Sie doch nicht im Ernst sagen: Ich muss jetzt bei jemandem, der im Aufsichtsrat sitzt – und vielleicht auch im Kreditausschuss –, unterstellen, dass er irgendetwas Krummes gedreht hat, dass er irgendjemanden nicht aufgeklärt hat oder gar Dinge fahrlässig oder vielleicht sogar vorsätzlich hat treiben lassen. Ich kann nur eines sagen: So geht es nicht.

Ich weiß auch nicht, wie lange Sie diese Aufklärungsphase ausweiten lassen wollen. Ich kann nur eines sagen: Solche Verdächtigungen reichen nicht aus. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Im Übrigen bleiben wir im Gegensatz zur FDP/DVP konsequent bei unserer Haltung und werden auch den Antrag der Landesregierung ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

(Abg. Brechtken SPD: Ist das der Ex-nunc- oder der Ex-tunc-Palmer?)

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorgeschlagene Neubesetzung der Organe wirtschaftlicher Unternehmen ist aus landespolitischer Sicht erforderlich und entspricht den bisherigen Gepflogenheiten, die Vertretung der Landesregierung in den landesbeteiligten Unternehmen sicherzustellen. Es liegt auf der Hand, dass es ein öffentliches Interesse gibt,

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

ein besonderes öffentliches Interesse daran, dass Mitglieder der Landesregierung in den Gremien landespolitisch wichtiger Unternehmungen mitwirken.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist kein Problem!)

Dies galt selbstverständlich auch zu Zeiten früherer Landesregierungen unter Beteiligung der SPD.

(Abg. Brechtken SPD: Nicht strittig!)

Im Übrigen sehe ich überhaupt nicht, dass eine nennenswerte Ämterhäufung, eine Überforderung anzutreffen wäre. Alle Besetzungen sind sachgerecht. Allen Besetzungen kann daher auch zugestimmt werden.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei Themen sind in der Debatte angesprochen worden. Zunächst zur Rückwirkung.

Wie in früheren Landtagssitzungen wiederholt dargelegt, ist es seit Gründung des Landes Baden-Württemberg stets die

Auffassung der jeweiligen Landesregierung gewesen, dass Artikel 53 Abs. 2 der Landesverfassung einer Teilnahme von Regierungsmitgliedern an Sitzungen und Abstimmungen von Organen wirtschaftlicher Unternehmen vor Erteilung der Ausnahmegenehmigung durch den Landtag nicht entgegensteht. Es ist also keine Praxis, die sich in den vergangenen 20 Jahren irgendwie eingebürgert hat, sondern eine Praxis, Herr Junginger, die seit Beginn, seit Gründung des Landes Baden-Württemberg geübt wird.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Die Ausnahmegenehmigung des Landtags wirkt auf den Zeitpunkt des Amtsantritts als Regierungsmitglied zurück. Dies wurde stets damit begründet, dass die Ausnahmeregelung des Artikels 53 der Landesverfassung deshalb geschaffen wurde, um vor allem Regierungsmitglieder in die Aufsichtsräte von Unternehmen entsenden zu können, an denen das Land maßgeblich beteiligt ist und an denen deshalb auch ein erhebliches Landesinteresse besteht. Bei Vorliegen dieses erheblichen Landesinteresses ist es auch notwendig, die Besetzung der Organe in den jeweiligen Unternehmen lückenlos vorzunehmen. Eine andere Auslegung würde dazu führen, dass die Arbeit der Aufsichtsgremien für den oft einige Monate dauernden Zeitraum bis zur Landtagsentscheidung infrage gestellt würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier wird doch ein Popanz aufgebaut, wenn man davon spricht, dass die Bestimmung und Entsendung der Regierungsmitglieder nicht zeitnah erfolgen würde. Die neue Landesregierung hat sich am 11. November 1998 konstituiert. Es gab im Zeitraum bis Weihnachten zwei, drei Kabinettsitzungen. In den ersten möglichen Plenarsitzungen danach, in der ersten möglichen Sitzungsperiode des Landtags im Januar, legt die Landesregierung ihre Anträge vor. Das ist doch wirklich zeitnah. Man kann doch nicht davon sprechen, dass man diese Entscheidungen nicht zeitnah herbeiführen wollte. Es ist ein Popanz, der damit aufgebaut wird.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stelly. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Selbstverständlich.

Abg. Brechtken SPD: Herr Minister, können Sie mir zustimmen, dass die Landesregierung bereits am 9. Dezember eine Vorlage über Ausnahmegenehmigungen verabschiedet hat, dass schon eine Sitzung des Ständigen Ausschusses terminiert war, um in der Tat die Dinge relativ rasch erledigen zu können, dass dann die Landesregierung ihrerseits die Vorlage zurückgezogen hat und deshalb eine Beratung im Ständigen Ausschuss und damit eine zeitnahe Erledigung der Angelegenheit nicht möglich war?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Herr Abg. Brechtken, ich kann Ihnen schon deshalb nicht zustimmen, weil Sie über den Zeitraum der Kabinettsitzung falsch informiert wurden. Es war der 7. Dezember, als die Landesregierung zusammengetreten ist, und nicht der 9. Dezember.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

(Minister Dr. Palmer)

Im Übrigen, glaube ich, regelt die Landesregierung selbst, wann sie die Beratungsgegenstände aufruft und wann nicht.

(Beifall bei der CDU – Missfallensäußerungen bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für besonders bemerkenswert halte ich, dass Herr Abg. Junginger in der Aussprache auf Distanz zum früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Dieter Spöri gegangen ist. Er hat Herrn Birzele als lobendes Beispiel herausgestellt und Herrn Spöri offensichtlich aufgrund der Tatsachen, die 1992 eingetreten sind, etwas in den Hintergrund gerückt.

Ich möchte gern die Ausführungen des Herrn Oettinger noch etwas ergänzen. Herr Spöri wurde am 19. Oktober 1992 in den Aufsichtsrat der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (GWZ) entsandt. Der Landtag erteilte die hierfür erforderliche Ausnahmegenehmigung aber erst in seiner Sitzung am 10. Dezember 1992.

(Zurufe der Abg. Brechtken und Dr. Puchta SPD, u. a.: Zeitnäher! – Gegenruf des Abg. Oettinger CDU: Hier geht es um den Grundsatz, Herr Kollege! – Weitere Zurufe)

So viel zur Rückwirkung.

Schließlich einige Anmerkungen zum Antrag der Grünen: Ich möchte im Namen der Landesregierung deutlich sagen: Es gibt überhaupt keinen Grund, an der kompetenten und sachgerechten Mandatswahrnehmung von Herrn Minister Stratthaus bei der Landesbank und in anderen landesbeteiligten Unternehmen zu zweifeln. Keinen einzigen Grund!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Minister Stratthaus hat sich eindeutig zu den Presseberichten über die Sparkasse Schwetzingen geäußert.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

In allen Geschäftsjahren, in denen er das Amt des Verwaltungsratsvorsitzenden innehatte – in allen Geschäftsjahren! –, wurde die Geschäftsführung der Sparkasse Schwetzingen durch den Badischen Sparkassen- und Giroverband geprüft. Die unabhängige Prüfung hat jeweils zum Ergebnis gehabt, dass die Geschäftsführung als ordnungsgemäß testiert wurde.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Gerade weil es in Bezug auf die Zuständigkeiten einen erheblichen Unterschied zwischen Aufsichtsorgan und Geschäftsführung gibt, müssen Prüfberichte unabhängiger Institutionen in allen Bereichen staatlicher und kommunaler Wirtschaftstätigkeit sein. Mitglieder der jeweiligen Aufsichtsorgane müssen sich darauf auch verlassen können.

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es ist in der ganzen Debatte kein einziger konkreter Vorwurf gegen Herrn Minister Stratthaus genannt worden, sondern es sind vage Vermutungen in den Raum gestellt worden: Es könnte sein, man müsste prüfen, er hätte gewusst haben müssen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wo waren Sie denn?)

Einfach deshalb, weil Sie keine konkreten Vorwürfe gegen Herrn Minister Stratthaus haben, entbehrt heute auch ein Antrag, wie er von Ihnen vorgelegt worden ist, jeder Grundlage. Dieser Antrag ist abwegig.

Ein Aufschub der Genehmigung der Mandate des Herrn Finanzministers ist nicht gerechtfertigt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Bitte schön.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kuhn, bitte.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Palmer, ist Ihnen entgangen, dass vorhin von mir der Vorwurf erhoben wurde, dass Herr Stratthaus sowohl als Verwaltungsratsvorsitzender wie als Vorsitzender des Kreditausschusses von den Geschäften der Bezirkssparkasse Schwetzingen gewusst haben muss?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Das sind eben genau diese vagen Vorwürfe, von denen ich gesprochen habe.

(Unruhe und Zuruf von der SPD: Vage Vorwürfe!)

Das sind die vagen Andeutungen, mit denen Sie operieren, Herr Kuhn.

(Abg. Junginger SPD: 80 Millionen! Konkursgefährdet!)

Da wird einfach auf Verdacht mit Dreck geworfen, ohne dass man etwas Bestimmtes weiß. Das finde ich unerträglich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Junginger SPD: Das sind die Ergebnisse der Sonderprüfung!)

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Landesregierung der festen Überzeugung, dass sich die Maßnahmen der Opposition hinsichtlich einer Verantwortlichkeit des Herrn Ministers für die finanzielle Situation der Sparkasse Schwetzingen nach Abschluss der laufenden Sonderprüfung und anderen Untersuchungen als haltlos erweisen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen kurzen Blick auf Schwetzingen werfen. Wir könnten uns in Baden-Württemberg keinen besseren Kassenverwalter wünschen als Herrn Finanzminister Stratthaus.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich möchte dies gern mit den eindrucksvollen Finanzdaten von Schwetzingen belegen.

(Abg. Brechtken SPD: Aha!)

Der Schuldenstand von Schwetzingen für 1998 betrug 435 DM je Einwohner.

(Minister Dr. Palmer)

(Abg. Junginger SPD: Und 5 Millionen DM Bürgerschaften!)

Der Landesdurchschnitt beträgt 1 389 DM.

(Zuruf von der CDU: Und Mannheim?)

– Mannheim erwähne ich gar nicht. Das ist ja klar.

Dieses stolze Ergebnis kann Schwetzingen vorweisen, obwohl die Steuerkraftsumme je Einwohner deutlich geringer ist als im Landesdurchschnitt. Diese Zahlen belegen, dass Gerhard Stratthaus seit 1982 ein außergewöhnlich erfolgreicher Bürgermeister und Oberbürgermeister in Schwetzingen war,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

der mit dem Geld der Bürger in jeder Funktion, die er ausgeübt hat, verantwortlich umgegangen ist. Er bringt damit die besten Voraussetzungen mit, um die Interessen des Landes auch in Gremien von Unternehmen zu vertreten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Ich möchte jetzt keine Zwischenfrage mehr zulassen und würde gern zum Abschluss kommen.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Auch nichts dagegen! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Steht nichts drauf?)

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der scheinbar wohlgesinnte, aber bei genauem Hinsehen scheinheilige Vorschlag der Grünen,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Für Scheinheiligkeit seid doch ihr zuständig!)

mit der Ausnahmegenehmigung zu warten, bis sich die Vorwürfe in Luft aufgelöst haben, in Wirklichkeit eine sorgfältig berechnete Abqualifizierung des Finanzministers. Sie weinen Krokodilstränen, handeln aber nach dem Grundsatz: Semper aliquid haeret – es bleibt immer etwas hängen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt spricht der Propagandaminister!)

Das weist auf den Urheber, Herr Kuhn, zurück und nicht auf den, der mit Dreck beworfen wird.

Ich bitte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen der Landesregierung, die erforderliche Ausnahmegenehmigung für sämtliche Ihnen vorgelegten Mandate der Mitglieder der Landesregierung zu erteilen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Junginger SPD: Müder Beifall!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der

Anträge. Ich schlage Ihnen folgende Reihenfolge bei der Abstimmung vor: zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3690, abzustimmen, weil sie ihr weiteres Abstimmungsverhalten vom Ergebnis dieser Abstimmung abhängig machen will, dann über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3686, dann über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 12/3659, und anschließend über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/3694. Sind Sie mit dieser Reihenfolge einverstanden?

(Abg. Brechtken SPD: Ja, sehr vernünftig!)

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3690, abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3686, zur Abstimmung auf. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Lachen auf der Zuhörertribüne – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen zur Zuhörertribüne: Ja, da müsst ihr anders wählen! – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit.

Einen Hinweis an die Besucher auf der Zuhörertribüne: Beifalls-, Missfallens- oder Freudekundgebungen

(Heiterkeit)

auf der Zuhörertribüne sind nicht zulässig.

(Zuruf von der SPD: Lachverbot!)

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 12/3659, insgesamt zur Abstimmung auf. Wer für die Annahme dieser Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich zugestimmt. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/3694, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 12 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/3647, 12/3663, 12/3664, 12/3665, 12/3666

Sie stimmen diesen Beschlussempfehlungen zu.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/3573, 12/3600

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen in gleicher Weise wie im Ausschuss zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Kleine Anfrage – Drucksache 12/3307

Die Kleine Anfrage wurde inzwischen beantwortet.

Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 3. März 1999, 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:02 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	ordentliches Mitglied	Stratthaus	Schaufler
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	–	Schaufler
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	–	Schaufler
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	–	Schaufler
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	–	Schaufler
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied	Stratthaus	Schaufler

28.01.99

Günther H. Oettinger und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks

Es werden vorgeschlagen:

a) zur Wahl in den Rundfunkrat des SWR:

o r d e n t l i c h e s M i t g l i e d : U r s u l a L a z a r u s

o r d e n t l i c h e s M i t g l i e d : G e r d S c h e f f o l d

b) zur Wahl in den Verwaltungsrat des SWR:

o r d e n t l i c h e s M i t g l i e d : D r . I n g e G r ä ß l e

s t e l l v e r t r e t e n d e s M i t g l i e d : W a c k e r

28.01.99

Günther H. Oettinger und Fraktion